



Gesellschaftlicher Wandel und politische Diskurse

Überlegungen für eine
strategieorientierte Diskursanalyse

Werkbericht Nr. 3

Jan Turowski

Benjamin Mikfeld

September 2013

"Man muss folglich erklären, wie es kommt, dass zu jeder Zeit viele Systeme und Strömungen der Philosophie koexistieren, wie sie entstehen, wie sie sich verbreiten, warum sie bei der Verbreitung gewissen Bruchlinien und gewissen Richtungen folgen."

(Antonio Gramsci, Gefängnishefte)

Vorbemerkung

Der vorliegende Werkbericht ist Teil eines umfassenderen Projektes des Denkwerk Demokratie, das sich mit der Frage beschäftigt, inwiefern politische Diskurse gesellschaftlichen Wandel blockieren oder ermöglichen.

In diesem Bericht wird der Versuch unternommen, verschiedene wissenschaftliche Konzepte in einem interdisziplinären und zugleich praktikablen politischen Analyseansatz zusammenzuführen.

Ausdrücklich weisen wir darauf hin, dass auch dieser Werkbericht als „work in progress“ zu verstehen ist. Kritische Hinweise sind erwünscht.

Wir danken der Hans-Böckler-Stiftung für die Ko-Förderung dieser Studie.

Inhalt

1	Einführung: Wozu eine „strategieorientierte Diskursanalyse“?	4
2	Wörter, Werte und Ideen: Politische Sprachforschung	8
3	Abschied von Mr. Spock: Psychologische Zugänge zum „politischen Denken“	15
4	Ein Begriff – viele Bedeutungen: Der Diskurs	20
5	Blockierter Wandel: Pfadabhängigkeiten, Regulation und Transformation	31
6	Die „Seinsgebundenheit“ des politischen Denkens: Habitus, Milieus und politische Lager	35
7	Vorschlag für ein Analysemodell: Diskursebenen und Diskurswelten	40
7.1	Diskurskontext	41
7.2	Diskursebenen	42
7.2.1	Policy-Diskurse	43
7.2.2	Paradigmen-Diskurse	43
7.2.3	Narrativ-Diskurse	44
7.2.4	Meta-Diskurse	46
7.2.5	Diskurs-Ebenen im politischen Raum	47
7.3	Diskurswelten als politisch-diskursive Landkarte	49
7.3.1	Zentrales Versprechen und politische Forderungen	52
7.3.2	Diskursives Außen	53
7.3.3	Strategische Subjekte und Diskursrepräsentanten	53
7.3.4	Soziale Milieus als Träger von Diskursen	54
7.3.5	Wissensproduktion und Wissensordnung	55
7.3.6	Dispositive und Subjektivierungen	57
7.3.7	Bedürfnisse und Emotionssysteme	58
7.3.8	Sprache, Metaphern und Frames	60
7.3.9	Narrative und Mythen	61
7.3.10	Medien und kommunikative Kanäle	62
8	Diskurse, Diskursallianzen und Transformation: Fünf Thesen	64
9	Überlegungen und Fragen für ein Forschungsdesign zur Analyse von Diskurswelten	68

1 Einführung: Wozu eine „strategieorientierte Diskursanalyse“?

Hat sich in Folge all der ökonomischen und sozialen Verwerfungen der letzten Jahre so etwas wie ein neues Krisenbewusstsein ausgebildet? Wer gegenwärtig in die großen Buchhandlungen unserer Städte geht, kann zwar feststellen, dass die Tische populärer politischer Literatur gut gefüllt sind mit kritischen Titeln über den Finanzkapitalismus, die Klimakrise, die Skandalisierung der ungerechten Einkommens- und Vermögensverteilung und die Krise unserer Demokratie. Doch das bloße Wissen über die Zustände der Welt verlängert sich bekanntermaßen keineswegs zwangsläufig in ein gesellschaftliches Bewusstsein, das machtvoll nach Veränderung strebt. Auch wenn es derzeit für konkrete Policy-Vorschläge, die sich aus diesem kritischen Wissen ableiten – wie z.B. einem Mindestlohn, einer Besteuerung von Finanztransaktionen oder der Energiewende – durchaus deutliche gesellschaftliche Mehrheiten gibt, so bleiben diese doch eher unzusammenhängend, fügen sich weder ein in ein neues, umfassendes Reform- oder gar Transformationsprojekt, noch übersetzen sie sich in eine mobilisierende politische Zukunftserzählung.

Woran liegt es, dass Krisenwissen einerseits und politisches Handeln andererseits heute so weit auseinanderklaffen? An „falschen“ Regierungsmehrheiten? An dem Problem von Governance in einer komplexen Weltwirtschaft? An der Zersplitterung der progressiven Kräfte in der Gesellschaft? An Institutionen, die einen politischen Pfadwechsel verunmöglichen? An nicht auflösbaren Zielkonflikten? An vermachteten Interessen? An tradierten Denkweisen und fehlenden Alternativen? An der Tatsache, dass verschiedene Kriseninterpretationen – von einer bloßen „Finanzkrise“ bis hin zur globalen „Metakrise“ – handlungspolitisch unvereinbar sind? Oder ist es ein bisschen von allem?

Auf der Hand liegt, dass konservative Beharrungskräfte eine Abkehr vom alten Pfad blockieren. Dabei handelt es sich aber keineswegs ausschließlich um politische Akteure, sondern vielmehr um komplexe Strukturen aus Institutionen, Diskursen, Deutungsmustern und „Normalitäten“. Ebenso klar ist, dass jede politische Reform- oder Transformationsstrategie – will sie denn erfolgreich sein – diese Strukturen durchdringen und umgestalten muss. Doch dazu muss man die Strukturen zunächst einmal als kommunikative Konstruktion von Wirklichkeit begreifen und sich einen Überblick über das politisch-diskursive Spielfeld konkurrierender Ideen, Problemdeutungen und Interessen und ihrer jeweiligen Kommunikationsressourcen verschaffen.

Ausschlaggebend für die vorliegende Arbeit waren drei Feststellungen:

Erstens die grundsätzliche politische Erfahrung der letzten Jahrzehnte, in denen neoliberale Politiken, in all ihren jeweiligen Abstufungen und Schattierungen, durch einen legitimierenden Durchsetzungsdiskurs ermöglicht wurden, der spezifische Wertvorstellungen, Kausalannahmen über die Wirklichkeit und Problemlösungen nahezu exklusiv zu kommunizieren vermochte. Politische Gegenpositionen und -akteure hingegen sahen sich angesichts dieser ideologischen Dominanz in öffentlichen Debatten zunehmend an den Rand gedrängt, politisch wie intellektuell in der Defensive und mussten sich auf einem „feindlichen Terrain“ definieren. Die komplexen und systemimmanenten Ursachen der Finanzkrise wurden seit etwa 2010 sehr einseitig als

„Staatsschuldenkrise“ diskursiv umgedeutet, so dass der gegenwärtige Problemwahrnehmungsdiskurs als „vernünftig“ geltende Handlungsoptionen richtungspolitisch noch weiter reduziert hat, anstatt den Blick für alternative Problemlösungen zu öffnen. Insofern hat selbst die große Finanz- und Wirtschaftskrise das wirtschaftsliberale Denken nur teilweise entzaubert. Sie hat nicht zu einem wirklichen „Kurswechsel“ in den Köpfen und der realen Politik geführt.

Trotz vieler ungelöster Fragen gibt es *zweitens* in der (Partei-)Politik einen Trend zu kurzfristigen und reaktiven Lösungen und zur Taktik minimaler Geländegewinne anstelle von Strategie. So gerät Politik in den Sog „rasenden Stillstands“, in dem Dinge hektisch, ziellos, mitunter erratisch verändert, aber nie wirklich entwickelt werden. Zwar gibt es in der Politik eine zyklische (selbst-)kritische Auseinandersetzung zum Beispiel mit der Wirkung politischer Sprache auf politisches Denken (aktuell scheinen die Stichworte „Frame“ und „Narrativ“ in Mode zu sein), aber selten geraten Diskurse im Sinne komplexer Machtfaktoren und diskursstützender Institutionen, Akteure und Praktiken in den Blick. Das zaghafte Bemühen um eine Art „Diskursführung“ findet bestenfalls bei der Erstellung von Programmschriften statt.

Drittens gibt es zwar eine Fülle wissenschaftlicher Ansätze, die sich mit dem Zusammenspiel von Wissen, Sprache, politischen Einstellungen und politischer Macht auseinandersetzen. Doch diese agieren oftmals in akademischen Nischen und pflegen einen schwer zugänglichen Fachdiskurs über das, was dort höchst unterschiedlich als „Diskurs“ definiert wird. Umgekehrt greift die wissenschaftliche und praktische politische Strategieberatung zwar auf verschiedene Instrumente der Meinungs- und Sozialforschung zurück. Sie fragt aber selten danach, warum bestimmte Einstellungen und Ideen vorherrschen, wie diese zustande gekommen sind und wie sie mit unterschiedlichen Interessen verknüpft sind. So wird im Grundlagenwerk über „politische Strategie“¹ eine notwendige Verknüpfung von Diskursanalyse mit der Praxis des Führens von Diskursen bestenfalls am Rande behandelt.

Unseren Ansatz, den Graben zwischen politischem Alltag und politischer Beratung auf der einen und abstrakten und komplexen wissenschaftlichen Diskursforschungen auf der anderen Seite zu überbrücken, bezeichnen wir als *strategieorientierte Diskursanalyse*.

Um eine strategieorientierte Diskursanalyse inhaltlich zu bestimmen und methodisch abzugrenzen ist es zunächst sinnvoll, darzulegen, was sie *nicht sein soll* und vor allem auch *nicht sein kann*. Unsere Absicht ist es nicht, der Vielzahl an Diskurstheorien und Diskursanalysen (einschließlich ihrer jeweiligen Termini und Definitionen)² eine weitere umfassende, in sich geschlossene Theorie hinzuzufügen. Die Begriffe, die wir hier einführen bzw. der „Diskurs-Fachwelt“ entlehnen, haben vor allem den Zweck, ein methodisch offenes Analyseraster für den politischen Alltagsgebrauch zu entwickeln, in das sehr verschiedene Forschungsansätze, Erkenntnisinteressen und Konzepte eingefügt werden können. So stellte sich uns zwischenzeitlich sogar die Frage, ob der wissenschaftlich und umgangssprachlich alles andere als eindeutige Diskurs-Begriff überhaupt geeignet für dieses Vorhaben ist. Wir haben uns dennoch dafür entschieden, weil er besser als andere Begriffe verdeutlicht, dass sich das, was Menschen für „wahr“ und „angemessen“ halten, in einem komplexen, machtdurchdrungenen und kommunikativ vermittelten Feld herausbildet, das bestimmte Positionen privilegiert und andere an den Rand drängt.

¹ Raschke / Tils 2007

² Siehe den knappen Überblick über einige Ansätze in Kapitel 4

Eine strategieorientierte Diskursanalyse verstehen wir als ein Instrument, das sich zentraler theoretischer Prämissen und Methoden der Diskursanalyse (in einem weiteren Sinne) bedient, um politische Konflikte über „große Fragen“ zu verstehen und so einen besseren Überblick über das politische Spielfeld zu gewinnen: Welche Akteure agieren mit welchen Interessen? Welche unterschiedlichen Deutungen existieren in den jeweiligen politischen Konflikten? Welche Strategien bestehen, um Einzelinteressen als vermeintliche Gemeininteressen zu begründen. Welche Entwicklungspfade und Institutionen begünstigen welchen Diskurs? Welche Sprache wird verwendet? Kurzum: In der strategieorientierten Diskursanalyse geht es darum, politisch-kulturelle Hegemonie empirisch zu greifen. Dabei bedeutet der starke Akzent auf der praktisch-politischen Nutzbarkeit, dass in der strategieorientierten Diskursanalyse notwendig sowohl die grundlegenden Strukturprinzipien politischer Diskurse als auch individuelle Wahrnehmungsweisen gleichermaßen in den Blick genommen werden müssen. Makro- und Mikroebenen des Diskurses müssen analytisch so verzahnt werden, dass sie jeweils weder zu allgemein und grundsätzlich noch zu speziell und kleinteilig für eine politisch-strategische Verwendbarkeit sind.

Wir versuchen ferner, die akademische, sich immer weiter ausdifferenzierende Spezialisierung und den damit einhergehenden, zunehmend unzugänglichen Wissenschaftsjargon (zumindest teilweise) zu überwinden und so eine dynamische Verbindung von Theorie und politischer Praxis herzustellen.

Und schließlich bedeutet „Strategieorientierung“, auf den Prozess politisch-diskursiver Auseinandersetzung bewusst einwirken zu wollen. Uns ist selbstverständlich klar, dass wir uns selbst auf eben jenem politischen Spielfeld befinden, das wir hier beobachten, beschreiben und benennen. Unsere Perspektive ist somit die eines Teilnehmers und unsere Arbeit in letzter Konsequenz eine politische Praxis, die politische Entwicklungen beeinflusst und folglich das Spielfeld verändert. Nach unserer Auffassung ist es nicht möglich, das Spielfeld einfach zu verlassen und eine vermeintlich neutrale, wissenschaftliche Außenperspektive einzunehmen.

Mit unserer Studie wollen wir – in Form dieses Werkberichtes als Kurzfassung³ für politisch interessierte Akteure – fünf Dinge leisten:

Wir wollen

- eine Heuristik, also ein, dem Forschungsgegenstand gegenüber notwendig offenes und variables Analyseraster, vorschlagen, die als Instrument im politischen Strategieprozess dienen kann,
- besser verstehen, welche Faktoren politischen Wandel blockieren bzw. ermöglichen und dabei in besonderer Weise die Bedeutung von Diskursen in den Blick nehmen,
- in der politischen Praxis und politischen Zivilgesellschaft mehr Verständnis für die Wirkungsweise und (Re-)Produktion von politischen Diskursen als Machtfaktoren schaffen,
- einen Anstoß leisten für eine interdisziplinäre „Denkarbeit“ und Kooperation im Sinne einer „strategieorientierten Diskursanalyse“ und dabei auch methodische Innovationen entwickeln,
- eine analytische Grundlage für eine *strategische Diskursführung* entwickeln. Darunter verstehen wir einen politischen Ansatz, der bestehende diskursive Machtstrukturen als fluide³ und veränderbar begreift und folglich das Bemühen um politisch-kulturelle Hegemonie als ein wesentliches Element der politischen Strategie versteht.

³ Die Veröffentlichung einer ausführlichen Langfassung ist geplant. Eine Kurzfassung erscheint Anfang 2014 in einem Sammelband: Denkwirk Demokratie (Hg.): Sprache. Macht. Denken – Politische Diskurse verstehen und führen (Campus-Verlag)

In dieser Studie arbeiten wir im Wesentlichen drei Informationsquellen ein:

- Eine kritische Durchsicht der Literatur zu den aufgeworfenen Fragestellungen.
- Vertiefende Gespräche mit Expert/innen verschiedener Disziplinen
- Eigene Forschungsarbeiten und eigene politisch-praktische Erfahrungen

Zudem wurden Thesen dieser Studie mit Experten auf einem Workshop in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung (im Juli 2013) kritisch diskutiert. Einige Anregungen sind in diesen Bericht mit eingeflossen. Wir sind uns jedoch darüber im Klaren, dass auch der mit diesem Werkbericht vorliegende Stand noch „work in progress“ ist. Jeder konstruktiv-kritische Einwand ist uns ausdrücklich willkommen und trägt zur Verbesserung des Ansatzes bei.

In den Kapiteln 2 bis 6 beschreiben wir – in aller Kürze – wesentliche wissenschaftliche Konzepte und Methoden, die unserem Ansatz zugrunde liegen. In Kapitel 7 erläutern wir unseren Ansatz der strategieorientierten Diskursanalyse und führen die Kategorien der Diskursebenen und Diskurswelten ein. Im abschließenden Kapitel 8 formulieren wir einige Thesen, welchen Nutzen und Anwendungsformen unser Ansatz für eine strategische Diskursführung haben kann.

Die vorliegende Studie ist Teil eines umfassenderen Projektes des Denkwerk Demokratie, das danach fragt, welche diskurspolitischen Voraussetzungen ein sozialer, ökologischer und demokratischer Pfadwechsel hat.

2 Wörter, Werte und Ideen: Politische Sprachforschung

Die Sprache ist ein, wenn nicht das wichtigste Instrument der Politik. Sprache dient der Argumentation, der Verhandlung, der Konsensfindung aber auch der Agitation und Manipulation. Über Sprache stellen wir politische Zustimmung und Zugehörigkeit, ebenso wie Abgrenzung her. (Auch) über Sprache werden politische Allianzen geknüpft und Mehrheiten gebildet. Über Sprache entwickeln wir eine Vorstellung davon, was für uns „wahr“ ist. „Wer die Sprache kontrolliert, hat somit Kontrolle über das gemeinschaftliche Wir“ schrieb Benjamin Barber.⁴ Von anderen Denkern der politischen Theorie kann man ähnliche Sätze finden. Doch wenn die Sprache ein so mächtiger Faktor ist, warum ist der Umgang mit ihr in der Politik aber auch in Teilen der Politikberatung so theorie-, strategie- und konzeptlos?

Dabei gibt es abseits der akademischen Zirkel und der Politik durchaus eine Traditionslinie, die Bedeutung von Sprache als Machtfaktor zu analysieren. Aus dem Roman „1984“ von George Orwell ist einer breiten Öffentlichkeit das „Neusprech“ bekannt, eine vom diktatorischen Regime verordnete Sprache, die das Denken der Menschen verändern soll. Die jüngere Tradition der politischen Sprachkritik in Deutschland reicht von Viktor Klemperers *Lingua Tertii Imperii* über die manipulative Sprache des Dritten Reiches, das „Wörterbuch des Unmenschen“ von Dolf Sternberger, Gerhard Storz und W.E. Süskind über verschiedenen Arbeiten Erhard Epplers bis zur Prämierung der „Unwörter des Jahres“.

In den letzten Jahrzehnten richtete sich der Fokus zunehmend auf die durch politische Sprache verstärkte Entfremdung zwischen den politischen Eliten und der Bevölkerung. Schon Anfang der 90er Jahre beklagte der SPD-Politiker Erhard Eppler in seinem Buch „Kavalleriepfeder beim Hornsignal“ eine politische Kunstsprache: „In den Debatten des parlamentarischen Alltags wird ein Deutsch gesprochen, das in jenen Klischees erstarrt, die zumeist aus der Ministerialbürokratie stammen“⁵. Bereits einige Jahre zuvor diagnostizierte der Sprachwissenschaftler Uwe Pörksen die Zunahme von „Plastikwörtern“.⁶ Vor der Bundestagswahl 2013 unterstellt der Historiker Timothy Garton Ash der gesamten deutschen politischen Klasse eine „sterile Lego-Sprache.“⁷

In den 90er Jahren war es vor allem die Debatte über das Asylrecht in Deutschland und die Häufung ausländerfeindlicher Gewalttaten, die einer diskursanalytisch orientierten Sprachkritik – wie zum Beispiel in den Arbeiten der kritischen Diskursanalyse – eine gewisse Aufmerksamkeit über die akademische Welt hinaus bescherte.

Im letzten Jahrzehnt wiederum hat die Diskussion um die Neuorientierung in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, vor allem die „Agenda 2010“ der rot-grünen Bundesregierung, die Sprachkritik auf den Plan gerufen. Kritisiert wurde die betriebswirtschaftlich inspirierte „Hartzsprache“⁸ oder auch eine „Verluderung der öffentlichen Sprache“⁹. Dies spiegelte sich in der Entscheidung der Jury der „Gesellschaft für deutsche Sprache“ wider, die alljährlich „Unwörter des Jahres“ auswählt.

⁴ Barber 1994, S. 198

⁵ Eppler 1992, S. 27

⁶ Pörksen 1988

⁷ Ash 2013

⁸ Keil 2004, Hachmeister 2004

⁹ Negt 2010, S. 194

Im Jahr 2002 fiel die Wahl auf die „Ich AG“, im Jahr 2004 war es das „Humankapital“ und im Jahr 2005 die „Entlassungsproduktivität“.

Bezeichnenderweise ging dieser politischen Sprachkritik seit Anfang der 90er Jahre eine Phase voraus, in der die politischen Strategen die „Semantik“ als besonderes Aufgaben- und Kampffeld erkannt hatten. Zu einer gewissen Berühmtheit gebracht hat es die „Projektgruppe Semantik“, die der damalige CDU-Generalsekretär Kurt Biedenkopf in der ersten Hälfte der 70er Jahre einrichtete. Ausgangspunkt war die Einschätzung, dass das konservative Lager im Ringen um Hegemonie in der gesellschaftlichen Aufbruchsstimmung in der Folge von ´68 und der Bildung der sozialliberalen Koalition ins Hintertreffen geraten war. So sagte Biedenkopf auf dem CDU-Parteitag 1973: „Der politische Erfolg unserer Partei wird entscheidend davon abhängen, ob es uns gelingt, eine Sprache zu finden und zu praktizieren, die unsere Sprache ist... Revolutionen finden heute auf andere Weise statt. Statt der Gebäude der Regierungen werden die Begriffe besetzt, mit denen sie regiert, die Begriffe, mit denen wir unsere staatliche Ordnung, unsere Rechte und Pflichten und unsere Institutionen beschreiben.“¹⁰

Die CDU richtete eine interdisziplinäre „Projektgruppe Semantik“ ein, die unter anderem die Reden von John F. Kennedy und Willy Brandt analysierte. Dabei gab es in sprachlicher Hinsicht durchaus offene Bewunderung für den amtierenden Bundeskanzler Brandt. Der Begriff der „Friedenspolitik“ wurde sogar als „sprachpsychologisches Meisterwerk“¹¹ bezeichnet. Vermieden werden sollten Begriffe, die mit der als „Linkskoalition“ bezeichneten Regierung verbunden wurden („Reform“, „sozialliberal“, „Friedenspolitik“, „Demokratisierung“). Formuliert wurde ein Plädoyer für die Entwicklung einer eigenen Sprache.¹² So wird u.a. der Slogan „Freiheit statt Sozialismus“ im Jahr 1976 auf die Arbeit dieser Gruppe zurückgeführt. Bereits zwei Jahre nachdem Biedenkopf die Einrichtung der Gruppe ankündigte, zog er auf dem CDU-Parteitag 1975 eine positive Zwischenbilanz: „In der Auseinandersetzung um die zentralen Begriffe waren wir erfolgreich. Wir haben wichtige politische Begriffe für uns besetzt und neue, für die Beschreibung politischer Ziele wichtige Begriffe hinzugefügt. Freiheit und Solidarität waren immer entscheidende Ziele unserer Politik. Heute werden sie, wie neutrale Umfragen zeigen, auch wieder unserem Handeln zugerechnet.“¹³

Während die SPD in ihrer sozialliberalen Regierungszeit die Biedenkopf-Strategien zumindest öffentlich nur begrenzt ernst nahm und darauf bestand, „Inhalte gegen Begriffe“ zu setzen, richtete auch sie einige Jahre nach der politischen Wende 1982 und dem Verlust ihrer Regierungsverantwortung eine „Arbeitsgruppe zur politischen Semantik“ ein, in der u.a. prominente Köpfe wie Horst Ehmke, Peter Glotz oder Hans-Jochen Vogel mitarbeiteten.¹⁴ Diese Arbeitsgruppe stellte fest, dass die Union stark bei Begriffen sei, die sich auf das politische Klima beziehen, aber eher schwach bei Sachbegriffen. Die SPD hingegen sei zwar stark bei Sachbegriffen; jedoch wären diese lediglich analytisch gut, mit Ausnahme der sozialen Themen aber untauglich als „Kampfbegriffe“. Festgestellt wurde ein semantisches Modernisierungsdefizit der Sozialdemokratie: „In unserer Gesamtsemantik herrscht eine tiefe Zweideutigkeit und Widersprüchlichkeit dadurch, dass wir die ´Globalziele´ Fortschritt und Bewahrung nicht auf einen Nenner bekommen können.“ Plädiert wurde daher für die Besetzung neuer Begriffe wie

¹⁰ CDU 1973, S. 61

¹¹ Bergsdorf 1977, S. 45

¹² Mahler 1975

¹³ CDU 1975, S. 170

¹⁴ SPD 1985

Mitmenschlichkeit, Lebensqualität, Individualität, Soziale Heimat, Lebenswerte Umwelt sowie eine soziale Umdeutung des Mitte-Begriffs und eine positive Bewertung von Leistung und Eigenverantwortung.

Was ist politische Sprache?

Was ist nun politische Sprache? Die so genannte „Sprache-und-Politik-Forschung“ benennt einige grundlegende Eigenschaften:

- Einigkeit besteht darin, dass Sprache als „soft power“¹⁵ zu verstehen ist. Politische Sprache zielt auf Persuasion ab, also Überredung. Dabei geht es nicht immer um eine sachliche Beweisführung, sondern darum, Übereinstimmung zwischen Redner/in und Publikum herzustellen. Manche sprechen auch von einer „informativ-persuasiven Funktion“; es geht um die Vermittlung von Informationen, aber auch um Überzeugung der politischen Öffentlichkeit bzw. Teilgruppen dieser Öffentlichkeit.
- Sprache ist somit Gegenstand von politischen Deutungskämpfen sowie politischer Taktik und Strategie: „Es geht um Deutungshoheit und Verwendungshoheit von Sprache. Denn Sprache ist ein Instrument zur Erlangung, Sicherung, Ausübung und Kontrolle von Macht.“¹⁶
- In politischer Sprache bündeln sich rationale, emotionale und normative Aspekte von politischer Kommunikation.¹⁷
- Politische Begriffe stehen nicht objektiv für sich. Ihre Bedeutung kann selbst Gegenstand dieser Deutungskämpfe sein. Sie wirken zudem in ihrem jeweiligen Kontext. Vazrik Bazil spricht von einem „Raumgeist“ und einem „Zeitgeist“ von politischen Vorstellungen.¹⁸
- Politische Sprache prägt unsere Vorstellung von Wirklichkeit und hat daher „realitätskonstituierenden Charakter“.¹⁹
- Sie unterliegt einer asymmetrischen Machtverteilung. Auch wenn die Verwendung und Prägung politischer Sprache nicht nur Top-Down erfolgt, haben bestimmte Akteure und Gruppen doch privilegierte Möglichkeiten der Erstellung von Texten und des Zugangs zu Medien.
- Sie wird vielfach durch Medien gefiltert, sie muss den Anforderungen des modernen Mediensystems entsprechen und zielt auch aus diesem Grunde darauf ab, Aufmerksamkeit zu erlangen.
- Sie ist Gegenstand der Inszenierung und der Image-Bildung politischer Akteure.
- Sie kann der Konsens- aber auch der Dissensorientierung (oder beiden gleichermaßen) dienen. Insofern zielt politische Sprache darauf ab, soziale Gruppen nach innen zu schließen, miteinander zu vereinen oder voneinander zu trennen.
- Adressat/innen können - wie bereits erwähnt - die allgemeine Öffentlichkeit sein, aber auch nur die Eigengruppe oder die Fremdgruppe. Ebenso kann ein Text (wie zum Beispiel eine Parlamentsrede) verschiedene Adressaten haben, wie die Regierung und die Wähler/innen.

Semantische Kämpfe

Ein wesentlicher Analysegegenstand der Sprache-und-Politik-Forschung sind die „semantischen Kämpfe“. Viele politische Begriffe zeichnen sich durch eine „Unbestimmtheit“²⁰ aus, sie sind

¹⁵ Klein 2010, S. 7

¹⁶ Girnth 2010

¹⁷ Klein 2010, S. 8

¹⁸ Bazil 2010

¹⁹ Girnth 2002, S. 5

²⁰ Dieckmann 1975

unscharf, mehrsinnig oder auch mehrdeutig. „Politische Semantik hat also mit der Wertung von Begriffen zu tun, mit der Umwertung von alten und der Prägung von neuen Wörtern, die entweder durch ihren positiven Klang eine Politik fördern oder durch ihre negative Befrachtung eine Politik zum Scheitern bringen sollen.“²¹ Bei diesen semantischen Kämpfen kommen im Wesentlichen drei – nicht strikt voneinander zu trennende – Techniken zum Einsatz:²²

- Das *Benennen* eines (neuen) Sachverhaltes oder einer Idee („Soziale Marktwirtschaft“, „Neoliberalismus“, „Neue Mitte“, „Generationengerechtigkeit“).
- Das *Besetzen* von bekannten Begriffen, mit dem Bemühen der Neudeutung sowohl der Denotation (des Inhaltes) als auch der Konnotation (der emotionalen Aufladung - so z.B. die verschiedenen Deutungen der Begriffe „Freiheit“ und „Gerechtigkeit“).
- Das *Beschönigen* von Sachverhalten („humanitäre Intervention“, „Friedenseinsatz“).

Zu unterscheiden ist demnach zwischen einerseits der *Bedeutungskonkurrenz* von Wörtern, bei der es darum geht, den Inhalt eines Begriffes zu beeinflussen. Fetscher und Richter nennen dies „mit Worten paktieren.“²³ Gegenstand von Bedeutungskonkurrenz sind in erster Linie Begriffe die für Werte stehen wie Freiheit oder Gerechtigkeit, aber auch Begriffe, die sich auf diese Werteinterpretation beziehen („Leistungsträger“).

Dem gegenüber steht andererseits die *Bezeichnungskonkurrenz*, bei der es darum geht, einen bestimmten Sachverhalt mit einem eigenen Begriff zu beschreiben (Beispiel: „Kernenergie“ oder „Atomkraft“). Das Ringen um die Bezeichnung von Sachverhalten oder Gruppen vollzieht sich auch im Bemühen um eine politisch korrekte bzw. geschlechtsneutrale Sprache.

Dies macht deutlich, dass es bei diesem „Kampf um Wörter“²⁴ eigentlich um ein Ringen unterschiedlicher Interessen, Weltansichten und Wertekonzepte geht. Martin Greiffenhagen spricht auch von einem konservativen und einem progressiven Sprachgebrauch. Es macht einen Unterschied, ob die Rede ist von der „Wirtschaftsordnung“ oder vom „ökonomischen System“, gleiches gilt für das Spannungsverhältnis von „Gesellschaft“ oder „Volk“. In unserer heutigen pluralen und differenzierten Gesellschaft ist es sicher nicht mehr möglich, von nur zwei großen politischen „Sprachlagern“ auszugehen. Gleichwohl verfügen einerseits bestimmte Milieus oder auch politische Lager über ihre eigene Sprache und andererseits werden zahlreiche Begriffe von diesen Milieus und Lagern mit unterschiedlichen Wertvorstellungen und Inhalten verbunden.

Begriffsdefinitionen und „Analyseeinheiten“

Die politische Linguistik unterscheidet zwischen lexikonorientierten Ansätzen, die vor allem auf eine Analyse des einzelnen Begriffs abzielen und diskursorientierten Ansätzen, die den ganzen Text in den Blick nehmen und dabei auch den politisch-gesellschaftlichen Kontext einbeziehen. Aus der Perspektive des von uns formulierten Erkenntnisinteresses schließen sich diese beiden Betrachtungsweisen nicht aus, auch wenn wir das Augenmerk auf den zweiten Ansatz legen und diesen in den folgenden Kapiteln ausführlicher darlegen werden.

²¹ Eppler 1992, S. 115

²² Bazil 2010

²³ Fetscher / Richter 1976, S. 18

²⁴ Greiffenhagen 1980

Dennoch ist die Wortebene als „kleinste Einheit“ der Analyse nicht unwichtig. Auf dieser Ebene können als besondere Kategorien der politischen Sprache unterschieden werden:²⁵

- *Schlüsselwörter*: Sie drücken einen komplexen Zusammenhang in einem Wort aus (Nachhaltigkeit, Frieden, Globalisierung).
- *Fahnenwörter*: Sie haben eine integrierende und mobilisierende Wirkung auf die eigene Gruppe und möglichst auch darüber hinaus („Soziale Gerechtigkeit“, „Energiewende“, „Leitkultur“).
- *Stigmawörter*: Sie dienen der Abwertung des Gegners bzw. seiner Anliegen (so sollen beispielsweise die Begriffe „Klientelpolitik“ oder auch „Klientelpartei“ sowohl den Akteur als auch seine Inhalte als nicht am Gemeinwohl orientiert darstellen).

Eine besondere Rolle in der politischen Sprache spielen Metaphern. Die Linguisten George Lakoff und Mark Johnson haben den Ansatz der *konzeptuellen Metapher* entwickelt. Für sie ist eine Metapher nicht einfach nur ein sprachlicher Vergleich, in dem A durch den Bezug auf B bildhaft ausgedrückt wird. Indem wir mit Metaphern eine bestimmte Sache bezeichnen, strukturieren wir auch das Denken über diese Sache. „Für das menschliche Verstehen sind sie von zentraler Bedeutung. Sie spielen auch eine Schlüsselrolle, wenn es um die Konstruktion sozialer und politischer Realitäten geht.“²⁶ Der wesentliche Grund dafür ist der folgende: Mit einer Metapher wird eine komplexe Sache reduziert, bestimmte Elemente werden aktiviert, andere werden ausgeblendet, wobei sich das Ganze unterbewusst abspielt und kaum hinterfragt wird. Metaphern sind Ausdruck gesellschaftlicher Normen und Werte. Sie wirken jedoch zugleich auf unser Denken und Handeln zurück.

Martin Wengeler und Andreas Ziem nennen zusammenfassend fünf wesentliche Merkmale konzeptueller Metaphern:²⁷

- sie sind in unserem kognitiv-konzeptuellen System verankert,
- strukturieren unsere Wirklichkeitswahrnehmung und -konstruktion,
- entstehen aus der unmittelbaren menschlichen Erfahrung,
- sind sprachlich konventionalisiert, das heißt, ihr metaphorischer Gehalt ist kaum als solcher erkennbar und
- sie sind in der Folge unterhalb der Bewusstseinschwelle wirksam.

Doch ist ein Verständnis von Fahnenwörtern, Metaphern und entsprechender Strategien des „Begriffe besetzen“ noch nicht hinreichend, um zu verstehen, wie politische Sprache wirkt, wie sie einen Beitrag leistet, um kollektive Identitäten zu formen und politische Denkmuster zu stabilisieren.

Topoi

Über einzelne Begriffe und Metaphern hinaus gehen wiederkehrende Argumentationsmuster, die auch als Topoi bezeichnet werden. Der Topos-Begriff geht auf Aristoteles' Topik zurück, die darauf abzielt, ein „Verfahren zu finden, aufgrund dessen wir in der Lage sein werden, über jedes vorgelegte Problem aus anerkannten Meinungen zu deduzieren und, wenn wir selbst ein

²⁵ Felder 2010, Girth 2002

²⁶ Lakoff / Johnson 2011, S. 183

²⁷ Wengeler / Ziem 2010, S. 346f.

Argument vertreten, nichts widersprüchliches zu sagen.“²⁸ Diskursanalytiker bezeichnen Topoi als „Argumentationsmuster, die nicht immer in gleicher Weise sprachlich materialisiert werden müssen, die aber in vielen Texten als immer wieder ähnlich vorkommende, aber nur interpretativ zu erschließende gleiche, auf Plausibilität zielende Herstellung von Sachverhaltszusammenhängen vorkommen.“²⁹ Ihre Analyse ist bedeutsam, weil „sie Aspekte mit einander verbinden können, die keineswegs als notwendig miteinander verbunden betrachtet werden müssen. Sie stellen mit anderen Worten Relationen her, die für die Konstruktion von Wirklichkeiten von entscheidender Bedeutung sind.“³⁰ Josef Klein zufolge bilden Topoi „die Prämissen, aus denen sich das Ja zu den favorisierten politischen Maßnahmen quasi als logische Schlussfolgerung ergeben soll.“ Er nennt für die politische Argumentation vier Typen von Topoi:³¹

- Der *Datentopos* leitet eine politische Schlussfolgerung aus dem Verweis auf bestimmte Fakten ab (Demografie, Arbeitslosigkeit).
- Der *Motivationstopos* nimmt eine Situationsbewertung vor (Verweis auf „Überregulierung“ oder die „Chancen der Globalisierung“).
- Der *Prinzipientopos* baut seine Argumentation auf Werten, Normen oder Prinzipien auf (Freiheit, Gerechtigkeit, Wettbewerb).
- Der *Finaltopos* leitet seine Argumentation von Zielen ab („Vollbeschäftigung erreichen“, „Standort sichern“).

Narrative und Mythen

Obwohl der Begriff des „Narrativs“ in der politischen Debatte und Praxis recht häufig Verwendung findet, liegt eine eindeutige politikwissenschaftliche Definition bzw. eine Abgrenzung gegenüber anderen Begriffen nicht vor. In jüngster Zeit gab es jedoch Versuche innerhalb der Politikwissenschaft, sich mit der Bedeutung der Narrative in der Politik intensiver auseinanderzusetzen. Ganz allgemein ist mit dem Narrativ eine politische Erzählung gemeint, die einzelne politische Forderungen oder Konfliktlinien in einen umfassenderen ideologischen, normativen und historischen Kontext einordnet und damit kollektive Identitäten formt. Wilhelm Hofmann definiert Narrative vor allem ex negativo als „alles, was nicht argumentativ ist“ bzw. als „alles, was sich zur identitären Selbstbeschreibung eignet.“³²

Narrative haben eine starke normative Aufladung. Sie sind eng mit (freilich umkämpften und unterschiedlich interpretierten) grundlegenden Wertvorstellungen verbunden, z.B. mit Deutungen der Wertetrias der französischen Revolution (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit) bzw. einer daraus abgeleiteten Vorstellung von gesellschaftlicher Ordnung und gesellschaftlichem Fortschritt. Narrative bilden eine wichtige Brücke der Kommunikation politischer aber auch anderer Eliten zum Alltagsverstand der breiten Bevölkerung.

So haben die drei großen politischen Grundströmungen (Konservatismus, Liberalismus, Sozialismus) immer eine starke narrative Dimension, auch wenn diese Strömungen sicherlich angesichts des Abschleifens der Konflikte zwischen ihnen einiges an emotionaler Bindekraft eingebüßt haben. Gleichzeitig gibt es auch Narrative, die andere Wurzeln haben und die teilweise

²⁸ Aristoteles 2004, S. 45

²⁹ Wengeler / Ziem 2010, S. 343

³⁰ Landwehr 2009, S. 119

³¹ Klein 2010, S. 10

³² Gespräch mit Wilhelm Hofmann

quer zu diesen Grundströmungen liegen. Hierzu können religiöse Narrative gehören, ebenso nationale Narrative. Der „American Dream“ ist ein solches Narrativ, auf das alle politischen Lager in den USA Bezug nehmen. Ähnlich verhält es sich in Deutschland mit der Erzählung einer Erfolgsstory der „Sozialen Marktwirtschaft“ nach dem Zweiten Weltkrieg.

Derartige Narrative wiederum können auch als *politische Mythen* bezeichnet werden. Ein politischer Mythos knüpft an einem, dem breiten Publikum bekanntem Stoff an und setzt diesen in Bezug zur Gegenwart. Man kann ihn als eine „emotional aufgeladene Narration definieren, die historische Wirklichkeit nicht den Tatsachen gemäß, sondern in einer selektiven und stereotypisierenden Weise interpretiert.“³³ Sie versichern dann, so Herfried Münkler, „dass die zu meisternden Aufgaben bewältigt werden können, weil das damals auch gelungen ist. Sie schaffen Orientierung und Zuversicht und sind damit kognitive wie emotionale Ressourcen der Politik.“³⁴

Politische Mythen stiften Sinn und vermitteln Orientierung. Sie schaffen ein „Wir- und Zusammengehörigkeitsgefühl“ und verfügen über einerseits legitimierende, integrierende und Kohärenz vermittelnde Funktionen und kommunikative und mobilisierende Funktionen andererseits.³⁵

Politische Mythen verklären oder idealisieren also die Vergangenheit. Nach Hein-Kirchner sind vier wesentliche Typen zu unterscheiden:³⁶

- *Personenmythen* basieren auf der Verklärung von großen historischen Personen. So werden Staatsgründer als eine nationale Vaterfigur angesehen.
- *Ereignismythen* sind eine Art Leistungsschau einer Gruppe oder auch Nation. Revolutionen oder Schlachten sind derartige Ereignisse, die zu Mythen werden können.
- *Raummythen* sind Produktionen vorgestellter Räume, sie begründen oft einen scheinbar „legitimen“ Anspruch auf ein bestimmtes Territorium.
- *Zeitmythen* beziehen sich auf bestimmte als erfolgreich angesehene Phasen der Geschichte („goldene Zeitalter“, in Deutschland z.B. das so genannte „Wirtschaftswunder“).

Politische Sprache in der strategieorientierten Diskursanalyse

Es ist deutlich geworden, dass Politische Sprache niemals nur ein „unschuldiges“ oder „neutrales“ Beschreibungs- und Mitteilungsmedium politischer und ideologischer Auseinandersetzung ist, sondern bereits selbst einen elementaren, machtvollen Bestandteil eben dieser Auseinandersetzung darstellt. Wer also das Medium der politischen Sprache beherrscht, bestimmt die Bedingungen, unter denen eine politische Auseinandersetzung argumentativ geführt wird. Politische Sprache ist zwar stets eingebettet in politische, kulturelle und institutionelle Makro-Strukturen und kann nicht losgelöst von diesen betrachtet werden. Sie stellt in einer strategieorientierten Diskursanalyse somit die kleinste, gleichwohl unverzichtbare Analyseeinheit dar. Strategieorientierte Diskursanalyse muss danach fragen, welche Semantik und Sprache die zu analysierenden Diskurse aufweisen. Welche Ideen und Werte stecken hinter Begriffen? Welche Vorstellungen von Freund und Feind drücken sie aus? Welche Narrative bzw. Vorstellungen von Gestern, Heute und Morgen sind Bestandteil von Diskursen?

³³ Hein-Kirchner 2007, S. 27

³⁴ Münkler 2009, S. 11

³⁵ Hein-Kirchner, 2013, S. 34

³⁶ Hein-Kirchner 2007, S. 30ff.

3 Abschied von Mr. Spock: Psychologische Zugänge zum „politischen Denken“

Schon der Hinweis auf die starke normative Aufladung von Narrativen hat verdeutlicht, dass politische Kommunikation nicht nur - und vermutlich auch nur zu einem geringen Teil - rationale Argumentation darstellt. In den letzten Jahren hat es - in der Politikwissenschaft und Teilen der Politikberatung - eine verstärkte Auseinandersetzung mit der Bedeutung von „Emotionen“ im politischen Denken gegeben.³⁷ Auslöser für die wachsende Aufmerksamkeit waren erstens Beiträge von psychologisch bzw. linguistisch orientierten Politikberatern v.a. aus den USA wie George Lakoff oder Drew Westen, zweitens Beiträge aus den Verhaltenswissenschaften, der Entscheidungsforschung³⁸ und der Verhaltensökonomie und deren Abkehr vom homo oeconomicus³⁹ sowie drittens die Methoden des modernen (Neuro-)Marketing.

Alle diese Ansätze nehmen wiederum mehr oder weniger explizit Bezug auf die Erkenntnisse der Hirnforschung und deren Verweis auf „Descartes Irrtum“, so der Titel eines Werks des Hirnforschers Antonio Damasio.⁴⁰ Dazu gehört die grundlegende Einsicht, dass es den rational denkenden und nüchtern kalkulierenden homo oeconomicus allenfalls in abstrakten Modellen gibt, aber kaum in der Realität. Das klassische westliche Denken begreift Verstand und Emotion als zwei unterschiedliche Sphären oder auch als einander entgegen gerichtete Kräfte. Diese Unterscheidung von Geist („Kopf“, Verstand) und Körper („Herz“, Gefühl) wird auch als „ontologischer Dualismus“ bezeichnet. Eine solche Sichtweise spiegelt sich in der politischen Alltagskommunikation wider, wenn davon gesprochen wird, die „Dinge mal nüchtern und mit klarem Verstand zu betrachten“ oder „die Emotionen aus dem Spiel zu lassen“. Gerade der politische Liberalismus nimmt für sich in Anspruch, eine leidenschaftslose Politik der nüchternen Argumente zu betreiben,⁴¹ blendet dabei aber aus, dass auch sein Verständnis von „Freiheit“ oder „Vernunft“ bestimmte emotional gefärbte Frames aktiviert.

Die Hirnforschung hat nun aufgezeigt, dass dieser Typus des nüchtern-rationalen und leidenschaftslosen „Mr. Spock“ nicht der Funktionsweise unseres Gehirns entspricht. So zeigen Patienten, bei denen die für „Emotionen“ zuständigen Hirnareale defekt sind, erhebliche Entscheidungsschwächen auf. (Politisches) Denken und Entscheidungen sind untrennbar mit Emotionen verbunden. Lakoff betont zwar die historische Bedeutung der Aufklärung für unser Denken, bezeichnet diese aber als Denken des 18. Jahrhunderts und hält die aus dieser Zeit resultierende Vorstellung von „Verstand“ (bewusst, universell, körperlos, logisch, emotionsfrei, werteneutral, interessenbasiert, wortgetreu) für überholt: „Enlightenment reason does not account for real political behaviour because the Enlightenment view of reason is false.“⁴² Drew Westen zufolge erlaubt uns dieser „leidenschaftslose Geist“ nur die Vorhersage von 0,5 bis 3 Prozent politischer Entscheidungen.⁴³

³⁷ Vgl. Hofinger / Manz-Christ 2011

³⁸ Vgl. Kahnemann 2012, Thaler/Sunstein 2012

³⁹ Vgl. Akerlöf / Shiller 2009

⁴⁰ Damasio 2004

⁴¹ Schaal / Heidenreich 2013

⁴² Lakoff 2009, S. 7f.

⁴³ Westen 2012, S. 120

Den Diskussionstand über „Emotionen und politisches Denken“ umfassend und differenziert wiederzugeben, würde – wie so viele andere Aspekte dieser Arbeit - eine eigene Studie erfordern. Wir beschränken uns daher in diesem Rahmen auf einige zentrale Schlussfolgerungen und analytische Konzepte:

Zwei Systeme des Denkens

Autoren, die sich mit der Bedeutung von Emotionen sowie dem „Unbewussten“ im politischen Denken beschäftigen, weisen darauf hin, dass sich der größte Teil unserer politischen Entscheidungen (die Zahlen reichen von 70 bis 98 Prozent) nicht bewusst vollzieht. Erklärt wird dies mit Hilfe von „Dual-Processing-Theorien“. Diesen Forschungsansätzen zufolge vollzieht sich unser Denken über zwei Systeme, die von verschiedenen Autoren als implizites und explizites System, automatisches und reflektierendes System oder schlicht als System 1 und System 2 bezeichnet werden. Das *automatische System* ist dem reflektierenden vorgelagert. Da das Gehirn Energie sparen will, „denkt“ es nur dann mit hoher Aufmerksamkeit, wenn dies nötig ist. Dieses automatische System funktioniert schnell, energetisch effizient, assoziativ und ohne willentliche Steuerung. Seine Funktion ist es, ein „Modell unserer persönlichen Welt, in dem das repräsentiert ist, was normal in unserer Welt ist, aufrechtzuerhalten und zu repräsentieren.“⁴⁴ Es ist um Kohärenz bemüht, es erzeugt Muster und konstruiert Geschichten. Zwar ist es ein „effizientes Bewertungs- und Steuersystem“⁴⁵ doch es sendet kein Warnsignal bei falschen Entscheidungen. Einmal gelernte Routinen (Muttersprache, Autofahren, Musikinstrument spielen) vollziehen sich im Wesentlichen über dieses System.

Das *reflektierende System hingegen*, das „bewusste Selbst“ setzt erst dann ein, wenn das erste System überfordert ist bzw. keine Antwort findet. Es ist langsamer, hat eine geringere Verarbeitungskapazität und ist energieintensiver. Es löst Rechenaufgaben und bewältigt Entscheidungen, die nicht intuitiv getroffen werden können. Die Unterscheidung dieser beiden Systeme darf jedoch nicht (miss-) verstanden werden als Trennung von Emotion und Verstand. In beiden Systemen wirken rationale wie emotionale Aspekte zusammen.

Filter und Heuristiken

Das vorgelagerte automatische System funktioniert als eine Art Filter, welche Botschaften, Daten und Information wir zulassen bzw. ob wir ihnen Glauben schenken. Zwei Zwänge beschränken unser Urteilsvermögen: Zum einen sind dies „*kognitive Beschränkungen*“ (weil uns viele Informationen zum Verständnis von etwas nicht vorliegen), zum anderen „*emotionale Beschränkungen*“, weil bestimmte Botschaften oder Sachverhalte immer auch Emotionen aktivieren.⁴⁶ Da Inhalte immer an Emotionen geknüpft sind, glauben wir bestimmten Daten und andere blenden wir aus. Unser Gehirn neigt zu Entscheidungen, die zu unseren Emotionen passen. „Ob wir uns Ideen annähern oder ihnen ausweichen, hängt von den Gefühlen ab, die sie in uns hervorrufen.“⁴⁷ Auch speichert das Gehirn Dinge unterschiedlich ab, je nachdem ob uns diese emotional berühren oder uns gleichgültig sind.⁴⁸ Daniel Kahneman nennt dies auch „kognitive

⁴⁴ Kahneman 2012, S. 96

⁴⁵ Häusel 2011, S. 9

⁴⁶ Westen 2011, S. 102f.

⁴⁷ Westen 2012, S. 91

⁴⁸ Markowitsch 2007

Leichtigkeit“: Bekannte Wörter vermitteln ein Gefühl der Vertrautheit, wir erleben diese kognitive Leichtigkeit, wenn wir Quelle einer Aussage vertrauen oder diese mit unseren Präferenzen übereinstimmt. Dieser emotional geprägte Filter wird von Luc Ciompi und Elke Endert auch als *Affektlogik* bezeichnet: „Alles was zum emotional vorgefärbten Bild passt, wird bevorzugt beachtet und herausgestrichen, alles Unpassende dagegen verdrängt. Der vorherrschende Affekt wirkt wie ein Leim oder Bindegewebe, das Affektkonformes verbindet und Nichtkonformes ausklammert.“⁴⁹

Bei der Verarbeitung von Informationen sind also verschiedene so genannte Shortcuts oder Heuristiken am Werk, die uns das Denken erleichtern. Zum einen ist dies die *Affektheuristik*: Unsere politischen Wertvorstellungen fungieren als Filter, welche Argumente wir überzeugend finden. „Emotional starke Botschaften und Bilder sind leichter abrufbar. Sie machen uns die Welt einfacher, sie sortieren nach Gut und Schlecht und vermeiden aufwändige Abwägungsprozesse. „Die Affektheuristik ist ein Fall von Ersetzung, bei dem die Antwort auf eine leichte Frage (Welche Gefühle weckt das in mir?) als Antwort auf eine viel schwierigere Frage (Was denke ich darüber?) dient.“⁵⁰ Zum anderen gibt es die *Verfügbarkeitsheuristik*, die zum Beispiel zu Fehlern bei der Einschätzung von Häufigkeiten führt, wenn einprägsame Einzelbeispiele verfügbar sind. Bilder, persönliche Erfahrungen und medial vermittelte Einzelbeispiele wirken hier stärker als abstrakte Statistiken (z.B. bei der Darstellung der Kriminalität bestimmter sozialer Gruppen). Auch hier schlagen Emotionen die Informationen. Thaler/Sunstein nennen noch eine dritte Variante, die *Heuristik der Verankerung*.⁵¹ Damit meinen sie letztlich den Effekt des Priming, also eine höhere Wahrscheinlichkeit der Wahrnehmung von etwas, was wir bereits zuvor wahrgenommen haben oder die unbewusste gedankliche Orientierung an einem kognitiven Anker.

Nach dem Prinzip des WYSIATI („What you see is all there is“) ist also die Konsistenz der Informationen von Bedeutung sowie ihre emotionale Anschlussfähigkeit, weniger ihre Vollständigkeit oder sachliche Richtigkeit. „WYSIATI erleichtert es, jene Kohärenz und kognitive Leichtigkeit zu erreichen, die dafür sorgt, dass wir eine Aussage als wahr akzeptieren. Es erklärt, wieso wir schnell denken und in einer komplexen Welt, partielle Informationen sinnvoll interpretieren können.“⁵² Dabei kann es freilich zu so genannten „narrativen Verzerrungen“ kommen. Geschichten über die Vergangenheit prägen unsere Weltanschauungen und Zukunftserwartungen. Beim Bemühen, die Welt zu verstehen, wirken im Hintergrund wichtige Ereignisse und emotionale Vorprägungen während wir „Nichtereignisse“ ausblenden. „Die Illusion, man habe die Vergangenheit verstanden, nährt die weitere Illusion, man könne die Zukunft vorhersagen und kontrollieren.“⁵³ Dies wiederum verweist auf die Funktionsweise von so genannten Frames.

Frames und assoziative Netzwerke

Von zentraler Bedeutung für politische Framing-Konzepte ist die aus der Hirnforschung übernommene Vorstellung von „assoziativen Netzwerken“, „kognitiven Schemata“⁵⁴ oder eben Frames (also Rahmen oder Rahmungen). Sie sind ein Begriff aus der Kommunikations- und Medienwissenschaft und können als „Deutungsmuster definiert werden, welche zur Sinngebung

⁴⁹ Ciompi / Endert 2011, S. 26

⁵⁰ Kahneman 2011, S. 175

⁵¹ Thaler / Sunstein 2012, S. 39f.

⁵² Kahneman 2011, S. 115

⁵³ Ebd. S. 254

⁵⁴ Baringhorst 2004, S. 77

und Bewertung von unterschiedlichen Themen herangezogen werden.“⁵⁵ Frames reduzieren Komplexität. Sie beinhalten eine Problemdefinition, eine Ursachenzuschreibung, eine Bewertung und eine Handlungsempfehlung. Frames sind „symbolisch vermittelte Deutungsmuster“, deren Verankerung sich über so genannte „Frequenzeffekte“ vollzieht. Werden bestimmte Sprach- und Deutungsmuster immer wieder verwendet, bilden sich in den Köpfen eben diese „kognitiven Schemata“ oder auch assoziativen Netzwerke. Framing-Strategien sind bemüht um eine Ansprache der „inneren Wert- und Glaubenssysteme der Zielgruppe“⁵⁶ und haben eine normative Aufladung.

„Von besonderer Bedeutung für das Verständnis des politischen Gehirns ist die Vorstellung, dass ein Großteil unseres Verhaltens die Aktivierung emotionsgeladener Netzwerke von Assoziationen widerspiegelt und dass diese Aktivierung meist unbewusst stattfindet.“⁵⁷ Solche Netzwerke werden durch die Eltern aber auch andere Einflüsse geprägt und sie festigen sich vor allem in der Phase der Adoleszenz. Wenn eine Situation der bereits erlebten ähnlich ist, wird dasselbe Netzwerk aktiviert.

Ähnlich wie der Diskursbegriff (siehe Kapitel 4) ist der Begriff des Frames nicht eindeutig definiert. Er hat eine psychologische und soziologisch-diskurstheoretische Tradition,⁵⁸ wobei der zweite Ansatz wiederum eine Verwandtschaft zum analytischen Diskursbegriff⁵⁹ aufweist. Von Interesse ist an dieser Stelle v.a. der Framing-Ansatz, der Linguistik und Hirnforschung verbindet. Prominent setzt sich damit der US-Wissenschaftler und Politikberater George Lakoff auseinander, der Metaphern eine zentrale Rolle in der Kommunikation zuweist, da diese wiederum Frames aktivieren. Lakoff unterscheidet zwei Arten von Frames. Durch so genannte „Surface Frames“ erfassen wir die Bedeutung einzelner Wörter oder Aussagen. Diese wiederum treffen auf „Deep Seated Frames“, also „in unserem Gehirn tief verankerte Frames, die unser generelles Verständnis von der Welt strukturieren, unsere Annahmen von der Welt zum Beispiel auf Grund unserer moralischen und politischen Prinzipien, und die für uns schlicht ‚wahr‘ sind – die also unseren eigenen Common Sense ausmachen.“⁶⁰ Jedoch sind diese „Deep Seated Frames“ nicht widerspruchsfrei. In den Köpfen vieler Menschen können durchaus verschiedene „Weltsichten“ koexistieren (so genannte „Biconceptuals“). Ziel einer strategischen Kommunikation ist es demnach, die „Deep Seated Frames“ zu identifizieren und zu adressieren, die der eigenen Weltsicht entsprechen.

Emotionssysteme oder Bedürfnisfelder

So wie politische Entscheidungen zu großen Teilen unbewusst ablaufen, gilt dies auch für Konsumententscheidungen. Darum arbeiten Experten für Markenforschung und Neuromarketing inzwischen mit ausgefeilten Methoden, die als „implizites Marketing“ auf das automatische System abzielen. Das Ziel besteht darin, ein neues Produkt (das eine hohe Aufmerksamkeit erfordert) in ein „automatisches Produkt“ zu transferieren.⁶¹ Dabei geht es in psychologischer Hinsicht weniger darum, „neue Bedürfnisse“ zu schaffen, als vielmehr Produkte so zu vermarkten, dass sie

⁵⁵ Dahinden 2006, S. 14

⁵⁶ Baringhorst 2004, S. 79

⁵⁷ Westen 2012, S. 82

⁵⁸ Scheufele 2003

⁵⁹ vgl. Kapitel 4

⁶⁰ Lakoff / Wehling 2008, S. 73

⁶¹ Hein / Hennig 2007, S. 115

bestimmten Bedürfnissen entsprechen. Der Kauf eines bestimmten Produktes bzw. die Bindung an eine Marke soll unser Gehirn belohnen.

Ausgangspunkt sind dabei grundlegende und in allen Menschen angelegte „Motivkomplexe“. Der Marketingexperte Christian Scheier nennt Sicherheit, Erregung und Autonomie, aus denen wiederum sechs Motive (Abenteuer, Autonomie, Kontrolle, Sicherheit, Genuss, Erregung) abgeleitet werden.⁶² Hans-Georg Häusel wiederum spricht von drei wichtigen Emotionssystemen (Balance, Dominanz und Stimulanz) sowie vier weiteren (Bindung, Fürsorge, Sexualität und Appetit/Ekel), die teilweise mit den drei erstgenannten verknüpft sind. Motive sind nach seiner Definition „die Wünsche und Erwartungen, die aus dem Emotionssystemen heraus an ein Produkt, eine Situation oder an einen Mitmenschen gestellt werden.“⁶³ Das Marktforschungsinstitut TNS Infratest wiederum geht analytisch von einem zweidimensionalen Raum mit den Achsen Extrovertiert <-> Introvertiert sowie Empfänglichkeit/Passivität/Zugänglichkeit <-> Dominanz/Bestimmtheit/Individualität aus und leitet daraus Muster von Persönlichkeitstypen und Gefühlszuständen ab (siehe Kapitel 7).

Wie auch immer diese Modelle begründet und benannt werden - es handelt sich hier um am Markt konkurrierende Beratungskonzepte - sie alle arbeiten mit der Darstellung eines zweidimensionalen Raums (bzw. es wird eine ringförmige Darstellung gewählt) von Emotionssystemen, die zum einen in ihrer jeweiligen Gewichtung etwas über die Persönlichkeitsstruktur und Mentalität von Menschen (aber auch von Generationen, Geschlechtern, Nationen und andere soziale Gruppen) aussagen und zum anderen den Möglichkeitsraum beschreiben, in dem sich Marken „ansiedeln“ können. Ein Produkt kann das Bedürfnis nach „Abenteuer“ befriedigen aber auch nach „Kontrolle“.

Wenn nun diese Emotionssysteme bei Produkten und Marken greifen, liegt die Vermutung nahe, dass sie auch bei politischen Botschaften und Ideen wirksam sind. In Kapitel 7 beschreiben wir einen Versuch, diesen Ansatz aus der Marktforschung auf die Politik zu übertragen und gehen der Frage nach, wie diese Methode mit anderen hier diskutierten Konzepten verknüpft werden kann.

Was bedeuten psychologische Erkenntnisse für eine strategieorientierte Diskursanalyse?

Drew Westen beschreibt zusammenfassend das „politische Gehirn“ als ein „emotionales Gehirn“: „Es ist keine leidenschaftslose Rechenmaschine, die objektiv nach den richtigen Fakten, Zahlen und politischen Konzepten sucht, um eine wohlüberlegte Entscheidung zu fällen.“⁶⁴ Die Vorstellung vom leidenschaftslosen Gehirn entspreche der Vorstellung vom Marktplatz der Ideen, wichtiger sei der „Marktplatz der Emotionen“.⁶⁵ Überzeugungskraft und Attraktivität bestimmter politische Diskurse lassen sich nicht aus politisch rationalen Gründen allein erklären. Eine strategieorientierte Diskursanalyse muss also in die Betrachtung einbeziehen, dass Diskurse und ihre jeweilige Anziehungskraft auf soziale Gruppen und Milieus nicht nur aus rationalen Argumenten und Einsichten bestehen, sondern immer auch durch emotionale Erfahrungen geprägt und mit bestimmten Bedürfnissen verbunden sind. Diese emotionalen Elemente gilt es zu erfassen und zu verstehen.

⁶² Scheier 2007

⁶³ Häusel 2011, S. 42

⁶⁴ Westen 2012, S. 16

⁶⁵ Ebd. S. 34

4 Ein Begriff – viele Bedeutungen: Der Diskurs

Der Begriff „Diskurs“ ist hier bereits mehrfach verwendet worden, doch er ist überaus komplex und wird in unterschiedlichen Zusammenhängen unterschiedlich verwendet. Wir wollen hier einen kurzen Überblick über die verschiedenen Konzepte und Begriffsverwendungen liefern und herausarbeiten, welche Zuschreibungen und Bestimmungen der Diskursforschung wir für unseren Ansatz verwenden können.

Seit spätestens den frühen 1960er Jahren hat sich in den Sozialwissenschaften der Begriff „Diskurs“ als zentrale theoretische wie auch analytische Kategorie über die allgemeine Erkenntnis durchgesetzt, dass die Beziehungen der Menschen zur Welt durch kollektiv erzeugte symbolische Sinnsysteme oder Wissensordnungen vermittelt werden. Seitdem hat sich in den letzten 40 Jahren die wissenschaftliche Diskursforschung in verschiedenen Disziplinen (sowie deren interdisziplinäre Integration) auf höchst komplexe Weise ausdifferenziert. Unter dem allgemeinen Label der Diskursforschung muss heute eine ganze Bandbreite heterogener, mitunter divergierender methodischer Ansätze, Begriffsverwendungen und analytischer Schwerpunkte subsumiert werden. Es wird jedenfalls deutlich, dass die wissenschaftliche Verwendung des Begriffs „Diskurs“ sich vom Alltagsgebrauch im Sinne von „Diskussion über ein Thema“ markant unterscheidet.

Die Fülle der Diskursforschung lässt sich *sehr grob* nach vier erkenntnisleitenden bzw. methodischen Ansätzen unterteilen, die sich mitunter überschneiden, aufeinander beziehen oder gegenseitig als Ressource nutzen:

- Erstens: die *genealogisch-theoretische* Erfassung von Diskursen als machtgestützte Sinnordnungen und Bedeutungszuschreibungen.
- Zweitens: das *normative* Modell einer Diskursethik herrschaftsfreier Kommunikation.
- Drittens: die *inhaltlich-pragmatische* Analyse von Diskursen, welche sich wiederum in deskriptiv, (korpus-)linguistische und kritische Diskursanalysen ausdifferenziert.
- Viertens: der *diskurs-institutionalistische* Ansatz der Untersuchung diskursgenerierender und -determinierender Strukturen.

Das genealogisch-theoretische Diskursmodell

Für den genealogisch-theoretischen Ansatz steht vor allem *Michel Foucault*, der Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre, im Gegensatz zu vorherigen sprachwissenschaftlichen, insbesondere linguistischen Diskursanalysen, den Begriff „Diskurs“ definitiv entgrenzt und damit alle sozialen Praktiken beschreibt, durch die diejenigen „*Gestaltungsregeln*“ geformt werden, die die Produktion solcher Praktiken beherrschen. Diskurse sind sprachliche wie nichtsprachliche Äußerungen, sozusagen menschliche Objektbildungen und Vergegenständlichungen aller Art. Durch „diskursive Praxis“⁶⁶ wird Ordnung im Wissen erst hergestellt, zugleich stellen Diskurse selbst die Wissensordnung dar; Diskurs bezeichnet also dialektisch Prozess und Struktur der Wissenskonstitution gleichermaßen. Entgegen dem einzeltextbezogenen Diskursverständnis geht es bei Foucaults Arbeiten um die Frage nach langfristigen und verwurzelten Wirklichkeitswahrnehmungen als wesentliche Voraussetzung des Handelns. „Mit dieser Öffnung

⁶⁶ Vor allem in: Foucault 1992

(des Diskurskonzepts) geht die Entstehung einer Zwischendisziplin ‚Diskurstheorie‘ einher, die sich verorten lässt zwischen Soziolinguistik und Bereichen der Soziologie (...), aber auch der Geschichtswissenschaft, Wissenschaftsgeschichte u.a.“⁶⁷

Die gesellschaftliche Wissensordnung ist demnach nicht eine schlichte und neutrale Abbildung von Wirklichkeit, sondern wird erst durch Inhalt und Form von Diskursen konstituiert. Durch die anonyme, d.h. überindividuelle Festsetzung von Regeln und Begriffsbedeutungen von Objekten, durch die Definition von Normalität und Abweichung, die Institutionalisierung kollektiv verbindlicher Wissens- und Moralsysteme und schließlich durch die Nichtthematisierung des Undenk- und Unsagbaren, ist der Diskurs nach Foucault eine notwendige Konstitutionsbedingung von Macht (und durch Veränderung des Diskurses auch die ihrer Transformation).⁶⁸ „Jede Gesellschaft hat ihre eigene Ordnung der Wahrheit, ihre ‚allgemeine Politik‘ der Wahrheit: d.h. sie akzeptiert bestimmte Diskurse, die sie als wahre Diskurse funktionieren lässt; es gibt Mechanismen und Instanzen, die eine Unterscheidung von wahren und falschen Aussagen ermöglichen und den Modus festlegen, in dem sie den einen oder anderen sanktionieren.“⁶⁹ Für Foucault stehen Wissen und Wahrheit immer im Horizont von Macht. Wissen ist Macht, aber Macht ist gleichzeitig auch Wissen. Macht produziert – und dies in jeder Gesellschaft auf je eigene Weise – über eine Vielzahl von Techniken Wissen und Wahrheit. Er verweist darauf, „dass Macht und Wissen einander unmittelbar einschließen; da es keine Machtbeziehung gibt, ohne dass sich ein entsprechendes Wissensfeld konstituiert, und kein Wissen, das nicht gleichzeitig Machtbeziehungen voraussetzt und konstituiert.“⁷⁰

Doch wie funktionieren Diskurse? Foucault beschreibt sie als regelnde und geregelte Äußerungssysteme, deren grundlegende Eigenschaft es ist, ein- und auszuschließen, etwas zuzulassen und etwas zu verwerfen und zu verknapen. „Ich setze voraus, dass in jeder Gesellschaft die Produktion des Diskurses zugleich kontrolliert, selektiert und kanalisiert wird – und zwar durch gewisse selektive Prozeduren, deren Aufgabe es ist, die Kräfte und Gefahren des Diskurses zu bändigen, sein unberechenbar Ereignishaftes zu bannen, seine schwere und bedrohliche Materialität zu umgehen“.⁷¹ Diese Regulierung und Stabilisierung der Diskursproduktion vollzieht sich *erstens* über diskursive Ein- und Ausschließungsprozeduren in der Form von *Grenzziehungen* zwischen Vernunft und Wahnsinn, Wahrem und Falschem, Verbotenem und Erlaubtem und der Bestimmung dessen, was als ein legitimer und „sinnvoller“ Erkenntnisgegenstand gilt und was nicht.⁷² Hier haben Rituale und Tabus eine wichtige Disziplinierungsfunktion. *Zweitens* ist *Verknappung* der Subjektpositionen wichtig, um die Menge der Aussagen (z.B. in den wissenschaftlichen oder Experten-Diskursen) zu begrenzen. Dies vollzieht sich über den Einsatz von Qualifikationsritualen, in denen bestimmte Sprecherpositionen und -lizenzen verteilt werden. „Das Ritual bestimmt, welche Ausstattung, Qualifikation und Verhaltensweisen Individuen aufweisen müssen, um bestimmte Funktionen und Rollen ausführen zu können. Über diese Zugangsvoraussetzungen wird die Sprecherwirkung (symbolisches Kapital) reglementiert.“⁷³ Und *drittens* wird der Zufall von Diskursereignissen durch *erzählende oder interpretierende Wiederholung* auslegender und begründender Kommentare (z.B. in religiösen,

⁶⁷ Diaz-Bone 2002, S. 67

⁶⁸ Foucault 1991

⁶⁹ Foucault 1978, S. 51

⁷⁰ Foucault 1991, S. 39

⁷¹ Foucault 1991, S. 10f.

⁷² Foucault 1991, S. 11

⁷³ Diaz-Bone 2002, S. 85

wissenschaftlichen, juristischen, kulturwissenschaftlichen Texten) begrenzt und die Wissensordnung stabilisiert. Der Kommentar hat die Aufgabe, neue und abweichende Äußerungen zu kontrollieren und Regeln ebenso wie ihre „permanente Reaktualisierung“ zu garantieren. Das zufällige Aufbrechen von Diskursen wird ferner durch das „Spiel der Identität der Autorfunktion“, das Texte immer auf die Absicht eines Autors bezieht, um vermeintliche Widersprüche zu entschärfen oder „unsinnige“ Äußerungen zu individualisieren, und durch die „diskursive Polizei“ der Wissenschaftsdisziplinen eingeschränkt.⁷⁴

Normative Modelle einer Diskursethik

Der Begriff „Diskurs“ spielt auch im Rahmen der Diskursethik eine prominente Rolle, die der Sozialphilosoph Jürgen Habermas maßgeblich entwickelt hat. In diesem Ansatz wird Diskurs jedoch als ein Ort begriffen, an dem sich die Geltung politischer Argumente überprüfen lässt. Ausgehend von der These, dass zwischen Legitimität und Wahrheit ein grundlegender Zusammenhang besteht, muss sich der Anspruch der Legitimität sowie ihre Geltung immer auch auf ihren Wahrheitsgehalt überprüfen lassen. Als Ort dieser Geltungsüberprüfung wird der Diskurs normativ festgeschrieben.

Während sich bei Foucault Diskurse noch fortwährend in und gerade durch Machtverhältnisse konstituieren, geht es Habermas in seiner Begründung idealer Diskursprozesse, in denen alle Diskursteilnehmer „strittige Geltungsansprüche thematisieren und versuchen, diese mit Argumenten einzulösen und zu kritisieren“⁷⁵, gerade um die notwendige Abwesenheit von Macht. Zentral ist bei Habermas der „herrschaftsfreie Diskurs“. Dieser gründet auf einer „kommunikativen Rationalität“ aller Teilnehmer, die „als eine Disposition sprach- und handlungsfähiger Subjekte“ immer schon als vorhanden verstanden werden muss und deren „rationale Äußerungen einer objektiven Beurteilung zugänglich ist“.⁷⁶ Der herrschaftsfreie Diskurs ist gleichermaßen eine öffentliche Arena wie auch ein öffentlicher Aushandlungsprozess, der durch bestimmte Voraussetzungsbedingungen normiert ist: Erstens alle Kommunikationspartner sind gleichberechtigt, sie alle haben zweitens die gleichen Fähigkeiten und Möglichkeiten, sich zu allen sie betreffenden Themen zu äußern und schließlich drittens ist die Kommunikation immerfort symmetrisch.

Diskurse setzen als organisierte Diskussionsprozesse rational-argumentativer Auseinandersetzung demnach normales kommunikatives Handeln (welches man im Alltag praktiziert) auf einer höheren Stufe fort und sind als institutionalisierte Verfahren demokratischer Meinungs- und Willensbildung integraler Bestandteil der Demokratie. Die Entscheidungsfindung erfolgt durch den „Zwang des besseren Argumentes“. Es geht hier um praktische Wahrheitsfindung in einem von Vernunft dominierten politischen Prozess, um unbeschränkte und gleichberechtigte Deliberation.⁷⁷

Inhaltlich-pragmatische Analyse von Diskursen

Diskursanalytische Ansätze widmen sich nicht abstrakten diskursiven Sinnkategorien als solchen als vielmehr den jeweils konkreten Deutungskonflikten innerhalb unterschiedlicher gesellschaftlicher Diskurse. Dabei wird der Diskurs weniger im Sinne einer alles umfassenden

⁷⁴ Foucault 1991, S. 22, 25

⁷⁵ Habermas 1988, S. 39

⁷⁶ Habermas 1988, S. 38, S. 44

⁷⁷ Kersting 1995

Bestimmung von „Wahrheit“ oder „Erkenntnis“ verstanden, sondern als eine, auch empirisch analysierbare Herstellung von Öffentlichkeit sowie als Produktion von Wissen und öffentlicher Meinung. Diese Ansätze gründen ihre Analysen somit eher auf formalen und quantifizierbaren Kriterien und auf kleineren empirischen Analyse kategorien. Im Rahmen der Diskursanalyse wird Diskurs verstanden als eine „Gesamtheit von Aussageereignissen, die im Hinblick auf institutionell stabilisierte gemeinsame Strukturmuster, Praktiken, Regeln und Ressourcen der Bedeutungserzeugung untersucht“ werden können.⁷⁸

Die diskursanalytische Forschung ist äußerst vielgestaltig, stärker empirisch ausgerichtet und untersucht eher einzelne Diskursbeiträge, diskursive Wirkungsweisen, Prozesse der Herstellung und Reproduktion von gültigen Annahmen, Themen und Sprecher. Die unterschiedlichen Ansätze reichen dabei von konversationsanalytischen, literaturwissenschaftlichen und hermeneutischen Analysen des konkreten Sprachgebrauchs über kulturalistische Untersuchungen symbolischer Handlungen und Interaktionen bis hin zur Medienforschung. Die teilweise sehr unterschiedlichen analytischen Begrifflichkeiten und Vorgehensweisen ergeben sich aus den jeweiligen Forschungsinteressen und -fragen: „Einen Königsweg, der für jede Thematik gilt, gibt es nämlich nicht“⁷⁹. Doch ungeachtet dieser Vielfalt etablierte sich in allen Ansätzen ein grundlegendes Verständnis vom Diskurs als einer einzeltextübergreifenden kommunikativen Strukturgröße.

In der empirischen Diskursanalyse lassen sich grob zwei Richtungen unterscheiden: eine *deskriptive* und eine *kritische Diskursanalyse*. In deskriptiven Forschungsansätzen geht es zumeist um eine linguistische Freilegung der Funktionsweise öffentlicher Debatten und um die Analyse der Sprache öffentlicher Auseinandersetzungen. Hier werden Diskurse allgemein als *transtextuelle Einheit* geschriebener oder gesprochener Kommunikationssequenzen verstanden. So lassen sich thematische Diskurse (z.B. Umweltpolitik, Asylpolitik) in Kommunikationsbereiche, Teil- und Spezialdiskurse oder Textsorten (z.B. Kommentar, Rede, Verlautbarungen einer Organisation u.a.) unterteilen. Auf der Wortebene können Leitvokabeln, Schlüssel- oder Schlagwörter (mit lexikometrischen und textstatistischen Methoden) sowie Metaphern im Kontext von Argumentationsstrukturen quantitativ fixiert und betrachtet werden, können Veränderungen der Topoi mit der Veränderung der Metaphern und Schlüsselwörter untersucht werden und schließlich für einzelne Diskurse typische argumentative Grundmuster rekonstruiert und diese Grundmuster verglichen werden.

Während deskriptive Diskursanalyse Linguistik primär – und dies durchaus nicht unkritisch – als Beschreibung der Sprache versteht, richtet die kritische Diskursanalyse ihr Augenmerk stärker auf die Normierungs- bzw. Lenkungsprozesse sprachlichen Verhaltens⁸⁰ und verbindet dabei linguistische mit „ideologie-, gesellschafts- und sprachwissenschaftlichen sowie allgemeineren sozialwissenschaftlichen Fragestellungen.“⁸¹ Zudem verknüpfen die kritischen Ansätze Elemente der empirisch-sprachwissenschaftlichen Diskursanalyse mit diskurstheoretischen Überlegungen Foucaults. Alle diese Ansätze teilen im Wesentlichen ein „Diskurs“-Verständnis, wonach Diskurse gleichermaßen soziale Praxis und Wissenskonstitution darstellen, also soziale Verhältnisse und Machtverhältnisse nicht nur widerspiegeln, sondern diese konstituieren und organisieren. Machtbeziehungen ebenso wie Kultur und Gesellschaft werden folglich als diskursiv konstituiert,

⁷⁸ Keller 2004, S.64

⁷⁹ Jäger 1999, S. 147

⁸⁰ Warnke/Spitzmüller 2008, S. 41

⁸¹ Keller 2004, S. 26

institutionalisiert, reproduziert und transformiert verstanden. In den kritischen Ansätzen geht es um die empirische Analyse von Macht im Diskurs wie auch Macht über den Diskurs. Diese Arbeiten beschäftigen sich weniger mit Sprache oder Sprachgebrauch als solchem, sondern eher im weiteren Sinne mit dem linguistischen Charakter sozialer und kultureller Prozesse und Strukturen. Die Zielsetzung der kritischen Ansätze in der Diskursanalyse ist Untersuchung gegenseitiger Beeinflussung von Sprache und sozialer Struktur und die herrschaftslegitimierende Funktion des Diskurses. „Wenn eine diskursive Formation sich als ein begrenztes, ´positives´ Feld von Aussagen-Häufungen beschreiben lässt, so gilt umgekehrt, dass mögliche andere Aussagen, Fragestellungen, Blickrichtungen, Problematiken usw. dadurch ausgeschlossen sind. Solche [...] Ausschließungen können institutionell verstärkt werden.“⁸²

Der Zusammenhang von Handeln, Denken und Sprechen in konkreten sozio-historischen Kontexten wird in diesem Forschungsansatz systematisch untersucht. In diesem Unterfangen analysiert und benennt die Kritische Diskursanalyse Macht-Wissens-Komplexe, in denen „Wahrheiten“ im Sinne des jeweils „Sagbaren“ geschaffen werden, wobei sich diese Analysen nicht nur auf den alltäglichen Sprachgebrauch, sondern auch auf Experten-Wissen beziehen. Es geht um die dialektischen Bedingungen, unter denen sich Diskurse konstituieren und um die determinierenden gesellschaftlich-institutionellen Strukturen, die regulieren, was und wie es gesagt werden kann und wer was und in welchem Namen sagt.⁸³

Das diskurs-institutionalistische Modell

Der institutionalistische Ansatz der Diskursanalyse schließlich, der maßgeblich von der Politikwissenschaftlerin Vivien A. Schmidt entwickelt wurde, gründet – ganz im Gegensatz zu den vorherigen Untersuchungen – auf einem sehr eng gefassten Definitionsbereich. Das Forschungsinteresse fokussiert hier allein auf öffentliche Policy-Diskurse, also auf die öffentlich-medialen Kommunikationsprozesse, in denen Policy-Akteure miteinander und mit der Öffentlichkeit kommunizieren, handlungspolitische Rahmenbedingungen erklären, konkurrierende Policy-Ideen entwickeln und vor allem deren politische Umsetzung gegenüber der Wahlbevölkerung zu legitimieren versuchen.⁸⁴ In diesem politikwissenschaftlichen Ansatz geht es bei der Betrachtung von Diskursen um Kommunikation innerhalb der politischen Arena; übergeordnete, quasi metapolitische Diskurse, die Sinnsysteme, Wissensordnungen, also eine herrschende „Wirklichkeit“ diskursiv erst konstituieren, spielen dagegen keine Rolle. Der Diskurs ist aber nicht nur durch den institutionellen Rahmen beschränkt, sondern gleichzeitig ist es als zentrale medialisierende Variable der öffentliche Policy-Diskurs, der „lock-in“-Effekte der Akteursinteressen möglicherweise erst entriegelt und dadurch institutionelle Problemlösungskapazitäten erhöht.⁸⁵ In dieser Sichtweise wird der Diskurs zwar als plurale, aber vor allem als eine top-down Elitenkommunikation verstanden.

Nach Schmidt entfaltet der öffentliche Diskurs seine Wirkung zur Durchsetzung politischer Agenden in vierfacher Weise: entlang zweier Dimensionenachsen, einer *ideenbasierten* und einer *interaktiven*, mit jeweils zwei Funktionsformen. Wie stark sich allerdings die jeweiligen Diskursdimensionen ausprägen, wie sie sich zueinander verhalten und welche Wirkung sie

⁸² Link/Link-Heer, S. 90. Zitiert in: Jäger 2001, S. 83

⁸³ Vgl. Fairclough 1989

⁸⁴ Vgl. Schmidt, Vivien A. 2000, 2002

⁸⁵ Schmidt 2003a

erlangen können, ist maßgeblich von den jeweiligen nationalen Hintergrundbedingungen abhängig.⁸⁶ Die ideenbasierte Dimension des öffentlichen Diskurses umfasst alle zu kommunizierenden politischen Ideen: sowohl Policy-Methoden und -Instrumente, mittels derer die zu lösenden Probleme bearbeitet werden sollen, als auch nationale Werte, Ideale und kollektive Zielvorstellungen. In dieser ideenbasierten Diskursdimension finden sich wiederum zwei, eng miteinander verwobene Funktionen. Erstens eine kognitive Funktion, die durch überzeugende Argumente ein spezifisches Policy-Programm kommuniziert, und warum es richtig ist und besser als ein vergangenes oder anderes Programm. Zweitens eine normative Funktion, die darlegt, dass die politischen Agenden den historisch gewachsenen nationalen Werten und Idealen und kollektiven Identitäten entsprechen. Die normative Argumentation legitimiert den Policy-Wandel durch die Anrufung „ursprünglicher“ Werte und verwurzelter Strukturen, die entweder durch die Reformen unberührt bleiben oder durch diese erst wieder hergestellt werden.

Der öffentliche Diskurs kennzeichnet sich ferner durch eine interaktive Dimension. Während es in der ideenbasierten Dimension um die Konstruktion von Ideen geht, bestimmt sich die interaktive Dimension durch die Art und Weise, wie diese Ideen mit der Öffentlichkeit kommuniziert werden. Schmidt unterscheidet zwei unterschiedliche Funktionsformen diskursiver Interaktion: eine koordinierte und eine kommunikative Funktion. Die *koordinierte Funktion* des Diskurses ist vor allem in (halb-öffentlichen) Interaktionen von Policy-Akteuren bei der Entwicklung und Aushandlung von Reformprogrammen bedeutsam. Seine *kommunikative Funktion* ist hingegen wichtig, wenn es gilt, diese Policy-Programme in der Öffentlichkeit zu präsentieren und vor dieser zu legitimieren.

Die beiden interaktiven Funktionsweisen des Diskurses finden ihre reflexive Entsprechung in zwei zu unterscheidenden, wenn auch sich überlagernden Sphären der Öffentlichkeit: Die Policy-Sphäre, in der Akteure – Entscheidungsträger, Spitzenbeamte und organisierte Interessen – danach streben, Reformprogramme zu entwickeln und auszuhandeln, und die Politics-Sphäre, in der neben den Policy-Akteuren auch andere Akteure – Medien, organisierte wie unorganisierte Interessen oder die gesellschaftliche Willensbildung beeinflussende Persönlichkeiten – nicht nur über konkrete Policy-Programme kritisch diskutieren, sondern diese auch in allgemeine Werte- und Interessensdebatten sowie grundsätzliche Argumentationen einbetten.⁸⁷

Diskurs und Hegemonie

Wenn man davon ausgeht, dass Diskurse und Macht dialektisch aufeinander bezogen sind, wie sind die wechselseitigen Transformationsprozesse der Diskurs- und Machtverhältnisse akteurs- und interessenspolitisch bzw. als Konkurrenz unterschiedlicher politischer Ideen zu konzeptualisieren? Wie lässt sich die Konkurrenz unterschiedlicher Diskurse als machtgestützte bzw. machterstrebende Diskurspolitiken analysieren?

An dieser Stelle ist es angebracht, das Konzept der *Hegemonie* ins Spiel zu bringen. In der Denktradition Antonio Gramscis geht es um eine Unterscheidung von Herrschaft bzw. Zwang einerseits und intellektueller und moralischer Führung andererseits. Im Gegensatz zu Zwang basiert Hegemonie auf einer Form von politischer Übereinkunft. Sie beschreibt also zunächst „eine

⁸⁶ Schmidt 2000, 2002, 2005

⁸⁷ Schmidt 2005, S. 27ff; 2002, S. 230ff.

bestimmte Form der politischen Macht, die durch Konsens und Zustimmung und auf der Ebene von Moral, Kultur und Ethik funktioniert.“⁸⁸

Politische Diskurse bzw. ihre Repräsentanten ringen miteinander um politische Bedeutung, geistig-kulturelle Führung, Einfluss und Macht. Die Interessen von Klassen oder Klassenfraktionen (z.B. der Finanzindustrie) sind dabei ein wesentlicher Faktor. Für Gramsci durchläuft das hegemoniale Bestreben drei Phasen. In einer ersten „ökonomisch-korporativen“ Phase bildet sich auf Basis eines gemeinsamen Interesses eine Klassenidentität heraus. Die um Führung bemühte Gruppe kommt dabei nicht umhin, Zugeständnisse und Kompromisse (materieller, politischer oder ideologischer Art) zu machen, um eine gesellschaftliche Übereinkunft zu erzielen. In der zweiten „ethisch-politischen“ Phase ist diese Klasse bereit, partielle Opfer zu bringen, um andere Klassen an sich zu binden und das eigene Anliegen als universelles Anliegen darzustellen. In der dritten, der „hegemonialen Phase“ hat diese Klasse die politisch-kulturelle und staatliche Führung inne.

Damit wird zugleich deutlich, dass Hegemonie nicht beliebig oder „idealistisch“ zu interpretieren ist. Hegemonie existiert nicht losgelöst von der Formation von Gesellschaft und Ökonomie: beispielsweise dem Stand der Produktivkräfte, der Einbettung der nationalen Ökonomie in die Weltwirtschaft, dem politischen System, dem Sozial(staats)modell, den politischen Kräfteverhältnissen, der Entwicklung zivilgesellschaftlicher Organisationen usw. Die Einheit aus einer bestimmten sozio-ökonomischen Formation und einem, diese hegemonial absichernden Bündnis sozialer Gruppen wird von Gramsci als „historischer Block“ bezeichnet, wobei wir kritisch anmerken, dass die Blockmetapher für eine heutige komplexe und dynamische Gesellschaft eher ungeeignet ist.

In heutigen Gesellschaften wird man ein weit differenzierteres Spektrum sozialer Gruppen und ihrer Anliegen zugrunde legen müssen. Soziale Akteure sind im Ringen um Hegemonie darum bemüht, ihre eigenen Interessen und Anliegen im Namen einer Nation, einer Ideologie oder einer Werteidee als gemeinsame Anliegen zu darzustellen. Das Ringen um Hegemonie vollzieht sich nicht nur auf einer rationalen Ebene von Interessen und Argumenten, sondern es zielt ab auf den *Alltagsverstand*, der für Gramsci ein „wirres Ineinander von philosophischen Auffassungen“⁸⁹ ist, in dem sich alles auffinden lasse, was man finden wolle. Anders formuliert: Im Alltagsverstand der meisten Menschen finden sich konservative und progressive, egoistische und gemeinwohlorientierte Elemente. Eine hegemoniale Strategie besteht darin, die Elemente zu adressieren, die zum eigenen Diskurs „passen“. Dabei ist Hegemonie nie „total“. Die sachliche Reichweite (z.B. Dominanz von Wirtschaftslehren), räumliche Reichweite (z.B. nationale Wohlfahrtsstaatsmodelle) und zeitliche Reichweite (z.B. Phase „neoliberaler Dominanz“) ist begrenzt.⁹⁰

Die postmarxistischen Theoretiker/innen Ernesto Laclau und Chantal Mouffe knüpfen in ihrer Hegemonietheorie sowohl an Foucault als auch an Gramsci an, weisen aber den „Klassismus“ des Letzteren zurück. Soziale Klassen oder Interessengruppen bilden sich ihrer Auffassung zufolge nicht aus der ökonomischen Stellung im Produktionsprozess sondern sind diskursiv konstruiert. Diskurse bestehen bei ihnen sowohl aus sprachlichen als auch nicht-sprachlichen Elementen. Als *Artikulation* verstehen sie die Praxis, diese Elemente zueinander in Beziehung zu setzen. Jedes

⁸⁸ Opratko 2012, S. 37

⁸⁹ Gramsci, 1999 (GH), S.1040

⁹⁰ Vgl. Opratko 2012, S. 54ff.

Element gewinnt seine Bedeutung und Identität nicht aus sich selbst heraus, sondern in Differenz zu anderen Elementen

Ein Diskurs ist für sie die „aus dieser artikulatorischen Praxis hervorgehende strukturierte Totalität.“⁹¹ Diskurse sind Ergebnis des ständigen und immer wieder aufs Neue stattfindenden Spiels von Differenz und Äquivalenz. Einzelne Elemente – oder für den politischen Diskurs: Forderungen – werden positiv oder negativ zueinander in Beziehung gesetzt. Forderungen, die miteinander verknüpft werden, bezeichnen sie als „Äquivalenzketten“. In dieser Äquivalenzkette stehen aber nicht nur einzelne Forderungen zueinander in Beziehung, sondern die einzelnen Elemente haben auch einen gemeinsamen Knotenpunkt in einer übergeordneten Forderung, die alle einzelnen Forderungen repräsentiert. Da wir nicht in einer perfekten Welt leben, deren Ordnung von allen Menschen und sozialen Gruppen geteilt wird, gibt es immer einen „Mangel an Allgemeinem“. Es wird fortlaufend darum gerungen, wie dieser zu beheben ist. Diese zentrale Forderung bezeichnen sie als „leeren Signifikanten“, nicht weil dieser inhaltsleer wäre, sondern weil dieser von seiner „ursprünglichen“ Bedeutung entleert wurde und zum symbolischen Ausdruck für eine Behebung des Mangels an Allgemeinem (Freiheit, Wohlstand...) wird. Oder anders formuliert: Politische Diskurse bündeln sich in einer zentralen Forderung, die alle anderen Forderungen repräsentiert und für sich in Anspruch nimmt, dem Gemeinwohl zu entsprechen. Eine solche Äquivalenzkette gewinnt ihre innere Bindung aber vor allem durch die Abgrenzung von einem „konstitutivem Außen“. Alle Forderungen, die nicht der zentralen Forderung entsprechen, werden diskursiv auch zu einer Äquivalenzkette verknüpft. Idealtypisch stehen sich also antagonistisch zwei Ketten gegenüber. Aus der strategischen Perspektive besteht das Ziel in einer Zweiteilung des diskursiven Raums: „hier alles, was den Mangel an Allgemeinem beheben will; dort alles, was der Behebung entgegensteht.“⁹² Diese differenten Forderungen wiederum können auch in einem diskursiven Knotenpunkt verdichtet werden. Dem eigenen zentralen Versprechen steht dann eine antagonistische zentrale Forderung gegenüber, die als „Kern allen Übels“⁹³ ausgemacht und dargestellt wird. Dieses Außen ist nicht „an sich“ da, sondern es wird politisch-diskursiv konstruiert. Allerdings sind diese Ketten nie auf Dauer fixiert, da sich das Ringen am Diskurs teilnehmender Akteure um die Bildung von Äquivalenzen und die Herstellung von Differenzen unaufhörlich vollzieht.

Martin Nonhoff ist darum bemüht, das Konzept von Laclau / Mouffe in einer empirischen Hegemonieanalyse zu operationalisieren: „Es gibt also ein diskursives Ringen um das Wahre, das Richtige und das Gute. Diskursanalyse als Hegemonieanalyse zu betreiben, heißt, diesem Ringen auf den Grund zu gehen, es in seinem strukturellen Eigenschaften zu begreifen und ihnen im empirischen Material nachzuspüren.“⁹⁴ Die Forderung ist für ihn die kleinste Einheit des politischen Diskurses und besonders relevant sind Forderungen, die auf das Gemeinwohl gerichtet sind. In diesem Ringen um Hegemonie unterscheidet er drei Stufen:⁹⁵ *Hegemoniale Artikulationen* sind einzelne Forderungen, die ins Terrain konkurrierender Diskurse eindringen und versuchen, ihren Einfluss auszudehnen. Ein *hegemoniales Projekt* ist ein politischer Diskurs mit einem zentralen Versprechen, das um Hegemonie bemüht ist. Von *Hegemonie* selbst kann man dann sprechen, „wenn ein gemeinsamer Wille politisch-gesellschaftlicher Kräfte tatsächlich über längere Zeit

⁹¹ Laclau / Mouffe 1991, S. 141

⁹² Nonhoff 2006, S. 216

⁹³ Ebd., S. 220

⁹⁴ Nonhoff 2010, S. 300

⁹⁵ Nonhoff 2006, S. 139ff.

Verbreitung findet“.⁹⁶ Zudem unterscheidet er eine *defensiv-hegemoniale Strategie*, die auf die Verteidigung einer bestehenden Hegemonie abzielt und eine *offensiv-hegemoniale Strategie*, die versucht ein hegemoniales Projekt durchzusetzen.

Für den letztgenannten Typus der offensiven Strategie benennt er eine Reihe von Strategemen, denen im Zuge einer Hegemonieanalyse nachzuspüren ist und von denen wir nur die wichtigsten drei (die so genannten „Kernstrategeme“) erwähnen:

- Die *Äquivalenzierung differenter, am Allgemeinen orientierter Forderungen*, also die Bildung der erwähnten „Äquivalenzketten“.
- Eine *antagonistische Zweiteilung des diskursiven Raums*, also die diskursive Konstruktion einer „gegnerischen“ Äquivalenzkette.
- Und die *Repräsentation durch eine „umfassende Forderung“* die zudem in Differenz zu den einzelnen Elementen der anderen Äquivalenzkette steht.

Nonhoff veranschaulicht seine Hegemonieanalyse am Beispiel der Durchsetzung der Idee der „Sozialen Marktwirtschaft“ und beschränkt sich dabei auf die Analyse eines Textkorpus. Er weist aber darauf hin, dass es nicht nur Texte sind, die Hegemonie ausmachen. Wir wollen daher an dieser Stelle zwei Aspekte ergänzen.

Zum einen ist auch nach den Institutionen, Praktiken, Symbolen usw. zu fragen, die eine Hegemonie festigen. Die Diskurstheorie kennt hier den Begriff des *Dispositivs*. In Anlehnung an eine Definition Foucaults erläutert der Philosoph Giorgio Agamben dieses wie folgt: „Es ist eine heterogene Gesamtheit, die potenziell alles Erdenkliche, sei es sprachlich oder nichtsprachlich, einschließt: Diskurse, Institutionen, Gebäude, Gesetze, polizeiliche Maßnahmen, philosophische Lehrsätze usw. Das Dispositiv ist das Netz das man zwischen allen diesen Elementen spannen kann.“⁹⁷ Eine andere Definition beschreibt Dispositive als die „materielle und ideelle Infrastruktur“ von Diskursen.⁹⁸ Zu solchen Dispositiven gehören demnach alle Elemente, die einen Diskurs prägen und stabilisieren. So besteht beispielsweise das Sozialstaatsdispositiv u.a. aus den Gesetzen und den Institutionen, die soziale Sicherheit in bestimmten Fällen bieten, aber auch aus den zugrundeliegenden wissenschaftlichen Theorien, veröffentlichten Studien und Statistiken, den Disziplinierungspraxen und der Architektur der Behörden, den auszufüllenden Formularen, usw.

Zum anderen kann der Blick bei einer Hegemonieanalyse nicht nur auf die Diskurs(re)produktion gerichtet werden, sondern sie muss auch die Wirkung dieser Diskurse auf die einzelnen Individuen und sozialen Gruppen in den Blick nehmen. Christoph Scherrer verweist in einem Aufsatz, der der Frage nachgeht, ob Hegemonie „empirisch fassbar“ ist, auf die Möglichkeit, demoskopische Untersuchungen unter der Fragestellung zu analysieren.⁹⁹ Zudem ist bei (herrschenden) politischen Diskursen danach zu fragen, wie sich staatliche Praxis auf die Subjekte auswirkt. Eng verwandt mit dem Dispositiv-Konzept ist der von Foucault geprägte Begriff *Gouvernementalität* (*Gouvernementalité*), einer Zusammensetzung der Begriffe „gouvernement“ (Regierung) und „mentalité“ (Denkweise). Unter „Regierung“ versteht Foucault in diesem Zusammenhang nicht die konkrete Exekutive eines Staates, sondern „die Gesamtheit der Institutionen und Praktiken, mittels deren man die Menschen lenkt, von der Verwaltung bis zur Erziehung.“¹⁰⁰ Bei diesem Konzept

⁹⁶ Nonhoff 2006, S. 203

⁹⁷ Agamben 2008, S. 9

⁹⁸ Keller 2004, S. 64

⁹⁹ Scherrer 2007

¹⁰⁰ zitiert nach Lemke / Krasmann / Bröckling 2000, S. 7

handelt es sich um eine besondere Form der Machtanalyse, die nach dem Zusammenwirken von staatlicher Praxis und Subjektivierung fragt. Es geht im Kern um die Frage, wie sich staatliches Handeln und staatliche Erwartungen an das Handeln der Bürger über Diskurse und Dispositive in das Alltagsdenken und die Lebensführung der Einzelnen übersetzen und damit zur „Normalität“ werden. Diese „Technologien des Selbst“ unterscheiden sich damit grundlegend von Herrschaftstechniken, die auf direkter Unterwerfung basieren. Der Staat wendet neben politischen Machttechniken auch „pastorale“ Techniken an, die auf die „Regierung der Seelen“ abzielen. So fragt eine Gouvernementalitätsanalyse des Neoliberalismus nicht nur nach den Veränderungen der politischen und ökonomischen Strukturen oder nach den Interessen, die hinter dem Diskurs stecken. Sie fragt auch danach, wie die Ökonomisierung des Sozialen zum Prinzip staatlichen Handelns wird und wie dies von den Einzelnen verinnerlicht wird.¹⁰¹ Die Analyse von Gouvernementalität basiert nach Lemke et al. nicht auf einem definierten Forschungsprogramm. Sie fragt nach dem Netz von Kräfteverhältnissen, Interessen und Strategien und der Wechselwirkung von Macht- und Selbsttechniken.¹⁰² Auch die Analyse von Dispositiven sehen Bührmann und Schneider auch nicht als eine eigenständige Methode sondern einen bestimmten Forschungsstil.¹⁰³ Nicht das Dispositiv „an sich“ wird empirisch erforscht, sondern die „Wechselwirkungen zwischen vorherrschenden Wissensordnungen, diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken (im Alltag), ihren symbolischen wie materialen Objektivationen sowie die damit verbundenen Subjektivationen/Subjektivierungen.“¹⁰⁴

Dispositive sind also ein wesentliches Element der Stabilisierung von Gesellschaftsformationen. Dispositive „regeln“ über die alltägliche Präsenz ihrer einzelnen Elemente, was für „normal“ gehalten wird und begrenzen so den Raum des Politischen, des Möglichen und Sagbaren. Doch zugleich sind sie keine starre Struktur, sondern widersprüchlich, umkämpft und dynamisch. Aus diesem Grund plädiert Joachim Becker aus Sicht der Regulationstheorie¹⁰⁵ dafür, von *Regulationsdispositiven* anstelle von Regulationsweisen zu sprechen.¹⁰⁶

Diskursforschung: Grundlage und Ausgangspunkt für eine strategierorientierte Diskursanalyse

In diesem kurzen Überblick zur Diskursforschung wurde aufgezeigt, dass sich in sich ihren verschiedenen Strängen grundlegende Erkenntnisse etabliert haben, die für weitergehende Fragestellungen einer strategierorientierten Diskursanalyse wie auch für strategisch-taktische Selbstreflektion von Diskurs-Akteuren Grundlage und notwendigen Ausgangspunkt darstellen:

Erstens, dass Wissen und Wahrheit das Resultat diskursiver Produktionen sind.

Zweitens, dass diskursive Produktionsprozesse unendliche und permanente Prozesse sind.

Drittens, dass diskursive Produktionsprozesse nach bestimmten internen und externen Formationsregeln ablaufen.

¹⁰¹ Lemke / Krasmann / Bröckling 2000

¹⁰² Ebd.

¹⁰³ Bührmann / Schneider 2008, S. 16

¹⁰⁴ Ebd. S. 111

¹⁰⁵ Siehe Kapitel 5

¹⁰⁶ Becker 2013

Viertens, dass Diskurse sich in institutionellen Ordnungen und gesellschaftliche Praktiken sedimentieren, die ihrerseits Diskurse regeln, stabilisieren und reproduzieren.

Fünftens, dass eine materielle und ideelle Infrastruktur existiert, durch die Diskurse reproduziert und Effekte (z.B. Traditionen, Forschungsfragen, Symbole, , Gebäude) erzeugt werden.

Sechstens, dass Diskurse immer mit Macht dialektisch verkoppelt sind, dass folglich Diskurse Machtwirkung haben und Ausdruck von Machtverhältnissen sind.

Siebtens, dass Diskurse von Akteuren, Gruppen, Organisationen (mit jeweils unterschiedlichen Ressourcen) produziert und getragen werden und in Interessenkonstellationen, Macht-, Herrschafts- und Beziehungsgefügen eingebettet sind, die solche Ordnungen entweder stabilisieren oder transformieren.

Achtens, dass alle Diskurse eine Geschichte haben und sich in ihnen traditiertes Wissen, frühere Auseinandersetzungen, kollektive Erfahrungen usw. „sedimentieren“.

5 Blockierter Wandel: Pfadabhängigkeiten, Regulation und Transformation

Gesellschaftliche Entwicklung scheint sich durch längerfristig stabile Phasen auszuzeichnen, in denen sich eine einmal eingeschlagene Richtung kaum ändert. Dies wird auch als „Pfadabhängigkeit“ bezeichnet. Dabei handelt es sich um eine sozialwissenschaftliche Metapher, die verdeutlicht, dass zu einem bestimmten (früheren) Zeitpunkt verschiedene Wege (z.B. der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates) denkbar waren, aber ein einmal eingeschlagener Weg auf Dauer weiter verfolgt wird. In der Vergangenheit getroffene Entscheidungen und die Etablierung von Routinen wirken sich in die Gegenwart (und Zukunft) aus und schränken Handlungsalternativen ein.¹⁰⁷ Dieser Pfad verfügt über einen „Stabilisierungsmechanismus“¹⁰⁸ bzw. „Lock-Ins“, die theoretisch unterschiedlich begründet werden, aber aus unserer Sicht auch nur interdisziplinär erfasst werden können, gerade weil es sich hier um materielle Interessen, institutionelle Verfestigungen sowie Gewohnheiten und Denkweisen handelt (z.B. wenn ein Land den Weg eingeschlagen hat, sich in hohem Maße von Atomenergie abhängig zu machen). Eine Vielzahl von ökonomischen (z.B. getätigte Investitionen in bestimmte Technologien, Weltmarktabhängigkeit), politischen (z.B. organisierten Interessen), sozialen (z.B. Abgrenzung von Milieus) und (sozial-)psychologischen Faktoren (z.B. Verlustaversion) führen dazu, dass eine Gesellschaft (oder bestimmte Teilsysteme bzw. Politikbereiche) auf „bekannten Pfaden“ verbleibt.

Die seit den 70er Jahren zunächst in Frankreich entstandene und sich seitdem in verschiedene Strömungen und Zweige differenzierte *Regulationstheorie*¹⁰⁹ wirft die Frage auf, wie die Widersprüche des Kapitalismus in einem bestimmten *Akkumulationsmodell* (zum Beispiel das industrie- und exportorientierte Modell der Bundesrepublik) durch eine Regulationsweise (Regulierung des Lohnverhältnisses, Wohlfahrtsstaatsmodell etc.) in einem räumlichen und zeitlichen Kontext so befriedet werden, dass der Fortgang der Akkumulationsdynamik gewährleistet ist. Sie fragt also zum einen u.a. nach den ökonomischen, institutionellen und politisch-kulturellen Stabilitätsfaktoren, zum anderen aber auch nach den strategischen Möglichkeiten der Veränderung – vor allem wenn diese Stabilität in Krisen ins Wanken gerät.

Der Ökonom Kurt Hübner nennt drei Gründe, warum es ein „schwieriges Unterfangen“ ist, derartige Pfadabhängigkeiten zu durchbrechen:¹¹⁰

- Der *Zeithorizont zentraler Akteure*. Hierzu gehört zum Beispiel das Problem vierjähriger Legislaturperioden des Deutschen Bundestages in Relation zur „Jahrhundertaufgabe“ einer Bewältigung der Klimakatastrophe.
- Das *ökonomische, politische und kulturelle Gewicht, das der etablierte Pfad mit sich bringt*. Dieser Pfad ist immer mit Interessen, Erheiten, Gewohnheiten etc. verbunden.¹¹¹
- Das *Ungewissheitsproblem einer Umsteuerung*. Niemand kann sicher sein, dass eine alternative Option für die Gesellschaft aber auch den Einzelnen zu einer Verbesserung führt.

¹⁰⁷ Beyer 2005, S. 6

¹⁰⁸ vgl. Beyer 2005

¹⁰⁹ Vgl. dazu den Überblick in Atzmüller et al 2013

¹¹⁰ Hübner 2011, S. 646

¹¹¹ Vgl. auch WBGU 2011, S. 71 - 86

Den Versuch einer strategischen Antwort auf Pfadabhängigkeiten liefern Transformationskonzepte. Gesellschaftstransformation bedeutet, den Gegensatz von Struktur und Handeln zu überwinden. Strukturen prägen unser Handeln (und Denken). Aber durch Handeln (und Denken) können Strukturen verändert werden. Politische Akteure, die um eine solche Transformation bemüht sind, müssen immer innerhalb einer vorgegebenen Struktur agieren, d.h. entlang verriegelter Pfade. Diese Pfade bestimmen einen beschränkten und kurzfristigen politischen Handlungsspielraum, erst wenn die Verriegelungen mittel- bis langfristig „geknackt“ werden, lässt sich der Handlungsspielraum erweitern.

Der Sozial- und Politikwissenschaftler Rolf Reißig erwähnt die folgenden Anforderungen an ein *theoretisches Transformationskonzept*:¹¹²

- Transformation als struktureller Wandel muss beschrieben werden unter Bezug auf die Prozesse, die diesen Wandel hervorbringen (aber auch Stabilität sichern) und dabei die endogenen Quellen der Transformation in den Blick nehmen.
- Transformation wird durch das Handeln individueller und kollektiver Akteure bewirkt. Ein Transformationskonzept muss daher die Wechselbeziehungen zwischen gesamtgesellschaftlichen Faktoren einerseits und individuellen Einstellungen und Motivationen andererseits beschreiben.
- Bei einer Transformation handelt es sich um eine absichtsvolle Veränderung von Institutionen, Strukturen, Regeln und Denkweisen. Dabei geht es immer um eine Re- und Neukombination von vorhandenen und neu entstehenden Elementen.

Ein *politisch-strategisches Transformationskonzept* hat jüngst in Anlehnung an die berühmte Analyse Karl Polanyis¹¹³ unter der Überschrift einer „Großen Transformation“ der „Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen“ (WBGU) vorgelegt. Für den WBGU sind Große Transformationen „keine linearen Prozesse oder Ergebnisse intentionalen Handelns mächtiger Akteure, sondern Folge von ineinander greifenden Dynamiken, die sich auf unterschiedlichen Zeitskalen abspielen, aber sich zu einer Richtung des Wandels verdichten.“¹¹⁴ Dabei werden die folgenden Charakteristika genannt:

- Große Veränderungsprozesse verlaufen ko-evolutionär. Erforderlich ist ein Ineinandergreifen von Veränderungen in gesellschaftlichen Teilsystemen.
- Nötig sind (Nischen-)Innovationen, die sich über Märkte, Regulierungen oder Leitbilder durchsetzen.
- Sie werden beeinflusst durch eine Vielzahl von Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft aber auch Konsumenten. Doch es gibt identifizierbare Akteurskonstellationen, die über ausreichend Macht, Ressourcen, Kreativität sowie Innovations- und Reformbereitschaft verfügen.
- Es handelt sich dabei letztlich um radikale Prozesse hinsichtlich Reichweite und Auswirkung.

Hingewiesen wird in der Transformationsforschung darauf, dass externe Schocks und Krisen alte Pfade aufbrechen können. Dies sind „Momente, in denen das alte, stabile institutionelle und machtpolitische Equilibrium durchbrochen wird und sich Möglichkeiten für tiefgreifende Reformen

¹¹² Reißig 2009, S. 59

¹¹³ Polanyi 1978

¹¹⁴ WBGU 2011, S. 90

eröffnen.¹¹⁵ Auch Diskurstheoretiker weisen darauf hin, dass Risiko-Ereignisse ein „Gelegenheitsfenster für konkurrierende Diskursperspektiven“ öffnen können.¹¹⁶

Jede Transformation nimmt ihren Ausgangspunkt in der vorgefundenen hegemonialen Konstellation der „Konflikte, gesellschaftspolitischen Diskurse und Auseinandersetzungen, Kräfte- und Herrschaftsverhältnisse.“¹¹⁷ Für das Gelingen einer Transformation (hier in Richtung „Nachhaltigkeit“) sei, so der WBGU, eine ausreichende Verbreitung entsprechender Einstellungen und Präferenzen die Voraussetzung, sie müsse im „Einklang stehen mit den Vorstellungen eines guten und gelungenen Lebens.“¹¹⁸ Wichtig ist dabei die „herausragende Bedeutung von breit geteilten Narrativen für die Handlungsorientierung von Akteuren. Narrative reduzieren Komplexität, schaffen Orientierung für aktuelle und zukunftsorientierte Handlungsstrategien, sind Grundlage der Kooperation zwischen Akteuren und fördern Erwartungssicherheit “ .¹¹⁹

Letztlich kann man – mit besonderem Blick auf die Fragestellung der vorliegenden Untersuchung – wohl die folgenden Faktoren als Voraussetzung für politische Transformationen benennen:

- Eine *positive, mobilisierende Idee* bzw. ein Leitbild von einer Gesellschaft „nach der Transformation“, oder auch ein neues „zentrales Versprechen“, das Ängste, Unsicherheiten und Verlustaversionen überwindet.
- *Ideen, Lösungen, Innovationen und Projekte*, die ggf. zunächst in den Nischen der Gesellschaft entstehen bzw. aus Widersprüchen erwachsen und durch bewusste politische Strategie ins Zentrum der Gesellschaft rücken.
- *Change Agents*,¹²⁰ oder „Pioniere des Wandels“¹²¹, in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, die neue Optionen erkennen, Innovationen entwickeln und gesellschaftlich durchsetzen, Netzwerke knüpfen und konstruktive Dialoge organisieren. Diese müssen auch die Fähigkeit haben, Gelegenheitsfenster oder „critical junctures“ zu erkennen. Dabei handelt es sich um „Momente, in denen das alte, stabile und institutionelle und machtpolitische Equilibrium durchbrochen wird und sich Möglichkeiten für tiefgreifende Reformen eröffnen.“¹²²
- *Gesellschaftliche Allianzen* über klassische soziale, politische und kulturelle Milieu- und Gruppengrenzen hinweg.
- Und nicht zuletzt ein *gestaltender, strategisch handelnder Staat*, der Ziele und Leitbilder formuliert, neue Anreize setzt, neue Regeln und Institutionen schafft aber auch offen ist für demokratische Initiative „von unten“ und demokratische Beteiligung.

Was heißt „Transformation“ nun für eine strategieorientierte Diskursanalyse?

Die Macht hegemonialer Diskurse kann auch als „Lock-In“ von politischen Pfaden verstanden werden. Dass Aufbrechen dieser Verriegelungen ist eine unabdingbare Voraussetzung für ein „Neu- und Umdenken“. Es gibt also einen engen Zusammenhang zwischen dem Handlungsspielraum politischer Transformation einerseits und vorherrschenden Diskursen bzw. Diskurswelten andererseits. Neben materiellen Beharrungsstrukturen und –interessen, gibt es auch

¹¹⁵ Merkel 2010, S. 72

¹¹⁶ Keller 2010, S. 85

¹¹⁷ Reißig 2009, S. 61

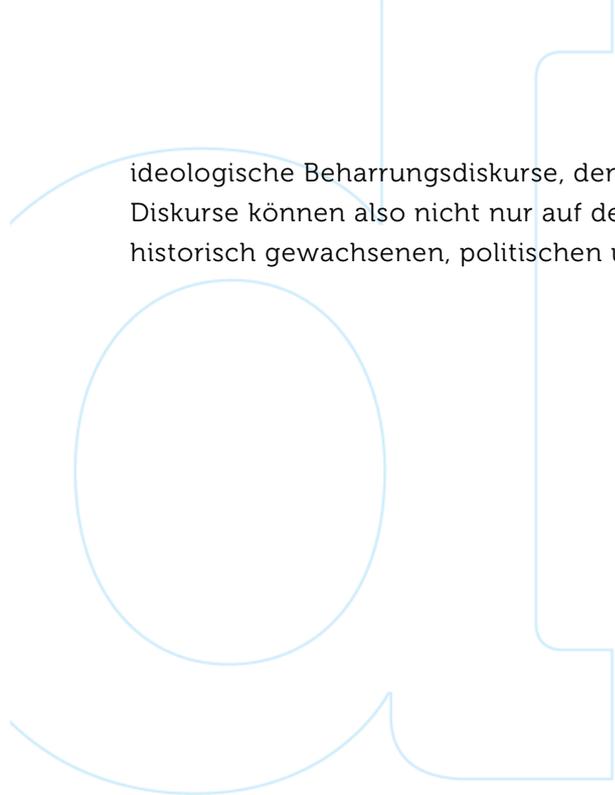
¹¹⁸ WBGU 2011, S. 71

¹¹⁹ Ebd. S. 91

¹²⁰ Kristof 2010

¹²¹ WBGU 2011

¹²² Merkel 2010, S. 72



ideologische Beharrungsdiskurse, denen entsprechende Veränderungsdiskurse gegenüberstehen. Diskurse können also nicht nur auf der Textebene analysiert werden, sondern es gilt, sie in ihrem historisch gewachsenen, politischen und institutionellen Kontext zu betrachten.

6 Die „Seinsgebundenheit“ des politischen Denkens: Habitus, Milieus und politische Lager

Die individuellen Unterschiede politischer „Wahrheiten“ und Einstellungen verteilen sich nicht selbstverständlich zufällig in der Gesellschaft. So ist ein maßgeblicher Gegenstand der Wissenssoziologie die Frage nach der „gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit“ bzw. der „Seinsgebundenheit des Denkens“.¹²³ Was bestimmte soziale Gruppen „wissen“ bzw. für „wahr“ halten, ist nicht beliebig, sondern auch an ihre soziale Lage, Generationenlage oder ihr Geschlecht gebunden.

Ein zentrales Konzept als „Vermittlungsinstanz zwischen objektivierten Strukturen und individuellen Praxen“¹²⁴ stellt der *Habitus* dar. Als das „Körper gewordene Soziale“ (Pierre Bourdieu) ist er Ausdruck bestimmter Weltansichten und Denkweisen und Vorstellungen vom „richtigen Leben“.¹²⁵ Er ist zudem Ausdruck von Klassenlagen bzw. der Verfügung über ökonomisches (materielle Ressourcen), soziales (Netzwerk, Kontakte), symbolisches (Prestige, Aufmerksamkeit) und kulturelles (Bildungstitel, Wissen) Kapital. Er bezeichnet bestimmte Moralvorstellungen, Lebensstile, die Sprache, den Geschmack und Verhaltensweisen. „Die im Habitus eingelagerten Klassifikationen und Unterscheidungsprinzipien, Bewertungs- und Denkschemata schlagen sich nieder in Praxen der Lebensführung.“¹²⁶

Vester et al unterscheiden drei wesentliche - einander ergänzende - Konzepte: „*Habitus* bezeichnet die ganze innere und äußere Haltung eines Menschen. Er äußert sich im Geschmack, in der Mentalität und in der ‚Ethik der alltäglichen Lebensführung‘, der das praktische Handeln folgt. *Milieus* bezeichnen Gruppen mit ähnlichem Habitus, die durch Verwandtschaft oder Nachbarschaft, Arbeit oder Lernen zusammenkommen und eine ähnliche Alltagskultur entwickeln. Sie sind einander durch soziale Kohäsion oder auch nur durch ähnliche Gerichtetheit des Habitus verbunden. Insofern sie ähnliche Orte im sozialen Raum einnehmen, sind sie die historischen Nachfahren der sozialen Klassen, Schichten und Stände. *Lager* beziehen sich nicht, wie Habitus und Milieus auf die alltägliche Lebensführung, sondern auf ein anderes Feld, das Feld der ideologischen und politischen Abgrenzungen und Kämpfe, das eigenen und anderen Gesetzmäßigkeiten folgt.“¹²⁷

Eine Verbindung von Habitus, Milieus und Diskurs besteht in dreifacher Hinsicht:

Erstens stehen Diskurse und milieuspezifische Habitus in einem engen Wechselverhältnis. Der Habitus wird über die Sprache und die Diskurse der Eltern und des engen sozialen Umfelds in der Kindheit „erlernt“. Zugleich prägt er auch die Diskurse, denn „die Weisen der Welterzeugung (Strukturierung) und Weltauslegung (Dekodierung) sind habituell.“¹²⁸ Er hat insofern eine „strukturierende und strukturierte Disposition.“¹²⁹ Zwischen den verschiedenen Habitus (Plural) wird konflikthaft verhandelt, welche gesellschaftliche Ordnung angestrebt ist, was „gute Kultur“

¹²³ Berger / Luckmann 1980

¹²⁴ Landwehr 2009, 80

¹²⁵ Kraus / Gebauer 2002, S. 42

¹²⁶ Ebd. S. 37

¹²⁷ Vester et al 2001, 24f.

¹²⁸ Diaz-Bone 2002, S. 35

¹²⁹ Ebenda, S. 34

ausmacht usw. „Die im Raum der Lebensstile und den sozialen Feldern stattfindenden Diskurse bilden ein System pluraler, konkurrierender Sichten auf die Gesamtgesellschaft.“¹³⁰ Nicht zuletzt der sozial- und kulturwissenschaftliche Theoriezweig der *Cultural Studies* verweist darauf, dass Gesellschaften sich auch durch ein Ringen um Kultur, Identitäten und Macht auszeichnen. Identitäten sind immer plural, kollektiv und umkämpft.¹³¹

Zweitens regelt der Habitus den Zugang zu den Diskursen, bzw. die Möglichkeit, auf diese Einfluss nehmen zu können. Der jeweilige sprachliche Habitus ist Ausdruck von „symbolischer Macht“¹³², die darüber entscheidet, ob man in einem bestimmten Diskurs als legitimer Sprecher zugelassen wird. Im jeweiligen (ökonomischen, politischen, wissenschaftlichen) Feld verfügen die Akteure in unterschiedlichem Maße über ökonomisches, soziales und kulturelles Kapital, das als symbolische Macht genutzt werden kann. Eine Person mit einem (sprachlichen) Habitus der Arbeiterklasse wird auf einer Aktionärsversammlung (ganz unabhängig was sie sagt) vermutlich weniger ernstgenommen als ein Aktionär mit Oberschichtshabitus. Dieser Ansatz korrespondiert mit Foucaults Verweis auf die diskursive Verknappung von Aussagen über den Einsatz von (auch habituellen) Qualifikationsritualen, in denen bestimmte Sprecherpositionen verteilt werden.

Doch auch wenn *drittens* die „Diskursmacht“ ungleich verteilt ist, sind Eliten- oder Expertendiskurse nicht identisch mit Alltagsdiskursen, die oft widersprüchlicher und stärker von persönlichen Problemen und Erfahrungen geprägt sind.¹³³ Ein Trickle-Down-Transfer von Elitendiskursen zu Diskursen der gesellschaftlichen „Basis“ findet selten statt. Ein Beispiel ist der vor allem um die Jahrtausendwende sehr dominierende sozialpolitische Workfare-Diskurs, der mit Leitbildern wie „Fördern und Fordern“, „Eigenverantwortung“ und „Aufstieg“ gearbeitet hat. Zwar gab es für diesen Diskurs in Teilen der Oberschicht und der oberen Mittelschicht (nicht zuletzt den Massenmedien) durchaus Akzeptanz. Aber in großen Teilen der Arbeitnehmerschaft und den Gewerkschaften kollidierte dieser Diskurs mit der eigenen Lebenserfahrung und provozierte daher Ablehnung und Widerstand. Mit Blick auf die Entschlüsselung von Medienbotschaften wurde im Rahmen der Cultural Studies von Stuart Hall das Enkoding-Dekoding-Modell entwickelt.¹³⁴ Dieses geht zunächst einmal von der Erkenntnis aus, dass die Sinnstruktur des Empfängers nicht der Sinnstruktur des Senders entsprechen muss. Texte haben keinen für alle Menschen oder Gruppen identischen „Sinn“. Die Produktion und die Rezeption von Inhalten sind zwei eigenständige soziale Vorgänge und die Codes der Entschlüsselung können sich individuell (und möglicherweise auch milieuspezifisch) unterscheiden. Es sind drei idealtypische Lesarten denkbar:

- Eine *dominant-hegemoniale Lesart*, d.h. dem Text wird die inhaltliche Bedeutung entnommen, wie er vom Sender auch gemeint war
- Eine *ausgehandelte Lesart*, d.h. der Empfänger teilt im Großen und Ganzen die Bedeutung, aber stimmt in einzelnen Fragen nicht mit ihr überein.
- Eine *oppositionelle Lesart*, d.h. der Empfänger dekodiert die Botschaft bzw. ihren Deutungsrahmen völlig anders und entwickelt eine eigene Bedeutung.

¹³⁰ Ebenda, S. 61

¹³¹ Marchart 2007, S. 177

¹³² Bourdieu 1990

¹³³ Expertengespräche mit Michael Vester und Carsten Wippermann

¹³⁴ Hall, S. 2004

Um dieses Wechselverhältnis genauer zu untersuchen, wäre der Weg zu gehen, eine methodische Verknüpfung von Diskurs- und Milieuanalyse vorzunehmen. Doch es gibt nicht *das eine* Milieumodell, sondern verschiedene Ansätze, von denen wir vier kurz darstellen wollen:

Klassentheoretische Modelle

Der an der Universität Hannover u.a. von Michael Vester entwickelte Ansatz basiert auf dem mehrdimensionalen sozialen Raum von Pierre Bourdieu als Weiterentwicklung von Klassen- und Schichtungstheorien. Er beschreibt eine Landkarte von sozialen Milieus, die von zwei Achsen aufgespannt wird: Zum einen einer Verteilungsachse, die nach dem „Was?“ (der Verteilung von Ressourcen) fragt und einer Autoritätsachse, die nach dem „Wie?“ (avantgardistisch vs. autoritär) fragt.

Auf der unteren Ebene dieser Landkarte finden sich die „unterprivilegierten Volksmilieus“, die durch eine Trennlinie der Respektabilität von der mittleren Ebene der „respektablen Volks- und Arbeitnehmersmilieus“ abgegrenzt sind. Oberhalb einer Trennlinie der Disktinktion befinden sich die „oberen bürgerlichen Milieus“. In allen drei vertikalen Gruppen gibt es wiederum auf der vertikalen Achse „konservative“ und „modernere“ Milieus. Spannungen entstehen in diesem Feld zum einen durch die unterschiedliche Verteilung von Macht und Ressourcen, zum anderen durch die Zunahme kulturellen Kapitals, vor allem durch Bildungsexpansion und Veränderung der Berufsstruktur. Das Modell geht davon aus, dass „die ökonomischen Interessen und die kulturelle Formulierung einer Gruppenidentität auf subtile Weise miteinander verknüpft“¹³⁵ sind.

Berufsmilieus

Ein alternativer Ansatz – der sich in besonderer Weise für die Analyse auf Arbeitswelt und Ökonomie bezogene Diskurse eignen könnte – ist eine Klassifizierung von Berufsgruppen. Vester nutzt hier eine Landkarte der Berufsgliederung, die wiederum eine Weiterentwicklung klassentheoretischer Ansätze ist und die sich zugleich am mehrdimensionalen Ansatz Bourdieus orientiert.¹³⁶

- Das Modell beinhaltet die klassische Einteilung in Unternehmer und Arbeitnehmer.
- In der vertikalen Dimension geht es von vier Stufen des Bildungskapitals aus.
- In der horizontalen Dimension werden (bei den Arbeitnehmern) drei Arbeitslogiken unterschieden: die interpersonelle Arbeitslogik (Humandienstleistungen), die technische Arbeitslogik (Ingenieure, Techniker, Arbeiter) und die organisatorische Arbeitslogik (Management und Verwaltungsdienstleistungen).
- Zudem wird innerhalb der einzelnen Berufsgruppen noch eine Differenzierung nach Geschlecht vorgenommen.

Lebensstil-Milieus

Kulturalistische Modelle findet man vor allem bei kommerziellen Instituten, die Marktforschung betreiben und nach Einstellungen und Lebensstilen fragen. Diese blenden jedoch häufig die sozio-ökonomischen Zusammenhänge aus. Eine Weiterentwicklung, die sozio-ökonomische

¹³⁵ Vester et al 2001, S. 151

¹³⁶ Vester 2011

Lebenslagen, Wertvorstellungen und Lebensstile gleichwertig in einem Modell zusammenzuführen versucht, vertritt Carsten Wippermann bzw. sein Delta-Institut.¹³⁷ Auch er entwickelt einen sozialen Raum mit zwei Achsen. Die vertikale Achse ist die der sozialen Lage, wobei ein klassisches Schichtungskonzept verwendet wird. Die Merkmale Bildung, Einkommen und Berufsposition werden verdichtet zu einer Dimension, die differenziert wird in Unterschicht, Mittelschicht und Oberschicht (jeweils mit Unterdifferenzierungen). In der horizontalen Achse werden unterschiedliche Modernitätsverständnisse und Alltagskulturen von Modernität erfasst, die sich in spezifischen Wertearchitekturen und Lebensstilen manifestieren.

Politische Lager und politische Milieus

Wie bereits weiter oben erwähnt, sind politische Lager nicht deckungsgleich mit sozialen Milieus. „Während die Milieus durch Haltungen definiert werden können, die die Praxis der alltäglichen Kultur und Lebenswelt regulieren, folgen die politischen und ideologischen Lager einer anderen Logik. Klassenmilieus sind lebensweltliche Formationen, die sich überwiegend auf derselben vertikalen Stufe in ihre horizontalen Teilgruppen differenzieren. Lager dagegen durchschneiden diese vertikalen Stufen und können daher als ´vertikale Koalitionen´ zwischen den verschiedenen ´Fraktionen´ der oben bis unteren Klassenmilieus verstanden werden.“¹³⁸ Vester et al unterscheiden dabei:¹³⁹

- Ein traditionell-konservatives Lager
- Ein sozialintegratives Lager
- Ein gemäßigt-konservatives Lager
- Ein radikaldemokratisches Lager
- Ein skeptisch-distanziertes Lager
- Ein enttäuscht-autoritäres Lager

Eine mögliche Brücke zwischen dem Konzept der sozialen Milieus und der politischen Lager stellt die Studie „Gesellschaft im Reformprozess“ dar, die das Institut TNS Infratest Sozialforschung im Jahr 2006 im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erarbeitet hat.¹⁴⁰ In der Studie konnten neun verschiedene Typen identifiziert werden, die in ihren Anteilen an der wahlberechtigten Bevölkerung in Deutschland (hier: Stand 2006) zwischen 7 und 16 Prozent variieren. Diese so genannten politischen Milieus zeichnen sich jeweils durch ähnliche Wertvorstellungen, Einstellungen und soziale Lebenslagen aus.

Die Bedeutung von Milieus in der strategischen Diskursanalyse?

Gerade das Zusammenwirken von Diskursen und sozialen Milieus ist ein Forschungsfeld, auf dem wir besonderen Handlungsbedarf sehen. Eine strategieorientierte Diskursanalyse sollte danach fragen, welche Diskurse in welchen gesellschaftlichen Gruppen gestützt werden und welchen Beitrag Diskurse zur inneren Stabilisierung von Milieus leisten. Dabei muss man sich nicht für eines der erwähnten Milieu-Konzepte entscheiden, sondern sollte von der Forschungsfrage ausgehen. Wird danach gefragt, welche Diskurse über Konsum und Nachhaltigkeit existieren und wie sich

¹³⁷ Wippermann 2011

¹³⁸ Vester et al 2001, S. 187

¹³⁹ Ebd., S. 58ff.

¹⁴⁰ Vgl. die Darstellung in Neugebauer 2007

diese im sozialen Raum verteilen („Ich lebe so, wie es mir gefällt“ vs. „Nachhaltiger und verantwortungsvoller Konsum“), ist vermutlich ein Ansatz sinnvoller, der sich stärker an Lebensstilen und Konsummustern orientiert. Fragt man nach sozialpolitischen Diskursen, ist die Verwendung von klassentheoretischen Ansätzen oder politischen Milieus naheliegender. Geht es um den Diskurskontext der Arbeitsgesellschaft bietet es sich an, stärker auf ein Berufsmodell zurückzugreifen. Bei all diesen Ansätzen muss wiederum die Genderperspektive einbezogen werden. Auf einen besonderen Aspekt, der für bestimmte Diskurskontexte von Relevanz sein kann, weist Carsten Wippermann hin: Die Betrachtung von Milieus sollte nicht nur in der vertikalen und horizontalen Dimension auch in einer zeitdynamischen Perspektive stattfinden, d.h. über den Generationenwandel. Damit werden auch Veränderungen innerhalb von Milieus erfasst: So sind beispielsweise „Traditionelle“, die in den 80er Jahren geboren wurden, anders geprägt als solche, die in den 30er Jahren geboren wurden.¹⁴¹

¹⁴¹ Gespräch mit Carsten Wippermann

7 Vorschlag für ein Analysemodell: Diskursebenen und Diskurswelten

Wie lassen sich die hier vorgestellten Theorien, wissenschaftlichen Ansätze und Methoden nun in ein Analysekonzept zusammenfügen und so verdichten, dass sie für eine strategische Praxis nutzbar gemacht werden können?

An dieser Stelle muss vorab hervorgehoben werden, dass wir in dieser Studie *politische Diskurse betrachten*. Damit sind Diskurse gemeint, die von politischen Akteuren (Regierungen, Parteien, Verbände, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden, Netzwerken der Zivilgesellschaft etc.) geführt werden und die auf eine breite Öffentlichkeit zielen, um bestimmte politische Gestaltungsvorstellungen, Problemlösungen und Ideen gegen konkurrierende Vorstellungen, Lösungen und Ideen hegemonial durchzusetzen.

Politische Diskurse versuchen, Forderungen, Ereignisse und Handlungen im Sinne *politischer Weltbilder* (Grundwerte und entsprechender Zielvorstellungen) zu erklären und zu rechtfertigen, sie gründen auf politischen Identitäten und politischer Geschichte ebenso wie sie diese wiederum formen und unentwegt (re-)interpretieren. Politische Diskurse sind ihrerseits in diskursiv erzeugte Sinnsysteme oder Wissensordnungen im Foucaultschen Sinne eingebettet. Diese übergeordnete „Wirklichkeit“ wird von uns als gegeben vorausgesetzt und nur dann explizit betrachtet, wenn politische Diskurse einen so weitreichenden und verändernden Deutungsanspruch haben, dass davon auch etablierte, weitgehend unhinterfragte Wissensordnungen selbst berührt werden. Zudem gehen wir davon aus, dass der öffentliche Raum in einer liberalen Demokratie prinzipiell *offen* ist. Das bedeutet, dass über neue Akteure (respektive politische Ideen) immer wieder auch neue politische Diskurse entstehen und sich Wissen und Wahrheit über die Welt immer wieder neu konstituieren. Doch auch wenn der öffentliche Raum offen ist, so ist er niemals leer, sondern immer schon machtpolitisch und institutionell, ideologisch, symbolisch und wissenschaftlich-kognitiv *vorstrukturiert*. Folglich ringen im öffentlichen Raum konkurrierende politische Diskurse immer miteinander um Hegemonie. Politische Auseinandersetzung setzen widerstreitende Weltansichten voraus und sich in immerwährenden Deutungskämpfen fort.

Wir sind uns wohl bewusst, dass die Grenze zwischen politischen und nicht-politischen Diskursen fließend ist. Vermeintlich nicht-politische Diskurse können politische Implikationen haben oder sich im Zeitverlauf in politische verwandeln. Für unseren Ansatz, der eine praktische Nutzbarkeit im Auge hat, ist die analytische Reduktion auf politische Diskurse im oben beschriebenen Sinne gleichwohl notwendig und bei methodisch kritischen Gebrauch auch vertretbar.

Zusammenführung methodischer Ansätze

Vor dem Hintergrund der hier skizzierten Forschungsansätze und -methoden, ergeben sich für eine strategieorientierte Diskursanalyse weitergehende Fragestellungen, nämlich wie im öffentlichen Raum sprachliche und symbolische Praktiken und Ressourcen absichtsvoll oder unbewusst eingesetzt werden, wie Diskurse politische Subjekte prägen und politisches Mobilisierungspotential erzeugen und schließlich wie Diskurse *strategische Kommunikation* in öffentlichen Arenen formen.

Legt man politische Sprach-, Milieu-, Transformations- und Diskursforschung als methodische Folien übereinander, dann entsteht für unseren strategieorientierten Ansatz ein Raster aus Anschlussfragen, die sich um das Verhältnis von *Diskurs, Ideen, Akteure, Macht, und Wandel* ergeben:

- Wenn man davon ausgeht, dass in modernen, offenen und heterogenen Gesellschaften mehrere politische Ideen –im Sinne sowohl von Policies als auch Welterklärungen – gleichzeitig existieren und miteinander konkurrieren, dann muss die Fragestellung „Do ideas matter“ in die hier vorgenommene Betrachtung von Diskursen verlängert werden.
- Welche sozialen Akteure, welche Interessen tragen welche Diskurse und warum? Wie und mit welchen Ressourcen besetzen Akteure Sprecherpositionen? Wie bilden Akteure Diskurskoalitionen und wie werden die Koalitionen zusammengehalten.
- Wenn man davon ausgeht, dass Diskurse und Macht dialektisch aufeinander bezogen sind, wie sind die wechselseitigen Transformationsprozesse der Diskurs- und Machtverhältnisse akteurs- und interessenspolitisch zu konzeptualisieren?
- Welche Rolle spielt der Faktor Zeit? Aufgrund welcher Umstände verschieben sich im Zeitverlauf Diskurskonstellationen und wie wachsen ehemals marginale Diskurse zu hegemonialen heran? Wie lässt sich diskursiver Wandel denken und konzipieren, handlungs- und akteurstheoretisch analysieren und wie selbstbewusst und strategisch gestalten.

Unser Ansatz ist die Entwicklung eines konzeptuellen Ausgangspunkts, vom dem aus einerseits diese Fragen in viel weiter gefassten empirischen und notwendig interdisziplinären Untersuchungen (im Rahmen der Bearbeitung konkreter Forschungsfragen und methodischer Modifikation) beantwortet werden können und der andererseits den Versuch einer ersten Grundlegung einer „gesellschaftlichen Landkarte“ politischer Diskurse darstellt, die eine notwendige Voraussetzung diskursstrategischer Politik- und Gesellschaftsberatung ist. Diese Konzeptbildung einer strategieorientierten Diskursanalyse ist eine Skizze für ein offenes und weiterzuführendes Forschungsprogramm und dementsprechend weder vollständig noch endgültig.

Um den Strukturzusammenhang von Diskurs und konkurrierender politischer Ideen und Ideologien, Machtstrukturen und -ressourcen, Interessens- und Akteurskonstellationen analytisch mit Erkenntnissen und Grundbegriffen der Diskursforschung methodisch zusammenzuführen sowie Hegemonie- und Milieuforschung forschungspraktisch zu integrieren, verwenden wir die Begriffe „*Diskurswelten*“, „*Diskursebenen*“ und „*Diskurskontext*“.

7.1 Diskurskontext

In der vorliegenden Studie wird der „Diskurskontext“ als die allgegenwärtige und allumfassende Sphäre definiert, in der Diskurse entstehen und geführt werden. Er bestimmt die Wirkungsbedingungen und Regeln unter denen sie sich entfalten und stellt auf diese Weise eine diskursdeterminierende wie auch -generierende Infrastruktur bereit, durch die sich Diskurse überhaupt erst artikulieren können.

Der Diskurskontext ist gewissermaßen der Resonanzkörper, in dem die geführten politischen Diskurse widerklingen. Hier finden sich die Akteure und Publika mit ihren jeweiligen Interessen, die

Diskurse führen, rezipieren und so „zum Leben erwecken“, hier entstehen politische Ideen, die den Inhalt und Argumente der Diskurse bestimmen und hier befinden sich die öffentlichen (medialen) Räume, in denen konkurrierende Diskurse aufeinander treffen. *Alle* statischen und dynamischen Einflüsse, die einen Diskurs in seiner Ausprägung bestimmen (Macht- und Produktionsverhältnisse, die Distribution von Kommunikationsressourcen, Kultur und gesellschaftliche Praxisfelder, sozioökonomische Interessenkonstellationen, Medien- und Wissenschaftsbetrieb, Technologien usw.) konstituieren den Diskurskontext. All diese Bedingungen und Einflüsse, die in ihrer Gesamtheit den Diskurskontext bilden, dürfen jedoch nicht als klar abgeschlossene und abgrenzbare Entität konzeptualisiert werden, sondern vielmehr als sich immer neu konstituierende und sich überlagernde Dimensionen. Für die Mehrzahl der Diskurse sind nationale Kontextbedingungen wesentlich bestimmend, wobei auch diese – gerade im Zeitalter der Globalisierung – verstärkt durch internationale Bedingungen geprägt werden (globale Netzwerke, globale Konsum- und Lebensstile, transnationale Organisationen usw.). Andere Diskurswelten, deren Diskursrepräsentanten und Akteure sich eher um politische Diskurse gruppieren, die eher Themen von globalem Ausmaß behandeln (Ökologie- oder Postwachstum-Diskurse) reagieren hingegen eher auf globale Kontextbedingungen. Zugleich ist der Diskurskontext selbst das Ergebnis von Diskursen bzw. diskursiver Produktion. Die Gesamtheit der Diskurse erzeugt und verändert erst den Diskurskontext, in dem sie geführt werden können. Ein Diskurskontext ist einerseits historisches Ergebnis und Verdichtung früherer Diskurse und Diskurswelten, wird aber andererseits durch gegenwärtig geführte Diskurse stets verändert. Diskurswelten und Diskursebenen durchziehen den Diskurskontext entlang zwei, sich kreuzender Achsen, den man sich als einen dreidimensionalen Raum vorstellen muss.

Wir verstehen unter Diskurskontext also nicht eine bloße Ansammlung von Diskursbedingungen und die diesen entsprechend geführten Diskurse, sondern als eine notwendig konfliktorische Sphäre, in der Formationsregeln und -mechanismen, Akteurskonstellationen, Organisationen, Milieus und Interessen, sozial-kulturelle Praktiken und institutionelle Strukturen durch politische Diskurse konstituiert, stabilisiert und verändert werden.

7.2 Diskursebenen

Ganz offenkundig unterscheiden sich politische Diskurse hinsichtlich ihres „Tiefgangs“, ihres Zeithorizonts oder ihrer Grundsätzlichkeit. So ist es ein Unterschied, ob in einer Kommune über den Gewerbesteuerhebesatz gestritten wird oder in der (inter-)nationalen Arena über die Frage, ob das kapitalistische Wachstumsmodell noch zukunftsfähig ist. Daher differenzieren wir nach *Diskursebenen*. Welche Inhalte und Fragen in den Diskursen kommuniziert bzw. verhandelt werden, auf welche Weise sich Machtstrukturen diskursiv artikulieren oder wie umkämpft oder normalisiert Begriffe, Deutungen, Erkenntnisse oder Werte sind, hängt maßgeblich davon ab, auf welcher Ebene die jeweiligen Diskurse geführt werden. Denn auf diesen Diskursebenen werden Erkenntnissysteme, Wissens- und Sinnordnungen höchst unterschiedlicher Reichweite und Zeitdimensionen erzeugt und sehr unterschiedliche Dimensionen von Problemwahrnehmungen und Problemlösungen erörtert. Es können vier Diskursebenen unterschieden werden:

7.2.1 Policy-Diskurse

Die Diskurse an der sichtbaren Oberfläche bezeichnen wir als *Policy-Diskurse*. Auf dieser Ebene findet die Kommunikation der Akteure in Bezug auf konkrete Problemlösungen und Handlungsziele mit Blick auf die Wahlbevölkerung, auf andere Policy-Akteure (Parteien, Verbände, Gewerkschaften etc.) statt. Auf der Policy-Ebene kann man einen Diskurs im alltagsprachlichen Verständnis als eine öffentliche Debatte um ein politisches Thema beschreiben, in der um die „beste“ Lösung gestritten wird.

Auch wenn die diskursiven Argumentations- und Verhandlungsprozesse, die auf dieser Diskursebene stattfinden, normativ und ideologisch unterschiedlich motiviert sind, mitunter auf unterschiedlichen Problemwahrnehmung gründen wie auch richtungspolitisch konkurrieren, bleiben sie als Politik-Routinen jedoch allesamt im jeweils gegebenen handlungspolitischen Rahmen. Auf dieser Ebene werden Anpassungen in den Einstellungen der Instrumente, veränderte Quoten und Richtwerte, die Einführung neuer Techniken, Regularien oder Mechanismen diskursiv legitimiert, die grundsätzliche Richtung der Politik, die allgemeinen Zielorientierungen sowie die bestehende Struktur der Institutionen bleiben davon unberührt. Die Diskurse auf dieser Diskursebene werden fast ausschließlich in der politischen Sphäre geführt und in der Regel durch einen hektischen Medienbetrieb befeuert und zugleich gefiltert. Insofern sind Policy-Diskurse immer auch stark durch Politics-Aspekte bestimmt (individuelle und kollektive Machtkalküle, Parteitaktiken, Koalitionstaktiken usw.) Auf der Policy-Ebene ergeben sich die Diskurs-Inhalte meist aus einem unmittelbaren Handlungs- und Problemdruck im „Hier und Jetzt“. Der Zeithorizont der Diskurse – sowohl bezüglich der Probleminhalte wie auch vermeintlicher Kommunikationsziele und -erfolge – ist meist kurzfristig. Auch wenn Policy-Diskurse sich immer auch normativ legitimieren müssen¹⁴², ist ihre Sprache doch meist sachbezogen, wissenschaftlich begründet und mitunter technokratisch.

7.2.2 Paradigmen-Diskurse

Auf der zweiten Ebene befinden sich die *Paradigmen-Diskurse*. In ihnen werden Problem- und Krisenphänomene verhandelt, die nicht durch bloßes Anpassen und Nachjustieren innerhalb der bestehenden und bekannten Mechanismen gelöst werden können. Auf dieser Diskurs-Ebene geht es um die kognitive wie normative Verschiebung des handlungspolitischen Rahmens, in dem sich sodann neue „akzeptierbare“ und „normale“ Policy-Problemlösungen ergeben. In Paradigmen-Diskursen setzt sich ein neues Ordnungsprinzip als ein bestimmter Satz komplex verschränkter, möglicher Policy-Antworten auf drängende politische Fragen durch und bleibt – als Teil eines Regulationsmodus, der ein gegebenes Akkumulationsregime stabilisiert - über einen längeren Zeitraum dominant.

Politisch-ökonomische Krisen stellen eine Zäsur dar, weil bis dahin etablierte und eingespielte Steuerungs- und Distributionsmechanismen nicht mehr funktionieren und es zu einer Neuordnung der Regulationsinstitutionen und einer Neuverteilung der wirtschaftlichen Ressourcen kommt. Welche Gestalt und welche Richtung Neuordnung bzw. Neuverteilung haben, ist im Krisenmoment selbst meist noch offen und ist erst nachfolgend das Ergebnis von Machtkämpfen.

¹⁴² Siehe auch Kapitel 4.4

Über Paradigmen-Diskurse wird ein neues Ordnungsprinzip kognitiv und normativ durchgesetzt. So gesehen sind Paradigmen-Diskurse einerseits Spiegelbilder der realen, materiellen Machtverhältnisse, andererseits zugleich notwendige Voraussetzung bei der Etablierung und Durchsetzung eben dieser Machtverhältnisse. Die Krise ist nicht nur der Ausgangspunkt einer neuen polit-ökonomischen Ordnung, sondern strukturiert zudem die materiell-institutionellen wie diskursiven Machtressourcen der jeweiligen Akteure gänzlich neu.

Dem neoliberalen Paradigmen-Diskurs gelingt in der Stagflationskrise der 1970er Jahre der politische Durchbruch. Auch wenn der neoliberale Diskurs schon lange vorher in verschiedenen Wirtschafts- und Universitätszirkeln präsent war und natürlich an eine lang zurückreichende liberale Denktradition anknüpfte, die auch in den unmittelbaren Nachkriegsjahren nie ganz verschwunden war, kann sich der Neoliberalismus als politisches Ordnungsmodell auf der Ebene der Paradigmen-Diskurse jedoch erst mit dem Ende der fordistischen Nachkriegsordnung dynamisch durchsetzen. Angesichts der „dreifachen Krise“, die Akkumulationsregime, politische Institutionen und sozio-kulturelle Normen umfasste,¹⁴³ verlieren bis dahin gültige ordnungspolitische Gewissheiten, Annahmen und Werte zunehmend an Bedeutung und hinterlassen so auch eine diskursive Leerstelle, die fortan der neoliberale Paradigmen-Diskurs mit der Verbreitung bestimmter Problemdeutungen, Denkweisen und Ideen füllen kann.

Entscheidend ist, dass in Krisenzeiten die Etablierung eines neuen Paradigmen-Diskurses mit einer Veränderung der politischen Machtkonstellation dialektisch einhergeht: sei es wegen mehr oder weniger Mobilisierung, sei es wegen neuer Akteurskoalitionen, sei es wegen geopolitischer Veränderungen, sei es wegen veränderter institutionell-rechtlicher Machtressourcen¹⁴⁴. Der Paradigmen-Diskurs begründet und legitimiert das veränderte Machtverhältnis, dieses wiederum stabilisiert und befeuert den Diskurs, so dass sich in einem Prozess spiralförmiger Beschleunigung ein neuer Paradigmen-Diskurs und ein neues Machtverhältnis gegenseitig bedingen. Machtkonstellation und Paradigmen-Diskurs verdichten sich schließlich in Formen und spezifischen Funktionsweisen von Institutionen als eine Art „Verknüpfung von Ideen und materiellen Kapazitäten“,¹⁴⁵ die wiederum das gesellschaftliche Leben als Ganzes, wie auch das Leben des /der einzelnen Bürger/in auf vielfältige Weise strukturieren.

7.2.3 Narrativ-Diskurse

Auf der dritten Ebene werden *Narrativ-Diskurse* geführt. In Narrativ-Diskursen werden kollektive Vorstellungen und große sinngebende Erzählungen „verhandelt“, die sich im Bewusstsein der Bevölkerung tief verankert haben. Die in diesen Diskursen kommunizierten gesellschaftlichen Vorstellungen und Selbstverständnisse betten Policy- und Paradigmen-Diskurse somit in ein historisch gewachsenes, vielfach mythisch aufgeladenes Raster aus Werten, Erinnerungen und Auffassungen ein. Narrativ-Diskurse schöpfen ihre diskursiven Wirkungspotentiale meist aus der Anrufung historischer Ereignissen, Mythen und kollektiv geteilten Erfahrungen (diese Erfahrungen müssen jedoch nicht zwingend persönlich gemacht worden sein, vielfach werden sie intergenerationell überliefert).

Narrative und Mythen bilden also den notwendigen und legitimierenden Hintergrund, auf den narrative Diskurse stets verweisen. Doch erst über Narrativ-Diskurse werden diese Erzählungen,

¹⁴³ Gill 1992, S. 158.

¹⁴⁴ Vgl. „Machtressourcen“-Ansatz, Korpi 1983.

¹⁴⁵ Bieler / Morton 2003, S. 342.

Erinnerungen oder emotionalen Bindungen auch tatsächlich in Ordnungen, Praktiken und institutionelle Strukturen „übersetzt“ und durch diese stabilisiert. Narrative Diskurse sind also vor allem interessengestützte Interpretationen von Narrativen, mittels derer bestimmte politische Optionen erklärt und Alternativen zu verworfen werden. Die Übersetzung von Narrativen in „natürliche“ Wissensordnungen, die auf dieser Diskursebene vollzogen wird, dient den Diskursen auf oberen Ebenen immer wieder als normative und argumentative Quelle.

Die politischen Handlungsoptionen und normativen Orientierungen, die im heutigen Narrativ-Diskurs als unstrittige, quasi-natürliche Konsequenz eines historischen Ereignisses kommuniziert werden, waren in der jeweiligen historischen Situation jedoch durchaus umkämpft ebenso wie die historischen Richtungsoptionen vielfältig waren. Zudem werden Werte und Ideale, normative Handlungsprinzipien und kollektive Identitäten in Narrativ-Diskursen als historisch gewachsen und tief verwurzelt „behauptet“, sie sind aber in aller Regel Interpretationen bzw. Selektionen der Gegenwart. Historische Ereignisse oder Mythen werden im Narrativ-Diskursen in unterschiedliche ideologische Politikerzählungen integriert und so werden mitunter disparate Wertefragmente zu einem gänzlich Neuen zusammenfügt.

Narrativ-Diskurse stellen für die politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart stets einen normativen Referenzbereich bereit. Sie gründen auf etablierten Annahmen und Werten, die in der Bevölkerung allgemein als legitim angesehen werden.

Doch in welcher Weise Gründungsnarrative, Mythen, kollektive Erfahrungen oder historische Ereignisse die heutigen politischen Werte, Vorstellungen und Erwartungen sinn- und identitätsstiftend rahmen, ist niemals statisch, sondern wird diskursiv immer wieder neu hergestellt. Der Narrativ-Diskurs hat zwei Zeitdimensionen: Einerseits eine rückwärtsgewandte in dem Sinne, dass die „alten Kämpfe“ längst ausgefochten und die ehemals umstrittenen Positionen schon lange etabliert sind. In dieser rückwärtsgewandten Perspektive braucht der Narrativ-Diskurs deshalb auch meist keine Gegner; die damaligen Gegenpositionen werden allenfalls als Relikte der Geschichte kommuniziert.¹⁴⁶ Indem der Narrativ-Diskurs die Vergangenheit, das bereits Etablierte oder die durchgesetzte, legitime Norm zugleich als diskursive Quelle nutzt, um gegenwärtige Frage- und Problemstellungen richtungspolitisch zu rahmen und auf diese Weise Policy- bzw. Paradigmen-Diskurse einbettet, hat er andererseits immer auch eine zukunfts-gewandte Perspektive. In dieser Perspektive ist das historisch Erreichte gefährdet, bereits verfälscht und verloren gegangen und muss „gerettet“ oder wieder hergestellt werden, was allein durch die Überwindung von politischen Widerständen möglich ist. Je stärker die Zeitperspektive von rückwärts- in zukunfts-gewandt umschlägt, desto mehr braucht der Narrativ-Diskurs Gegner und konstituiert notwendig – im Sinne von Laclau/Mouffe – eine Struktur von Antagonismen.¹⁴⁷

In Deutschland beispielsweise ist die „Soziale Marktwirtschaft“ ein zentraler Narrativ-Diskurs. Zur Zeit ihrer begrifflichen Entstehung war die „Soziale Marktwirtschaft“ durchaus umstritten und stand alternativen wirtschaftspolitischen Leitvorstellungen wie z.B. dem „Demokratischen Sozialismus“ der Sozialdemokratie oder auch dem „Christlichen Sozialismus“ großer Teile der Christdemokratie gegenüber. Erst mit dem sogenannten „Wirtschaftswunder“ und vor allem der Rentenreform 1957 wurde „Soziale Marktwirtschaft“ allmählich zum dem dominanten Diskurs, der immer weitere politisch-gesellschaftliche (auch ursprünglich widerstrebende) Akteure und Positionen in sich

¹⁴⁶ Expertengespräch mit Martin Nonhoff

¹⁴⁷ Vgl. Laclau/Mouffe 2001

einschloss. Dabei war die heute legitime diskursive Essenz als „Marktwirtschaft mit eigenständiger Sozialstaatlichkeit“ in den ursprünglichen Leitvorstellungen seiner wesentlichen Protagonisten so gar nicht formuliert, sondern war im Zuge seiner Institutionalisierung erst eine später vorgenommene Umdeutung.¹⁴⁸ Diese Öffnung machte „Soziale Marktwirtschaft“ zwar zu einem hegemonialen Narrativ-Diskurs, führte aber zugleich unweigerlich dazu, dass sich die Bedeutung des Begriffs pluralisierte und unbestimmter wurde.¹⁴⁹ Das Fehlen einer einheitlichen Begriffsbedeutung wurde allerdings dadurch kompensiert, dass mit „Sozialer Marktwirtschaft“ das umfassende Versprechen einher ging, alle ungewollten ökonomischen Ordnungen im Zaum zu halten.¹⁵⁰ „Soziale Marktwirtschaft“ ist als historische Errungenschaft weitestgehend gesellschaftlich akzeptiert und der Begriff selbst schwebt förmlich – oft nur noch in Sonntags- und Grundsatzreden - über den politischen Konfliktlinien. Der Narrativ-Diskurs „Soziale Marktwirtschaft“ hingegen ist hoch umkämpft, weil in ihm Deutungshoheit für die politische Auseinandersetzung der Gegenwart erarbeitet wird: Ist eher das freie Spiel der Marktkräfte oder betriebliche Mitbestimmung, private Eigenverantwortung oder Sozialstaatlichkeit, freies Unternehmertum oder der soziale Kompromiss, gut ausgebildete Facharbeiter und starke Gewerkschaften das wesentliche Charakteristikum der historischen „Sozialen Marktwirtschaft“, wie sind die jeweiligen Elemente zu gewichten und vor allem, welche Konsequenz ist daraus für die Gegenwart zu ziehen?

7.2.4 Meta-Diskurse

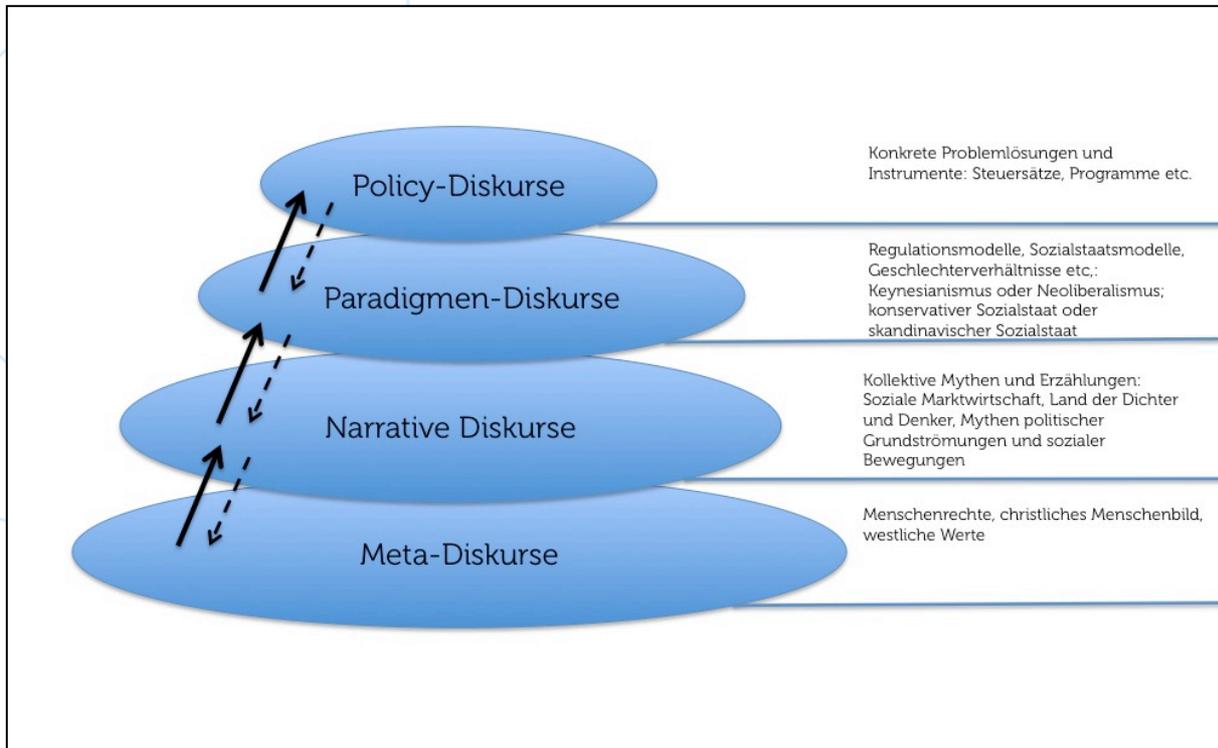
Die grundlegende Ebene stellen schließlich die *Meta-Diskurse* dar. Sie sind am wenigsten umstritten und werden dafür um so mehr von allen politischen Kräften vereinnahmt. In Meta-Diskursen geht es um fundamentale erkenntnistheoretische Grundannahmen, Denk- und Wahrnehmungsschemata, Perspektiven und Methoden: wissenschaftlich-rationalistischer Determinismus, die Vorstellung linear fortschreitender Zeit oder ein spezifisches Naturverständnis. Auch grundlegende normative Wertvorstellungen wie die Menschenrechte oder die naturrechtliche Begründung des Liberalismus, religiöse Moralvorstellungen und Erklärungen formulieren sich auf dieser Diskurs-Ebene. In Meta-Diskursen konstituieren sich die grundlegenden, alle gesellschaftlichen Dimensionen durchdringende Wissens- und Sinnordnungen der Moderne, die sich überzeitlich als „wahr“ und „richtig“ verstehen, und die sich im dem politischen, sozial-ökonomischen und kulturellen Entwicklungs- und Fortschrittsmodell des Westens der letzten 250 Jahre prototypisch zur Ausprägung brachten.

¹⁴⁸ Leisering 2008, S. 425.

¹⁴⁹ Nonhoff 2006, S. 377.

¹⁵⁰ Nonhoff 2005.

Schaubild 1: Diskursebenen



Eigene Darstellung.

7.2.5 Diskurs-Ebenen im politischen Raum

Es ist klar, dass sich Diskurse auf unterschiedlichen Ebenen in ihrer jeweiligen kommunikativen Art und Weise massiv unterscheiden. Während Policy-Diskurse alltäglich sind, hektisch umkämpft, häufig vielstimmig und fragmentiert, von anderen Diskursen überlagert und von diesen schon bald verdrängt werden, sich vielstimmig, mitunter schablonenhaft oder inkohärent artikulieren, eher auf Schlagwörtern und „catch-phrases“ gründen und politisch nur geringe Geländegewinne erzielen, sind hingegen Meta-Diskurse, als grundlegende Struktur des Wissens, der Wahrheit und der Wirklichkeit so tief und über Generationen im kollektiven Bewusstsein verankert, dass sie faktisch nicht geführt werden (können). Die Entstehungszusammenhänge solcherart fundamentaler „Weltansichten“ und – mehr noch – die ursächlichen (macht)politischen, ökonomischen und technologischen Bedingungen ihres Wandels sind so komplex verzahnt und voraussetzungsvoll, dass sie sich jeder Art bewussten oder gar strategischen Zugriffs gänzlich entziehen.

Auch wenn Meta-Diskurse aufgrund ihrer Komplexität und allumfassenden Größe nicht einfach auf im politischen Raum verortet werden können, so strukturieren sie doch – im Sinne Foucaults¹⁵¹ – die grundlegenden Möglichkeitsräume des Politischen, indem sie durch die Grenzziehung zwischen Wahrem und Falschem bestimmen, was eigentlich Gegenstand des Politischen ist und was nicht. Meta-Diskurse setzen als eine normierende Praxis den Rahmen dafür, was als politisches

¹⁵¹ Hier vor allem: Foucault 1991.

Problem denk- und wahrnehmbar ist, und funktionieren so gewissermaßen als Makrostruktur der Macht.

Jenseits eines Ebenen-Modells ist es selbstverständlich real-praktisch nicht möglich, jeden politischen Diskurs eindeutig einer der jeweiligen Ebenen zuzuordnen. Denn die Diskursebenen überlagern sich und sie sind in beide Richtungen (nach oben und nach unten) durchlässig. Zum einen sind Policy-Diskurse viel offensichtlicher als Diskurse auf anderen Ebenen Ausdruck der politischen Auseinandersetzung um öffentliche Deutungsmacht, also des Versuchs, die eigenen Positionen als hegemoniale, allgemein gültige zu platzieren und sind dementsprechend recht eindeutig im politischen Spektrum zu verorten. Doch sie greifen zugleich stets auf Sinn-Ressourcen der tieferen Ebenen zurück. So beziehen sich in Deutschland – wie bereit erwähnt – von der Linkspartei bis zur FDP inzwischen fast alle Parteien positiv auf das Narrativ der „Sozialen Marktwirtschaft“, deuten es aber anders. Zum anderen können Elemente der höheren Ebenen mit der Zeit auf den tieferliegenden Ebenen sedimentieren und zur normativen Grundausstattung werden. In ähnlicher Weise unterscheidet Joscha Wullweber zwischen einer „Logik des Politischen“ (was politisch verhandelbar ist) und einer Logik des Sozialen (Was zu den nicht mehr hinterfragten Beziehungen einer Gesellschaft gehört): „Das was in einer Gesellschaft unpolitisch angesehen wird, ist das sedimentäre Soziale, im Sinne eines institutionalisierten Ensembles aus Regeln, Normen und Werten, die für selbstverständlich gehalten werden, dessen politische Wurzel also in diesem räumlich-historischen Moment verschleiert sind“¹⁵² (35)

So war die politische Gleichheit von Frauen und Männern noch vor 100 Jahren hoch umkämpft – inzwischen ist sie Teil der Meta-Diskurse und die Erfolge der Frauenbewegung sind in auf die narrative Ebene eingesickert. Vor allem dieses „Einsickern“ ist Gegenstand der Disziplin der historischen Diskursanalyse. Sie hat „das selbstverständliche Wissen, die nicht formulierte Wahrheit, die allgemein akzeptierte Wirklichkeit im Blick, über die man sich nicht weiter verständigen muss.“¹⁵³ Achim Landwehr spricht von einer „Naturalisierung von Diskursen“, wenn diese einen Grad an Selbstverständlichkeit erreicht haben, dass er nicht mehr grundlegend infrage gestellt wird.¹⁵⁴

Themen, Problemwahrnehmungen und Fragestellungen also, die sich auf den oberen Ebenen diskursiv ausformulieren, setzen eine „tieferliegende“ Realität und daraus abgeleitet entsprechend spezifische Optionen des Handelns voraus. Ein Policy-Diskurs über die Einzelfragen einer Gesundheitsreform beispielsweise – so politisch umkämpft er auch sein mag – stellt die grundsätzliche Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit, die normative Begründung und ökonomische Effektivität einer solidarischen Krankenversicherung meist nicht infrage. In einem Paradigmen-Diskurs hingegen, in dem die diskursive Auseinandersetzung entlang der Frontlinie zwischen einem privaten, marktgestützten Krankenversicherungssystem einerseits und einem staatlichen Versicherungssystem andererseits verläuft, sind zwar normative Begründungen oder Fragen ökonomischer Effektivität bestimmter wohlfahrtsstaatlicher Institutionen prinzipiell umkämpft, die gesellschaftlich-ökonomische Produktionsweise und die politische Ordnung, in die diese Institutionen wiederum eingebettet sind, werden auf dieser Diskursebene jedoch nicht in Zweifel gezogen. Paradigmen-Diskurse sind ihrerseits in Narrativ-Diskurse eingebettet und werden durch diese in den jeweiligen nationalen Öffentlichkeiten gefiltert. Ein neoliberaler Paradigmen-Diskurs

¹⁵² Wullweber 2012, S. 35

¹⁵³ Landwehr 2009, S. 96

¹⁵⁴ Ebenda, S. 129

in Deutschland muss sich an den vorherrschenden Grundüberzeugungen des Narrativ-Diskurses „Sozialen Marktwirtschaft“ normativ ausrichten und versuchen, diese neu in seinem Sinne zu rahmen. Dies ist auch ein Grund, warum ein neoliberaler Paradigmendiskurs in Deutschland nicht in der Weise mit radikal-individualistischen Argumenten und Formeln wie „Ich kenne keine Gesellschaft, ich kenne nur Individuen“ oder „Staat als Problem“ usw. argumentieren konnte wie in den angelsächsischen Ländern, sondern mit Begriffen wie „Standort Deutschland“ oder „Exportnation“ stark die kollektive Dimension der Wohlstandproduktion betont, auf der auch die Erzählung des „Wirtschaftswunders“ und der „Sozialen Marktwirtschaft“ gründet.

Strategische Bedeutung der Diskursebenen

Für jede strategische Diskursführung ist es bedeutsam, Diskurs-Ebenen zu unterscheiden. Fast alle (siehe folgender Abschnitt) operieren auf allen Ebenen. Allerdings unterscheiden sich die Diskurswelten hinsichtlich ihrer *expliziten* Bezugnahme auf den jeweiligen Ebenen. Je näher der Diskurs am hegemonialen Status Quo ist, wird die diskursive Auseinandersetzung auf der Policy-Ebene geführt und lässt die anderen drei Ebenen legitimierend „mitschwingen“. Ist ein Diskurs weit vom Statuts Quo entfernt und formuliert eine sehr weitreichende Transformationsperspektive, muss er im öffentlichen Diskurs deutlich mehr Sinn-Fragen stellen und die Herausforderung zumindest auf der Paradigmen-Ebene suchen.

Es ist also nicht unerheblich, auf welcher Diskurs-Ebene man den Konflikt mit konkurrierenden Diskursen austrägt. So kann man unter Umständen auf der Policy-Ebene kommunikative Erfolge erzielen, bestätigt aber auf diese Weise diskursiv zugleich bestehende Logiken und Strukturen und schwächt langfristig die Durchsetzung eigener Position.

Ferner ist es wichtig, dass die eigene Diskursführung auf der Policy-, Paradigmen-, Narrativ- oder gar Meta-Ebene kohärent ist. Es schwächt die Attraktivität und Überzeugungskraft von Diskurswelten, wenn auf unterschiedlichen Diskurs-Ebenen unterschiedlich argumentiert wird: also auf der Policy-Ebene wirtschaftliches Wachstum als Instrument der Krisenpolitik zu kommunizieren und zugleich auf der Meta-Ebene über die Grenzen des Wachstum zu reflektieren.

Und schließlich verstehen wir Diskursebenen als einen Ansatz, um die „Dialektik der Sedimentierung und Re-Politisierung“¹⁵⁵ von politischen Diskursen gerade in Krisenphasen zu verstehen und „Chancen für Lernprozesse und gesellschaftliche Innovation“¹⁵⁶ zu erkennen. Krisen ermöglichen es zumindest, bislang als „selbstverständlich“ Erachtetes im politischen Diskurs in Zweifel zu stellen oder umgekehrt, marginale politische Ideen mehrheitsfähig zu machen.

7.3 Diskurswelten als politisch-diskursive Landkarte

Eine zweite „Sortierung“ ergibt sich daraus, dass Diskurse Ausdruck verschiedener Interessen und Wertvorstellungen sind. Über die wesentlichen „größeren“ politischen Fragen unserer Zeit gibt es sehr unterschiedliche Diskurse, die bzw. deren Repräsentant/innen sich um Meinungsführerschaft bemühen. Akteure, die Einfluss auf Diskurse nehmen befinden sich in der Regel in Ensembles mit bestimmten theoretischen Auffassungen, Traditionen, Interessen, Praktiken usw. Diese Ensembles

¹⁵⁵ Jessop / Sum 2013, S. 70

¹⁵⁶ Ebd.

bezeichnen wir als *Diskurswelten*. Unser Ansatz der Diskurswelten beschreibt die im Diskurskontext existierenden politischen Diskurse über spezifische Probleme, für die unterschiedliche Deutungen und Lösungen einander gegenüberstehen, einschließlich der sie stabilisierenden und reproduzierenden Elemente. Diskurswelten beziehen sich zwar auf die gleiche Ökonomie und Gesellschaft, aber haben eine jeweils selektive Sicht auf diese. Sie repräsentieren verschiedene Interessen und bringen die vielfältigen Probleme unserer Gesellschaft in eine Rangordnung (in sozialer, sachlicher, räumlicher und zeitlicher Hinsicht). In ähnlicher Form beschreiben Jessop/Sum in ihrem Konzept der *Kulturellen politischen Ökonomie* „*Vorstellungswelten*“ als ein „semiotisches Ensemble (oder Bedeutungssystem), das die lebensweltliche Erfahrung einzelner Subjekte einer übermäßig komplexen Welt formt und /oder kollektive Kalkulation über diese Welt leitet“. ¹⁵⁷

In diesem Kapitel verlassen wir die Ebene der Theorie und versuchen erste Hinweise darauf zu geben, wie man diese Diskurswelten empirisch erfassen kann. Wir greifen dabei die theoretischen Konzepte, die in den vorhergehenden Kapiteln dargestellt wurden, wieder auf.

Bei der Analyse von Diskurswelten richten wir den Blick nicht auf *einen* (womöglich hegemonialen) Diskurs, sondern auf das Spannungsfeld konkurrierender Weltansichten, die allerdings unterschiedliche gesellschaftliche und politische Relevanz haben. Manche Diskurse haben eine breite gesellschaftliche Verankerung und sind Ausdruck großer ideologischer Strömungen, andere Diskurse artikulieren sich eher in gesellschaftlichen Nischen. Dennoch können von ihnen dynamische Impulse für die relevanteren Diskurse ausgehen. Die Veränderung der einzelnen Diskurswelten lässt sich nur aus dem Widerstreit verschiedener Diskurswelten verstehen. So greifen beispielsweise hegemoniale Diskurse zur Rechtfertigung des Kapitalismus immer auch Strömungen der Kapitalismuskritik auf und bauen diese in den eigenen Diskurs ein. ¹⁵⁸

Diskurswelten, wie die hier exemplarisch skizzierten, liegen quer zu den Diskursebenen. Alle Diskurswelten operieren auf allen vier Ebenen. Ohne den Rückgriff auf Begründungen der Meta- und Narrativebene ist eine Diskurswelt schwer denkbar. Allerdings unterscheiden sich die Diskurswelten hinsichtlich ihrer *expliziten* Bezugnahme auf jeweiligen Ebenen.

Analyse der Diskurswelten: Zehn Elemente und Fragestellungen

Aus welchen Elementen bestehen nun diese Diskurswelten und wie analysiert man sie? In einem ersten Schritt werden aus dem Diskurskontext (zum Beispiel durch eine Analyse von verfügbaren Texten) alle Diskurse herausgefiltert, die sich auf einen politischen Gegenstand beziehen, also beispielsweise Diskurse über die Wirtschaftsordnung, das Geschlechterverhältnis oder die Demokratie. Diese Diskurse lassen sich z.B. in einer zweidimensionalen Landkarte darstellen, deren Achsen die wesentlichen Cleavages bzw. Konfliktlinien (z.B. Markt/Staat, Liberal/Autoritär) darstellen.

In einer vorhergehenden Arbeit des Denkwerk Demokratie ¹⁵⁹ wurde der Versuch unternommen, eine Landkarte von ökonomischen Post-Krisen-Diskursen (in Folge der globalen Finanzkrise) zu entwickeln. Dabei wurden sieben Diskurse identifiziert, die sich vor allem in zwei Dimensionen voneinander unterscheiden: Hinsichtlich ihrer Bewertung von Markt und gesellschaftlicher

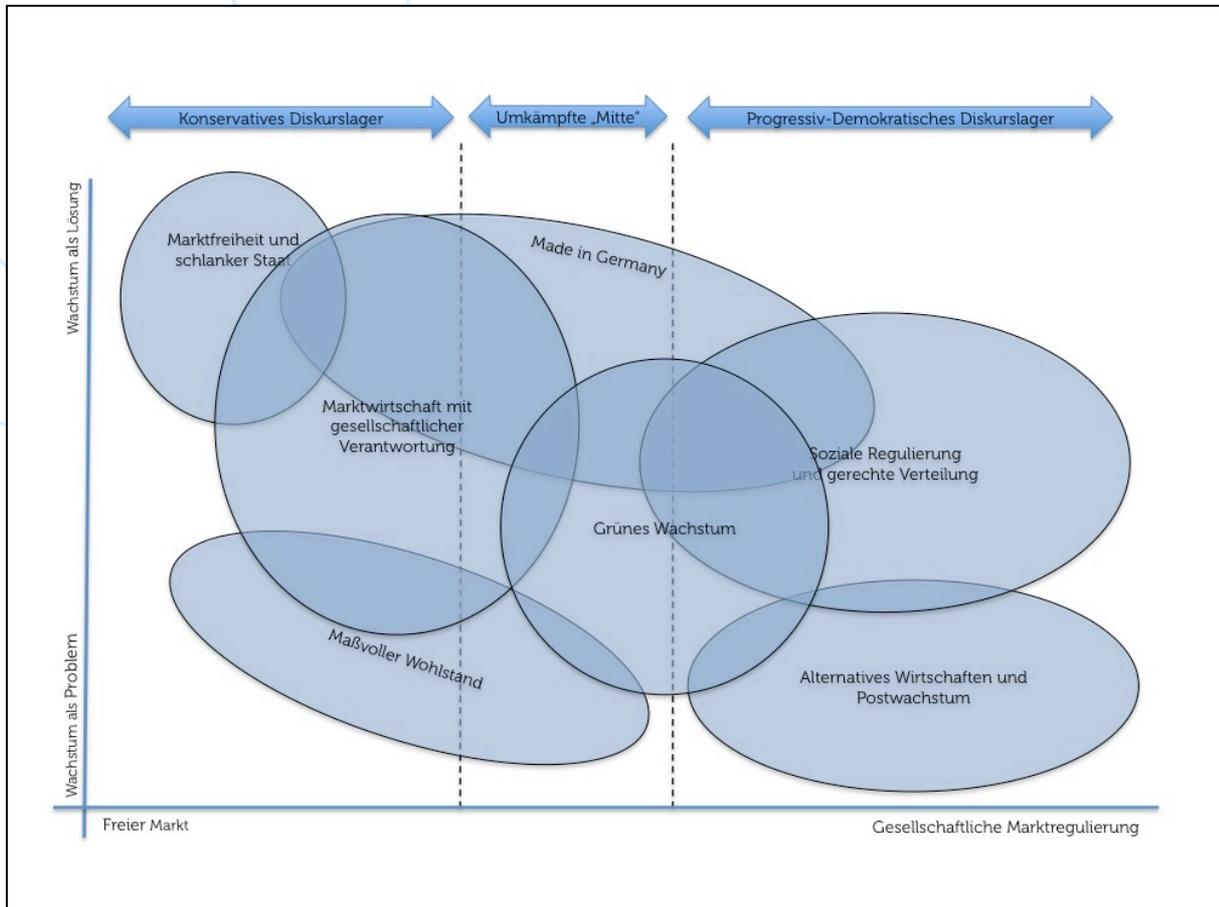
¹⁵⁷ Ebd. S. 73

¹⁵⁸ Vgl. Boltanski / Chiapello 2003

¹⁵⁹ Mikfeld 2012

Marktregulierung und hinsichtlich einer positiven oder kritischen Haltung zum Wirtschaftswachstum.

Schaubild 2: Landkarte der Krisendiskurse



Eigene Darstellung. Quelle: Mikfeld 2012

Mit der Analyse von Diskurswelten präzisieren wir diesen Ansatz nun und stellen weitere Fragen. Diese Fragen greifen die Konzepte aus den vorgehenden Kapiteln auf und versuchen u.a. psychologische und soziologische Aspekte in die Analyse von Diskursen einzubauen.

Die im Folgenden formulierten zehn Fragen stellen jeweils ein Element des Forschungsansatzes dar. Die Aufteilung in die zehn Fragen ist dabei eine *mögliche* Herangehensweise. Je nach Erkenntnisinteresse sind auch weitere Fragen denkbar oder es können Fragen aus inhaltlichen bzw. methodischen Gründen weggelassen werden.

Um unser Erkenntnisinteresse bei der Analyse von Diskurswelten zu illustrieren, greifen wir auf zwei Diskurse aus der o.g. Landkarte der Wirtschaftsdiskurse zurück und stellen diese – meist eher illustrativ und exemplarisch – gegenüber. Zum einen ist das der wirtschaftsliberale Diskurs „Marktfreiheit und schlanker Staat“, zum anderen der eher sozialstaatliche und keynesianisch orientierte Diskurs „Soziale Regulierung und gerechte Verteilung“.

7.3.1 Zentrales Versprechen und politische Forderungen

Frage: Welche einzelnen Forderungen werden im Diskurs artikuliert und welches zentrale Versprechen liegt ihm zugrunde?

Wie im Abschnitt über „Diskurs und Hegemonie“ dargestellt, sind politische Forderungen die kleinste Einheit politischer Diskurse. Die Frage ist also, welche Forderungen (programmatische Aussagen, Kritikpunkte, Forderungen an bestimmte Akteure, etc.) ein Diskurs aufwirft. Doch die Vielzahl der existierenden einzelnen politischen Aussagen und Forderungen schwirrt nicht frei flottierend durch den Raum, sondern sie werden positiv und negativ zueinander in Beziehung gesetzt.

Dabei werden die verschiedenen Einzelforderungen durch eine übergreifende Forderung symbolisch repräsentiert. Diesen Repräsentanten bezeichnen wir als das „zentrale Versprechen“ eines Diskurses. Dieses Versprechen (von Wohlstand, Freiheit, Gerechtigkeit, Ordnung etc.) zielt in der Regel ab auf das Gemeinwohl und verknüpft Partikularinteressen diskursiv als Gemeininteresse.

Diese diskursive Verknüpfung hat aber auch eine gesellschaftliche Entsprechung. Akteure und Gruppen, die ein zentrales Versprechen teilen bilden Gemeinsamkeiten, Verbundenheit und eine Wir-Identität heraus. Ein zentrales Versprechen ist meist auch normativ aufgeladen bzw. es beinhaltet eine spezifische Deutung grundlegender Werte.

Zentrales Versprechen	
Marktfreiheit und schlanker Staat	Soziale Regulierung und gerechte Verteilung
<p>Das zentrale Versprechen „Mehr Marktfreiheit ermöglicht mehr Wachstum und mehr Chancen für jeden Einzelnen“</p> <p>basiert normativ im Wesentlichen auf einem Verständnis von Freiheit als (negative) Marktfreiheit</p> <p>und ist verknüpft mit Einzelforderungen wie zum Beispiel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mehr Markt • Steuersenkungen • Privatisierung • Flexibilität • Usw. 	<p>Das zentrale Versprechen „Wohlstand für alle ist möglich, aber dafür brauchen wir den Primat demokratischer Politik über die Märkte und eine gerechte Verteilung der Einkommen und Vermögen“</p> <p>basiert normativ im Wesentlichen auf sozialer Gerechtigkeit (Kombination von Bedarfs-, Leistungs- und Verteilungsgerechtigkeit)</p> <p>und ist verknüpft mit Einzelforderungen wie zum Beispiel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mehr demokratischer Staat • Höhere Steuern (für bestimmte Gruppen) • Öffentliche Güter • Soziale Sicherheit • Usw.

7.3.2 Diskursives Außen

Frage: Von welchem „Außen“ grenzt sich der Diskurs ab?

Das Gegenstück zur Bildung von Äquivalenz-Beziehungen ist die Herstellung von Differenz-Beziehungen zwischen einzelnen Forderungen. Alle Forderungen, die der Realisierung des jeweiligen zentralen Versprechens entgegenstehen werden in Differenz zum eigenen Diskurs gesetzt. An unseren ausgewählten Beispiel-Diskursen lässt sich dies verdeutlichen: Auf der einen Seite ist der Staat das Kernproblem und der Markt der Problemlöser aller Fragen, auf der anderen Seite ist es umgekehrt: Der freie Markt ist das Übel und in einem stärkeren Staat wird die Lösung gesehen.

Wenn Diskurstheoretiker wie Nonhoff von einer „antagonistischen Zweiteilung des diskursiven Raums“ sprechen, müssen wir jedoch in unserem Ansatz der Diskurswelten eine ergänzende Anmerkung machen. Diese Zweiteilung ergibt sich (idealtypisch) *aus der Perspektive des einzelnen Diskurses*. Im Bemühen um gesellschaftlichen Einfluss und Stabilisierung des Diskurses findet das Spiel von „drinnen“ und „draußen“ statt. Angestrebt wird, alle mit dem eigenen zentralen Versprechen kompatiblen Forderungen in die entsprechende Äquivalenzkette zu integrieren und alle anderen Forderungen in Differenz zu setzen. Das bedeutet aber nicht, dass der ganze diskursive Raum zweigeteilt ist, bzw. sich nur zwei verschiedene Diskurse gegenüberstehen.

Diskursives Außen	
Marktfreiheit und schlanker Staat	Soziale Regulierung und gerechte Verteilung
Der überbordende Staat ist der Kern allen Übels. Er <ul style="list-style-type: none"> • schränkt Freiheit ein • blockiert ein Mehr an Wohlstand für alle • schafft Ungerechtigkeiten • usw. 	Der ungeregelte Markt ist der Kern allen Übels. Er <ul style="list-style-type: none"> • schränkt Freiheit ein • blockiert ein Mehr an Wohlstand für alle • schafft Ungerechtigkeiten • usw.

7.3.3 Strategische Subjekte und Diskursrepräsentanten

Frage: Welche strategischen Subjekte bzw. Diskursrepräsentanten haben Interesse an diesem Diskurs und befördern ihn?

Jeder Diskurswelt sind politische und gesellschaftliche Subjekte zuzuordnen, die über die Möglichkeit verfügen, auf die gesellschaftliche Meinungsbildung Einfluss auszuüben. Diese Subjekte vertreten bestimmte Interessen oder auch Weltanschauungen und / oder repräsentieren soziale Gruppen. Dabei handelt es sich nur in Ausnahmefällen um einzelne Personen, die zudem über ein hohes Maß an sozialem, kulturellen bzw. ökonomisches Kapital in den relevanten Feldern verfügen müssen. Bei Diskursrepräsentanten handelt es sich um kollektive Akteure und Institutionen (wiederum repräsentiert durch Personen), die Einfluss auf Diskurse ausüben. Wichtige Diskursrepräsentanten sind:

- Politische Exekutive: Regierungszentralen (und Regierungschefs), Ministerien, wichtige Behörden
- Politische Parteien bzw. Parlamentsfraktionen und ihr Führungspersonal
- Wirtschaftssubjekte mit Meinungsmacht. Hier handelt es sich in der Regel um große Unternehmen, Konzerne oder Banken, die über entsprechende Ressourcen wie PR-Etats, Strategie- und

Kommunikationsstäbe, Netzwerke oder Repräsentanzen an Regierungs- und Parlamentsstandorten verfügen.

- Advokatorische Think Tanks
- Verbände und Lobbyakteure
- Zivilgesellschaftliche Akteure bzw. NGOs.

Diskursrepräsentanten	
Marktfreiheit und schlanker Staat	Soziale Regulierung und gerechte Verteilung
Einzelne Wirtschaftssubjekte: Bestimmte Konzerne, Banken Verbände und Interessenvertreter: Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände, sowie Lobbygruppen (Bund der Steuerzahler etc.) Parteien: Die FDP und Teile von CDU/CSU	Verbände und Interessenvertreter: Gewerkschaften, Sozialverbände, Arbeitsloseninitiativen Parteien: Die SPD, Die Linke, Teile von CDU/CSU, Teile der Grünen

7.3.4 Soziale Milieus als Träger von Diskursen

Frage: Welche soziale Gruppen bzw. Milieus tragen diesen Diskurs?

Wenn wir davon ausgehen, dass politische Diskurse ein Ausdruck von miteinander im Konflikt stehenden Interessen und Wertvorstellungen sind, dann liegt die Vermutung nahe, dass Diskurswelten über eine gesellschaftliche Basis verfügen, die diese Weltansichten und Wertvorstellungen im Großen und Ganzen teilt. Für bestimmte gesellschaftliche Gruppen sind die jeweiligen Diskurswelten ein Orientierungsraum, sie bieten ihnen Gewissheiten und Sicherheiten. In Diskurswelten vergewissert man sich immer wieder aufs Neue, dass man selbst Recht hat und die Anderen Unrecht haben. Anzunehmen ist zudem, dass soziale Milieus, ganz unabhängig wie man sie definiert, nicht eins zu eins und bruchlos als Teil von Diskurswelten anzusehen sind. Nur im Ausnahmefall ist ein Milieu deckungsgleich mit einer Diskurswelt. Allerdings liegt die Vermutung nahe, dass es einen Zusammenhang zwischen politischen Diskursen und sozialen Milieus gibt und bestimmte Diskurswelten maßgeblich von bestimmten Milieus getragen werden.

Die Frage nun, welche der genannten Milieuansätze sich eignen, um zu analysieren, welche Verankerung bestimmte Diskurse in der Gesellschaft haben, ist nicht eindeutig zu beantworten. Den einen „besten“ Ansatz gibt es vermutlich nicht. Vielmehr kommt es zunächst darauf an, einzugrenzen, welche Diskurse bzw. Diskurswelten von Interesse sind und sich dann für einen geeigneten Ansatz zu entscheiden.

Ein Beispiel dafür, wie normative Begriffe in den sozialen Milieus mit unterschiedlicher Bedeutung belegt sind, zeigt die Milieustudie von Wippermann.¹⁶⁰ Die sehr unterschiedlichen Bedeutungen des Begriffs „Freiheit“ (siehe Schaubild 3) sind ein starker Hinweis darauf, dass in diesen Milieus auch unterschiedliche Diskurse z.B. über die Aufgabe und die Rolle des Staates vorherrschen.

¹⁶⁰ Wippermann 2011

Schaubild 3: Was bedeutet "Freiheit" in einzelnen Milieus?

Etablierte	Materielle Unabhängigkeit, Freiheit von staatlichen Regelungen, Freiheit des Unternehmers, aber auch Freiheit von "sozialem Ballast"
Postmaterielle	Innere Freiheit des Einzelnen im Sinne von Denkfreiheit; Abwesenheit von strukturellen Zwängen; Emanzipation von überkommenen Mustern, gesellschaftlichen Erwartungen und populären Trends; Freiheit ist Authentizität
Performer	Emphatischer Begriff: Grenzen überschreiten; Neues schaffen; Projekte voranbringen jenseits verbindlicher Standards
Konservative	Pflicht des Einzelnen zur Verantwortung und zur sozialen Partizipation; Rückzug in Einsamkeit; auch von Turbo-Gesellschaft
Bürgerliche Mitte	Befreiung von Last, Druck; Ambivalenz zwischen Anpassung und Egoismus; Kritik an Fremdbestimmung
Benachteiligte	Finanzielle Unabhängigkeit; Traum vom Reichtum; keine gesellschaftliche Bedeutung, nur für den Einzelnen
Hedonisten	Frei von Konventionen und Kontrolle; Innere Immunisierung gegen Normen der Gesellschaft; Entscheidend ist Fähigkeit zur Freiheit
Expeditive	Wichtigster Wert; Radikaler Freiheitsbegriff, das eigene Ziel bestimmen zu können; Egozentrische Wirklichkeitsauffassung; Befreiung von Konventionen, Narzissmus und Selbstzweifel

Quelle: Wippermann 2011, S. 99ff / Eigene Darstellung

In unserer exemplarischen Gegenüberstellung der beiden Diskurse wiederum greifen wir auf die Typologie der politischen Milieus¹⁶¹ zurück. So ist der Diskurs „Marktfreiheit“ viel stärker in den Milieus der „Leistungsindividualisten“ und der „Etablierten Leistungsträger“ verankert, der Diskurs der „Sozialen Regulierung“ hingegen (wenn auch in unterschiedlichen Ausprägungen) eher in der „Kritischen Bildungselite“, dem „Engagierten Bürgertum“, der „Bedrohten Arbeitnehmermitte“ oder dem „Abgehängtem Prekariat“.

Soziale / politische Milieus (hier nur illustrativ und exemplarisch auf Basis FES-Studie „Gesellschaft im Reformprozess“)	
Marktfreiheit und schlanker Staat	Soziale Regulierung und gerechte Verteilung
Kernmilieus dieser Diskurswelt <ul style="list-style-type: none"> • Leistungsindividualisten • Etablierte Leistungsträger 	Kernmilieus dieser Diskurswelt <ul style="list-style-type: none"> • Kritische Bildungselite (teilweise auch Engagiertes Bürgertum) • Bedrohte Arbeitnehmermitte • Abgehängtes Prekariat

7.3.5 Wissensproduktion und Wissensordnung

Frage: Welches Expertenwissen und welches Alltagswissen liegen diesem Diskurs zugrunde?

Jede Diskurswelt verfügt über eine spezifische „Wissensordnung“ im Sinne von den Akteuren geteilten Wissens bzw. „Wahrheiten“. Zentral ist hier die bekannte Unterscheidung Gramscis zwischen der Philosophie als kohärenter „intellektueller Ordnung“ einerseits, wobei es auch hier

¹⁶¹ Siehe Kapitel 6

nicht *die eine* Philosophie gibt, sondern unterschiedliche Philosophien miteinander im Wettstreit liegen und andererseits einem nicht einheitlichen und nicht kohärenten Alltagsverstand. Dieser ist ein widersprüchliches Ensemble verschiedener Philosophien. Wir unterscheiden drei Stockwerke der Wissensordnung einer Diskurswelt:¹⁶²

- Die *Ebene der Wissensproduktion*: Wissenschaft, Think Tanks, Parteien etc.
- Die *Ebene der Wissensvermittlung*: Parteien, Bildungseinrichtungen, Medien, etc.
- Die *Ebene des Alltagswissens* und Alltagsverstandes.

Es wäre also erstens in diesem Zusammenhang danach zu fragen, welche Akteure und Institutionen welches Wissen erarbeiten, das als ideologisches Fundament einer Diskurswelt dient. Die Produktion von „neuem“ Wissen bedeutet dabei nicht zwingend die Erarbeitung gänzlich neuer Theorien oder Weltanschauungen, sondern auch die fortwährende Anwendung bisherigen Wissens auf gegenwärtige Probleme.

Zweitens stellt sich die Frage, wie dieses Wissen über staatliche Institutionen, private Einrichtungen der Zivilgesellschaft, Medien bzw. spezifische Institutionen der Diskurswelt vermittelt wird und wie hegemonial dies ist. Hier wäre erstens die Vermittlung bestimmter Weltansichten über die Medien in den Blick zu nehmen. Ferner wäre danach zu fragen, wie Parteien und andere Diskursrepräsentanten Wissen vermitteln. Schließlich wären aber auch die Dominanz (oder eben Randständigkeit) bestimmter Diskurse an Hochschulen oder in schulischen Curricula zu untersuchen.

Eine besonderes Augenmerk sollte hier auf die Analyse der „Intellektuellen“ im Sinne Gramscis gelegt werden. Nach seiner Auffassung schafft sich jede gesellschaftliche Gruppe „eine Schicht oder mehrere Schichten von Intellektuellen, die ihr Homogenität und Bewusstsein der eigenen Funktion im ökonomischen Bereich geben.“¹⁶³ Er siedelt Intellektuelle auf mehreren Ebenen an, wobei nur diejenigen auf der höchsten Ebene die „Schöpfer der Wissenschaften“ sind. Mindestens ebenso wichtig sind die Intellektuellen auf den unteren Ebenen, die Interpreten und Begründer der Interessen einer Klasse, Gruppe oder eben Diskurswelt, solche die Peter Glotz als „Laienpäpste“¹⁶⁴ bezeichnet. Gramsci unterscheidet hier zwischen den *traditionellen Intellektuellen*, die bisherige oder frühere Hegemonien repräsentieren sowie den *organischen Intellektuellen* verschiedener Klassen bzw. vor allem moderner und aufstrebender Gruppen.

Drittens ist zu fragen, inwieweit dieses Wissen im Alltagsverstand bzw. dem Alltagswissen bestimmter sozialer Gruppen „vorkommt“. Zum Beispiel könnte gefragt werden, welche Topoi bzw. immer wiederkehrenden argumentativen Muster als Ausdruck popularisierten Wissens in bestimmten sozialen Gruppen verwendet werden bzw. auf Akzeptanz stoßen.

¹⁶² Vgl. Hall 1989

¹⁶³ Gramsci, GH, S. 513

¹⁶⁴ Glotz 2004, S. 122

Wissensproduktion und Wissensordnung	
Marktfreiheit und schlanker Staat	Soziale Regulierung und gerechte Verteilung
Wissenschaftliche Begründungen: <ul style="list-style-type: none"> • Neoklassische Theorien • (Neo-)Liberalismus Wissensproduzenten und Wissensvermittler (beispielhaft): <ul style="list-style-type: none"> • Wirtschaftsnahe Stiftungen, Thinktanks und Institute (Stiftung Marktwirtschaft, IW) • Mehrheit der Lehrstühle der VWL und BWL Topoi im Alltagswissen (beispielhaft): <ul style="list-style-type: none"> • „Sozial ist was Arbeit schafft“ • „Der Staat muss sich aus der Wirtschaft heraushalten“ 	Wissenschaftliche Begründungen: <ul style="list-style-type: none"> • Sozialistische und marxistische Theorien • Keynesianische Theorien • Christliche Soziallehre • Armutsforschung, Glücksforschung Wissensproduzenten und Wissensvermittler (beispielhaft): <ul style="list-style-type: none"> • Gewerkschaftsnahe Stiftungen, Thinktanks und Institute (Böckler, IMK) • Minderheit der Lehrstühle der VWL und BWL Topoi im Alltagswissen (beispielhaft): <ul style="list-style-type: none"> • „Der Markt ist blind für Gerechtigkeit“ • „Nur Starke können sich einen schwachen Staat leisten“

7.3.6 Dispositive und Subjektivierungen

Frage: Welche Dispositive (Institutionen, Symbole, Praktiken etc.) stabilisieren diesen Diskurs und prägen die Subjekte?

Diskurse wirken nicht nur über Sprache und Texte, sondern auch über Praktiken, Symbole, Routinen, Gesetze, Institutionen etc. Dabei ist weniger erheblich, ob man diese nicht-sprachlichen Elemente als Teil von Diskursen ansieht oder als Dispositive im Sinne einer Infrastruktur von Diskursen versteht.

Die Analyse dieser Dispositive ist jedoch von großer Bedeutung, da viele ihrer Elemente Pfadabhängigkeiten herstellen und Blockaden für sozialen Wandel bzw. das Überwinden von Diskursen darstellen. Es geht also darum, der Frage nachzugehen, welche Elemente identifiziert werden können, die eine bestimmte Diskurswelt hervorbringen und stabilisieren.

Zum Beispiel stellen sich bei der Analyse des Dispositivs und der Gouvernementalität des Finanzkapitalismus die folgenden Fragen:¹⁶⁵ Was war das Ausgangsproblem, das mit der Liberalisierung Finanzmärkten gelöst werden sollte? Wie wird über die Finanzmärkte geredet? Welche Begründungen gibt es? Welche Rolle spielen Technologien? Welche Spezialdiskurse und Interdiskurse gibt es? Wie funktionieren diese Märkte? Wie verändert sich die Sicht der Menschen auf diese Märkte? Wie verändern sich die Institutionen (Börse)? Wie veränderten sich Rollen (vom Sparer zum Anleger)? Welche Auswirkungen hat die (Teil-)Privatisierung der Altersvorsorge auf das Denken und die Praxis der Bürger?

¹⁶⁵ Gespräch mit Andrea Bührmann

Dispositive	
Marktfreiheit und schlanker Staat	Soziale Regulierung und gerechte Verteilung
<p>Beispiel: Finanzmarktdispositiv im Sinne der Effizienzmarkthypothese (Freie Finanzmärkte optimieren Wachstum und Wohlstand)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Politische Liberalisierung der (Finanz-)märkte • Ausweitung der Finanzindustrie und Produkte • Dominanz von Finanz-Kennziffern in der Unternehmensführung • Anreize für finanzmarktkonformes Verhalten („Shareholder Value“) • Bankenarchitektur („Wolkenkratzer“) • Präsenz von Investmentbankern als sozialer Gruppe • Kulturalisierung und Ästhetisierung der Geldanlage • Börsennachrichten • ... 	<p>Beispiel: Sozialstaatsdispositiv im Sinne einer bewussten De-Kommodifizierung der Märkte</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sozialstaat als Institution der Begrenzung von Märkten • Soziale Bürger- und Arbeitnehmerrechte • Mitbestimmung • Öffentliche Güter • Armuts- und Reichtumsberichterstattung • ...

7.3.7 Bedürfnisse und Emotionssysteme

Frage: Welche emotionalen Bedürfnisse bedient der Diskurs?

Ein methodisch anspruchsvoller – und sicher auch nicht bei allen Untersuchungen zu leistender – Baustein ist die Frage nach den emotionalen Elementen, die bei Diskursen im Spiel sind. Ein möglicher Zugang ist die Einbeziehung von Analysen aus der Marktforschung. Diese gehen –wie in Kapitel 3 dargestellt – von Bedürfnissen aus, die kulturübergreifend existieren und die in jedem Einzelnen aber auch in der Gesellschaft in unterschiedlichen Anteilen zu identifizieren sind.

Wir greifen an dieser Stelle den Needscope-Ansatz des Markt- und Meinungsforschungsinstitut TNS Infratest auf, weil dieser bereits erfolgreich für politische Studien eingesetzt wurde. Er geht von einem Bedürfnismodell aus, das drei Ebenen beinhaltet:

- Funktionale Bedürfnisse (z.B. konkrete Interessen)
- Identitätsbedürfnisse (z.B. soziales Umfeld, Werte)
- Emotionale Bedürfnisse (z.B. Gefühle und Persönlichkeit)

Wenn diese drei Bedürfnisebenen für Marken gelten, liegt die Vermutung nahe, dass sie beispielsweise auch bei politischen Organisationen (Parteien, Gewerkschaften, NGO) relevant sind. Denn auch sie stellen auf drei Ebenen eine Beziehung zu ihren "Kunden" (Mitglieder, Wähler, etc.) her: Sie vertreten konkrete Positionen und Interessen, sie verkörpern soziale Werte, haben ein Image und sie lösen Gefühle aus. Gleiches gilt für Personen, wie Studien von Westen zeigen: „Die Kandidaten der eigenen Partei lösen für gewöhnlich so etwas wie Identifikation aus, ein Punkt, der für alle Wahlkampfstrategen, die eine emotional überzeugende Kampagne durchführen wollen von essentieller Bedeutung ist. Zeigten wir den Probanden hingegen Fotos des gegnerischen Kandidaten, wurden jene Schaltkreise aktiviert, die für negative Emotionen zuständig sind.“¹⁶⁶

Während die funktionalen Aspekte unserem expliziten Denken entsprechen und auch über entsprechende Befragungen zu ermitteln sind („Ich bin Mitglied der Gewerkschaft, weil sie meine Interessen vertritt“), ist dies bei den Identitätsbedürfnissen und vor allem den emotionalen

¹⁶⁶ Westen 2012, S. 51

Bedürfnissen nicht ohne weiteres möglich. Hier müssen projektive Verfahren angewendet werden. Bei der Needscope-Methode geschieht dies mit Hilfe archetypischer Fotocollagen mit Personen, die symbolisch für bestimmte Gefühle, Persönlichkeiten und soziale Aspekte stehen. Im Rahmen einer projektiven Bewertung werden Befragten diese Collagen vorgelegt und sie werden gebeten, zu beurteilen, welche der dargestellten Personengruppen z.B. eine bestimmte Partei wählt und wie sie sich dabei fühlen oder welche Ziele und Maßnahmen sie einem bestimmten Themenfeld zuordnen.

In einem zweidimensionalen Bedürfnisraum mit den Achsen Sozialität – Individualität sowie Extrovertiert – Introvertiert werden sechs „Needstates“ definiert. Legt man diesen Bedürfnisraum politische Begriffe zugrunde, wird deutlich, wie unterschiedlich diese in den einzelnen Bedürfnisfeldern mit Bedeutungen, Zielen und Wertvorstellungen aufgeladen sein können (Schaubild 4). Während es in den stark extrovertierten Feldern (Idealismus, Aktivismus) vor allem um Freiheit geht, spielt in den Feldern Gestaltung und Kontrolle die (Eliten-)Verantwortung eine besondere Rolle. In den Feldern Geborgenheit und Gemeinschaft ist der Demokratiebegriff vor allem mit Schutz und sozialer Gerechtigkeit verbunden.

Schaubild 4: Bedeutung des Themas „Demokratie“ im Bedürfnisraum

Needstate	Einstellungen zum Thema Demokratie
Idealismus	Freiheit ist höchstes Gut, Meinungsfreiheit schützen, Demokratie auch im Kleinen, Förderung sozialer Gerechtigkeit, Bürgernahe Demokratie, Mehr Mitsprache
Aktivismus	Freiheit ist höchstes Gut, Politiker denken zuerst an sich, Entfaltung des Einzelnen; Mehr Schutz der Bürgerrechte, Vertretung unangenehmer Wahrheiten, Möglichkeit sich zu wehren
Gestaltung	Verantwortung in fachkundige Hände, Staat muss Einzelnen schützen, Bekämpfung von Korruption, Recht vor Respekt auf Eigentum
Kontrolle	Friedliches Miteinander durch Demokratie, Führung ist auch Verantwortung, Regierungsführung wie Unternehmen, Vernünftige Regeln mit Weitblick
Geborgenheit	Meinungsfreiheit schützen, Demokratie schafft Regeln, die Zusammenleben ermöglichen, Gleiche Rechte als höchstes Gut, Bürger ernst nehmen, für soziale Stabilität sorgen
Gemeinschaft	Schwächere schützen, Gleiche Rechte als höchstes Gut, Keine Machtkonzentration, Vorrang des Wohls der Bürger, Einfluss von Lobbies begrenzen

Quelle: TNS Infratest

Die unterschiedlichen Bedürfniswelten des Demokratie-Themas können jedoch auch als Ausdruck verschiedener politischer Diskurse über Demokratie verstanden werden. Man könnte mit dieser Methode also auch umgekehrt fragen, welche Bedürfnisfelder in bestimmten Diskursen besonders ausgeprägt sind und bekäme damit eine Auskunft darüber, welche emotionalen Bedürfnissen Diskurse in besonderer Weise entsprechen.

Emotionssysteme (hier nur exemplarisch und illustrativ auf Basis Needscope-Ansatz)	
Marktfreiheit und schlanker Staat	Soziale Regulierung und gerechte Verteilung
Ausgeprägte Verbindung mit dem Bedürfnisfeldern <ul style="list-style-type: none"> • Gestaltung • Kontrolle 	Ausgeprägte Verbindung mit dem Bedürfnisfeldern <ul style="list-style-type: none"> • Geborgenheit • Gemeinschaft

7.3.8 Sprache, Metaphern und Frames

Frage: Welche Begriffe und Metaphern sind wichtige sprachliche Elemente des Diskurses?

Von großer Bedeutung ist die – nicht von den anderen Aspekten einer Diskurswelt zu trennende Analyse – mit welcher Sprache, welchen Begriffen die einzelnen Diskurse verknüpft sind und wie über diese Begriffe Identitäten entstehen, Gegner konstruiert werden oder auch Emotionen aktiviert werden. Eine Analyse des Textkorpus eines Diskurses müsste der Frage nachgehen, welcher Semantik sich dieser bedient. Dabei sind vor allem die folgenden Aspekte von Relevanz:

- Diskursrelevante Schlüsselwörter, die mit dem zentralen Versprechen verbunden sind,
- Identitätsstiftende Fahnenwörter, die Emotionen und Bedürfnisse adressieren,
- Stigmawörter, die auf das diskursive Außen gerichtet sind,
- Strategien der Benennung, des Begriffe Besetzens und des Beschönigens,
- Konzeptuelle Metaphern, die „deep frames“ oder assoziative Netzwerke aktivieren.

Methodisch kommt an dieser Stelle der Instrumentenkasten der linguistisch orientierten Diskursanalyse zum Einsatz. Dies sind zum einen softwaregestützte lexikometrische Methoden, die Worthäufigkeit erfassen oder Methoden wie z.B. die Kookurrenzanalyse, die nach bestimmten Wortkombinationen fragt. Aber auch hier kann auf qualitative und interpretierende Ansätze nicht verzichtet werden, die herausarbeiten wie Begriffe – ob strategisch eingesetzt oder nicht – Diskurse nach innen konstruieren und nach außen abgrenzen.

Sprache	
Marktfreiheit und schlanker Staat	Soziale Regulierung und gerechte Verteilung
Fahnenwörter: <ul style="list-style-type: none"> • Freie Marktwirtschaft, Freier Markt • Freiheit • Liberal Stigmawörter: <ul style="list-style-type: none"> • Sozialneid • Zwangsabgaben Metaphern: <ul style="list-style-type: none"> • Fetter Staat / Schlanker Staat • Zwangsabgaben 	Fahnenwörter: <ul style="list-style-type: none"> • Soziale Gerechtigkeit • Solidarität Stigmawörter: <ul style="list-style-type: none"> • Neoliberalismus • Marktradikalismus Metaphern: <ul style="list-style-type: none"> • Soziale Kälte • Starke Schultern, schwache Schultern

7.3.9 Narrative und Mythen

Frage: Welcher Narrative und Mythen bedient sich der Diskurs?

Wenn wir davon ausgehen, dass sich politische Diskurse auch tiefer und breiter in der Gesellschaft verankerter Narrative und Mythen bedienen bzw. auf Diskurse der Narrativ- und Meta-Ebene zurückgreifen, wäre es hilfreich, über eine Art Basislandkarte der Narrative zu verfügen, die in einer Gesellschaft (hier der Bundesrepublik, aber auch unter Berücksichtigung regionaler sowie über die nationalen Grenzen hinausweisender Narrative) wirksam sind, um dann der Frage nachzugehen, auf welche dieser Narrative eine Diskurswelt Bezug nimmt. Leider jedoch liegt eine solche Landkarte nicht vor.¹⁶⁷

Den Versuch eine Übersicht über „deutsche Mythen“ zu entwickeln, hat Herfried Münkler in einer umfangreichen Arbeit vorgenommen.¹⁶⁸ Der Blick reicht hier von Nationalmythen wie den Nibelungen über Kämpfe gegen Rom (Arminius, Luther), Preußenmythen, Burgen- und Stadtmythen (Wartburg, Rhein) bis zu – für unsere Fragestellung fruchtbareren – Mythen nach dem Zweiten Weltkrieg. Mit Blick auf die jüngere deutsche Geschichte identifiziert Münkler, dass sich das Bedürfnis nach mythischer Narration vom Staat auf den Markt verlagert hat: „Der Mercedesstern löste das Eiserne Kreuz der Nachkriegsgeneration ab.“¹⁶⁹ Ein wesentlicher Teil des Gründungsmythos der Bundesrepublik basiert auf der Erfolgsgeschichte des „Wirtschaftswunders“, der „Sozialen Marktwirtschaft“ und späteren Zuschreibungen als „Exportweltmeister“. Zudem spielen die starke D-Mark und in die Institution der Bundesbank eine Schlüsselrolle - gerade angesichts der früheren Erfahrungen mit der Inflation. Allerdings ist auch damit die erforderliche Landkarte noch nicht gezeichnet. Erstens sind Mythen über die Nation natürlich noch nicht alle Mythen und Narrative einer Nation. Weltanschauliche Erzählungen spielen eine mindestens ebenso wichtige Rolle. Zweitens sind „deutsche Mythen“ auch in räumlicher Hinsicht natürlich nur ein Teilbereich. Es gibt – vor allem in einer globalen Öffentlichkeit - ebenso lokale, regionale, europäische und internationale Mythen. Drittens nimmt Münkler in besonderer Weise Mythen in den Blick, die über die Hochkultur (Nibelungensage, Goethe) weiter erzählt werden. Ebenso wichtig ist aber die Populärkultur (Hollywood, Popmusik, Trivialliteratur), die sicherlich auch weitere Narrative und Mythen hervorbringt.

Eine „Narrativanalyse“ von Diskurswelten müsste vor allem danach fragen, welche immer wieder kehrende Narrative im Sinne einer Kontinuität von Gestern, Heute und Morgen, welche Verweise auf historische Vorbilder, Erfolge und welche normativen Bezüge zu identifizieren sind.

Narrative	
Marktfreiheit und schlanker Staat	Soziale Regulierung und gerechte Verteilung
<ul style="list-style-type: none"> • Freiheit als Marktfreiheit • Besitzindividualismus, Eigentum als Naturrecht • Wettbewerb als natürliches Prinzip 	<ul style="list-style-type: none"> • Tradition der Sozialen Marktwirtschaft (als Sozialstaatlichkeit) • Erfolge der Sozialpartnerschaft aber auch der Arbeitnehmerbewegung als Organisation der Selbsthilfe und der Gegenmacht

¹⁶⁷ Gespräch mit Wilhelm Hofmann

¹⁶⁸ Münkler 2009

¹⁶⁹ Ebd., S. 10

7.3.10 Medien und kommunikative Kanäle

Frage: Über welche Medien und Kommunikationskanäle wird der Diskurs (re-)produziert?

Diskurse werden zwar nicht ausschließlich, aber doch wesentlich über (Massen-)Medien geführt. Medien stellen eine zentrale Verbindungsinstanz zwischen Ideen und Diskursrepräsentanten und Diskursrezipienten und sozialer Praxis dar. Dies gilt im Besonderen für politische Diskurse. Wir unterscheiden hier grundsätzlich zwei Formen von Medien: zum einen Medien, die selbst zur Diskurswelt gehören, d.h. explizit der Vermittlung bestimmter Sichtweisen dienen und zum anderen die Massenmedien. Möglicherweise könnte man bestimmte tendenziell weltanschaulich orientierte Massenmedien (wie z.B. die taz oder die FAZ) auf einer Zwischenebene ansiedeln.

Diskurswelten verfügen über eigene Medien, in denen die jeweils diskursweltkonstituierenden Diskurse geführt werden. Manche Diskurswelten stützen sich lediglich auf Fanzines, Fachzeitschriften oder Web-Sites, andere auf eigene Institute, Stiftungen und Think-Tanks, die eine ganze Bandbreite von Zeitschriften, Diskussionspapieren, Bücher, Schriftenreihen oder Newsletter usw. publizieren. Diese Medien haben für die Diskurswelt nicht nur die zentrale Funktion, Ideen, Begriffe und Positionen zu entwickeln und an die Diskursteilnehmer weiter zu kommunizieren, sondern auch sich in seinen Überzeugungen unentwegt zu bestätigen und auf diese Weise Selbst-Plausibilisierungen herzustellen, die in (politisches) Handeln umgesetzt werden können, etablierten Diskursrepräsentanten ein Forum zu bieten und neue Repräsentanten hervorzubringen und die Diskurswelt über einen permanenten Konsens nach innen zu stabilisieren.

In modernen „Mediengesellschaften“ ist es zudem erforderlich, die diskursiven Botschaften, die der Selbstbestätigung der Diskurswelten (sowie ihrer Interessen, politischen Orientierung oder Programme) dienen, in die allgemeinen Medien der Gesellschaft so weit wie möglich einzuschleusen. Hier treffen die Diskurse auf die anderer Diskurswelten, die ebenfalls ihren Diskurs in die gesamtgesellschaftliche Öffentlichkeit einbringen wollen, und nicht zuletzt auf ein Mediensystem, das seinerseits eine Diskurswelt mit eigenen Akteuren, Verfahren, Entwicklungsprozessen, Kontextbedingungen und Zielen darstellt.

Es ist also danach zu fragen, über welche eigenen Medien eine Diskurswelt verfügt und welchen Zugang ihre Akteure und ihre Kernaussagen in die Massenmedien haben.

Medien	
Marktfreiheit und schlanker Staat	Soziale Regulierung und gerechte Verteilung
<p>Publikationen der Parteien, parteinahen und arbeitgebernahen Stiftungen, eher in die Diskurswelten hinein gerichtet</p> <ul style="list-style-type: none"> wissenschaftlich gestützte Informations- und Argumentationspublikationen, z.B. iwd Informationsdienst, Zeitschrift für Wirtschaftspolitik journalistische Publikationen, z.B. Liberal (Friedrich-Naumann-Stiftung) Publikationen, Newsletter (mitunter Kampagnen) von Think-Tanks, Stiftungen, Wirtschaftsinstituten z.B. Bertelsmann Stiftung, CHP, ifo-Institut, Stiftung Marktwirtschaft, <p>Kampagnen Think Tank, der direkt auf Medienbeeinflussung zielt</p> <ul style="list-style-type: none"> Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (Anzeigen-Kampagnen, PR, Medienpartnerschaften) <p>Massenmedien, die Einfluss auf öffentliche Meinung haben</p> <ul style="list-style-type: none"> z.B. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Neue Züricher Zeitung popularisierte Wirtschaftsmedien, Börsenberichterstattung z.B. Börse im Ersten, Wirtschaft und Börse n24, Telebörsen-tv, FOCUSmoney 	<p>Publikationen der Parteien, parteinahen und gewerkschaftsnahen Stiftungen, eher in die Diskurswelten hinein gerichtet</p> <ul style="list-style-type: none"> wissenschaftlich gestützte Informations- und Argumentationspublikationen, z.B. WSI-Mitteilungen, WSI-Report journalistische Publikationen, z.B. Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte (Friedrich-Ebert-Stiftung), Gegenblende (DGB) Publikationen, Newsletter (mitunter Kampagnen) von Vereinen, Verbänden, Initiativen, Netzwerken z.B. Initiative Solidarische Moderne, Paritätische Wohlfahrtsverband, attac, <p>Massenmedien, die Einfluss auf öffentliche Meinung haben</p> <ul style="list-style-type: none"> z.B. Frankfurter Rundschau, tageszeitung TV Magazine, z.B. Monitor
<p>Massenmedien allgemein: Einerseits: Wirtschaftsfreundliche (wirtschaftsliberale) Politik als „vernünftige“, „pragmatische“ und „moderne“ Politik Andererseits aber auch: Skandalisierung und Moralisierung „sozialer Missstände“: Armut, Gier der Manager und Banker, Exzesse der Finanzmärkte, Lohndumping, Bildungs- und Pflegenotstand usw.</p>	

8 Diskurse, Diskursallianzen und Transformation: Fünf

Thesen

Was folgt aus diesen analytischen Überlegungen nun für eine politisch-strategische Praxis? Wir wollen unsere Schlussfolgerung in fünf knappen Thesen bündeln:

Erstens: In der politischen Strategieführung brauchen wir ganz grundsätzlich ein größeres Verständnis dafür, dass es „Diskurse“ als Machtfaktoren gibt, die zwar nicht in der kurzen Frist aber sehr wohl langfristig beeinflussbar sind. In Krisen kann sich der Handlungsspielraum weiten, aber auch nur dann, wenn neue Diskurse zuvor bereits aufgebaut wurden und an diese angeknüpft werden kann.

Der Raum des Politischen ist durchzogen von politischen Diskursen, die miteinander um Deutungshoheit ringen. Diskurse drücken nicht nur argumentative „Meinungen“ aus, sondern verbinden Interessen mit Werten und emotionalen Bedürfnissen. Was Bürger für „wahr“ halten, ist stets umkämpft und eine politische Machtressource. Man kann also politisch nicht jenseits von Diskursen agieren: Jede politische Aussage, jede Metapher, jedes Interview zahlt auf das Konto eines Diskurses ein. Oft ist politischen Akteuren aber nicht bewusst, auf welches Konto sie da gerade einzahlen.

Es ist also notwendig, sich einen *Überblick über das politisch-diskursive Spielfeld* zu verschaffen. Dabei geht es zum einen darum, politische Potenziale für mögliche Diskursallianzen zu identifizieren: Welche (neuen) Ideen und Sichtweisen gibt es, die vom Rand in den Mainstream geführt werden können? Wer teilt bestimmte Ziele und Wertvorstellungen? Welche Narrative werden von wem geteilt bzw. welche Gemeinsamkeiten und Konflikte bestehen auf den einzelnen Diskursebenen? Andererseits gilt es, die politisch-kulturellen Trennlinien, die „Lock-Ins“ und strukturkonservierenden Dispositive zu erkennen. Welche Akteure haben welche Interessen und wer blockiert den gewünschten Wandel? Welche gesellschaftlichen Gruppen sind zwischen dem „Alten“ und dem „Neuen“ hin- und hergerissen, können aber prinzipiell gewonnen werden? Im Rahmen einer strategieorientierten Diskursanalyse ist es aus unserer Sicht notwendig *zwei Dimensionen politischer Diskurse* zu differenzieren. Die erste Dimension sind *Diskursebenen*, auf denen politische Diskurse operieren. So geht es bei einem Streit auf der Policy-Ebene (z.B. über die Höhe von Steuersätzen) meist nicht nur „pragmatisch“ um sachliche Lösungen, sondern es wird diskursiv auch auf tiefer verankerte Wertvorstellungen und Gesellschaftsmodelle verwiesen. Umgekehrt kann ein kurzfristiger kommunikativer „Geländegewinn“ auf der Policy-Ebene, der im Widerspruch zu den eigenen Werten und Ideen auf den unteren Diskursebenen steht, den eigenen Diskurs langfristig erheblich schwächen. Die zweite Dimension sind *Diskurswelten*, in denen politische Diskurse überhaupt erst entstehen. Zu nahezu allen politischen Problemen finden sich mit einander in Wettstreit liegende Problemerkklärungen und -lösungen, die wiederum ihrerseits Teil umfassender politischer gesellschaftlicher Deutungsmuster sind. Diskurswelten bestehen sowohl aus den in Konflikt miteinander stehenden Diskursen wie auch der sie umgebenden Ensembles aus Akteuren, Institutionen, Wissensproduzenten und Kommunikationsstrukturen.

Zweitens: Wenn wir von der Prämisse ausgehen, dass politische Transformationen, ein Neu- und Umdenken, neue Allianzen und Change Agents voraussetzen, dann ist es unwahrscheinlich, dass nur selten ein einziger, bislang nicht hegemonialer Diskurs in den Vordergrund rückt. Das bedeutet, dass gesellschaftliche Transformationen in einem Wechselverhältnis mit der Verknüpfung bestehender bzw. der Herausbildung neuer Diskurse stehen. Während bei dem in der Diskurstheorie üblicheren Begriff der Diskurskoalition mitschwingt, dass einzelne Akteure ihrem eigenen Denken „treu“ bleiben, aber eine taktische Koalition eingehen, sprechen wir lieber von *Diskursallianzen*, die deutlich machen, dass etwas Neues entsteht, das an die Stelle der alten Diskurswelten (oder Teilen davon) tritt. Neue politische Diskurse entstehen, indem Partikularinteressen in politische Gemeinschaftsinteressen transformiert und umgekehrt vermeintliche Gemeinschaftsinteressen als die Einzelinteressen Weniger dekonstruiert werden. Diskursallianzen addieren auch nicht einfach konkurrierende Diskurse, sondern sie vergrößern die Schnittmengen zwischen im politischen Raum benachbarten Diskursen. Wenn solche Allianzen ein bestimmtes Maß an Bedeutung und Kohärenz aufweisen, kann aus ihnen ein eigenständiger Diskurs bzw. eine entsprechende Diskurswelt erwachsen. Politische Diskursallianzen sind also gleichzusetzen mit neuen „Vernetzungen“ auf drei Ebenen:

- Auf der Ebene der politischen Lösungen und Projekte (und damit auch Diskursen auf der Policy-Ebene)
- Auf der Ebene der individuellen und kollektiven Akteure, die Problemsichten, Ziele und Wertvorstellungen teilen: also Diskurse vor allem auf der Paradigmen- und Narrativ-Ebene.
- Auf der Ebene der „politischen Gehirne“ der Einzelnen, indem sich neue „assoziative Netzwerke“ oder Frames etablieren.

Neue Diskurse und Diskursallianzen können jedoch nicht nur „top down“ entwickelt werden. Die Diskurse von Experten und Meinungseliten übersetzen sich nicht bruchlos in das Denken der breiten Bevölkerung. An bestimmte Alltagsdiskurse und habituelle Prägungen können sie mehr, an andere weniger anknüpfen. Zudem haben Alltagsdiskurse eine Eigenständigkeit und beinhalten auch ein widerständiges Potenzial. Die Entstehung neuer Diskurse setzt einerseits voraus, dass sie eine gewisse Aufmerksamkeit erlangen und so von der breiten Bevölkerung wahrgenommen werden. Dies ist kaum vorstellbar, ohne Zugang zu den Massenmedien zu finden. Da eine Diskursallianz immer Gemeinsamkeiten in der Pluralität herzustellen bedeutet, kann sich eine neue Diskursallianz andererseits nicht allein über die Massenmedien vermittelt herausbilden. Wichtig ist es daher, über den direkten Zugang zu verschiedenen sozialen Milieus zu verfügen. Erforderlich sind „organische Intellektuelle“, die im Lebensalltag bzw. auf der Ebene der Zivilgesellschaft Überzeugungsarbeit leisten. Ebenso erforderlich sind offene und demokratische Räume (kommunale Ebene, Parteien, im Internet, zivilgesellschaftliche Organisationen usw.) in denen Meinungsaustausch stattfinden und „brückenbildendes Sozialkapital“ aufgebaut werden kann.

Politische Hegemonie ist nach diesem Verständnis nicht in erster Linie das Ergebnis der Strategie der Repräsentanten eines Diskurses, sondern eine (stets dynamische) Resultante der Kräfteverhältnisse verschiedener Diskurswelten und vieler Milliarden Kommunikationsakte im Alltag.

Drittens: Politisches Denken funktioniert nicht frei von Konflikten, Werten und Emotionen. In den Köpfen der Einzelnen korrespondieren die Diskurse mit „assoziativen Netzwerken“ oder Frames. Politisches Denken ist zu einem nicht unerheblichen Teil unbewusst und politische Botschaften

werden durch das, was wir kennen und mögen gefiltert. So wichtig Fakten und sachliche Argumente auch sind, überzeugend wirken vor allem politische Botschaften, die auch Emotionen auslösen. Politische Überzeugung und Mobilisierung darf zudem nicht nur auf negative Kommunikation setzen („Es war schon immer schlimm, aber jetzt wird es noch viel schlimmer“) setzen, weil negative Stories auch negative Emotionen verstärken. Wichtig sind positive Visionen und Hoffnungen. Politische Diskurse stellen ein „Innen“ und ein „Außen“ entlang politischer Konfliktlinien her. So geht es bei vielen politischen Konflikten (z.B. um große Infrastrukturprojekte) oft nicht nur um die Sache an sich, sondern auch um kollektive Identitäten, Werte und einen Streit um die grundsätzliche Frage des guten Zusammenlebens.

Wichtig ist die Fähigkeit, eine kohärente Geschichte zu erzählen. Eine Diskursallianz braucht eine normative und narrative Basis und eine starke Verankerung auf der Ebene der Narrativ-Diskurse. Was ist die Vorstellung vom „guten Leben“? Welche Konzepte von Freiheit und Gerechtigkeit liegen zugrunde? An welche gute Traditionen und Erfolge unseres Landes knüpfen wir selbstbewusst an und setzen diese in der Zukunft fort?

Schaubild 5:

George Lakoff: Zwölf Fallen, der politischen Kommunikation, die es zu vermeiden gilt

In seinem Handbuch „Thinking Points“, das sich an progressive Akteure in den USA bzw. die Demokratische Partei richtet, listet Lakoff zwölf Fallen der politischen Kommunikation auf:

- **Die Themenfalle:** Niemals Themen ohne ihren Wertebezug kommunizieren.
- **Die Meinungsforschungsfalle:** Nicht Umfragen hinterherlaufen, sondern Menschen überzeugen.
- **Die Waschzettelfalle:** Lange Forderungskataloge überzeugen nicht, sie transportieren keine Werte
- **Die Rationalismus-Falle:** Bürger (Wähler) entscheiden nicht (nur) rational.
- **Die Keine-Framing-nötig-Falle:** Menschen nehmen politische Botschaften immer durch Frames wahr, Fakten brauchen einen Kontext.
- **Die Inhalte-sind-Werte-Falle:** Politische Themen und Forderungen sind noch keine Werte, sie basieren auf Werten
- **Die Mitte-Falle:** So etwas wie eine politische Mitte gibt es nicht. Aber viele Menschen sind teils konservativ, teils progressiv.
- **Die Den-Gegner-unterschätzen-Falle:** Wer Konservative als dumm ansieht, unterschätzt ihre Fähigkeit, kulturelle Werte zu adressieren.
- **Die Reaktions-Falle:** Es reicht nicht, konservative Positionen zu widerlegen, ihre Botschaften werden womöglich so nur verstärkt. Nötig ist eine eigene progressive Agenda.
- **Die „Spin“-Falle:** Es geht nicht nur um Slogans, sondern um die Verankerung von Denkstrukturen.
- **Die Politsprech-Falle:** Bürokratensprache vermeiden!
- **Die Beschuldigungs-Falle:** Es reicht nicht, eine Lüge zu entlarven. Es geht um ein Re-Framing ausgehend von der eigenen Werthaltung.

Quelle: Lakoff 2006, eigene Übersetzung.

Viertens: Gleichwohl entstehen neue Diskursallianzen auch nicht zufällig, sondern sie sind Ergebnis eines mehr oder weniger bewussten strategischen Wirkens von Akteuren, die sich für sozialen und politischen Wandel einsetzen. Erforderlich sind strategische Akteure und Change Agents in Politik, Zivilgesellschaft und Staat. Folgende Kompetenzen sind dabei erforderlich:

- **Analysekompetenz:** Die Fähigkeit zur Analyse des „Politischen Spielfeldes“ bzw. der Diskurswelten, um Blockadefaktoren aber auch progressive Potenziale identifizieren zu können.
- **Politische Innovationskompetenz:** Die Fähigkeit, neue Trends, Ideen, Lösungen und Projekte zu entwickeln oder zu identifizieren und in den politischen „Mainstream“ zu überführen.

- *Dialogkompetenz*: Die Fähigkeit, zur politischen Empathie, sich andere Diskurswelten hineinzusetzen, zu vermitteln, Vertrauen und Sozialkapital aufzubauen und politisch zu überzeugen.
- *Strategiekompetenz*: Das Erkennen und Nutzen von Gelegenheitsfenstern und die Herstellung von politischen Bündnissen. Zur Strategiekompetenz gehört auch der „lange Atem“, das heißt die Fähigkeit, die Eigenlogik des Medien- und Politiksystems zu überwinden und langfristige Ziele zu verfolgen,
- *Kommunikationskompetenz*: Die Fähigkeit, politische Forderungen und Ideen in eine – mehrere Diskurswelten verbindende – kohärente emotionale Erzählung zu integrieren und diese öffentlich zu kommunizieren.

Fünftens: Eine strategische Diskursführung mit dem Ziel der Herstellung von Diskursallianzen und einer politischen Transformation braucht – als diskurspolitische Antriebskraft – *transformative politische Projekte*, die vier Voraussetzungen erfüllen:

- Sie müssen anschlussfähig an verschiedene Diskurswelten sein, müssen verschiedene Diskurse einbeziehen und einen Beitrag dazu leisten, die in dominierenden oder hegemonialen Diskursen als konträr konzeptualisierten Ziele (zum Beispiel ökonomische Stärke vs. soziale Gerechtigkeit) in neuen Synthesen aufzulösen.
- Sie dürfen nicht ungewollt den Status Quo konservieren, sondern müssen eine Option auf weitere Reformen eröffnen. So birgt zum Beispiel eine nur halbherzige Regulierung der Finanzmärkte die Gefahr, das an sich problematische System zu stabilisieren (immerhin »hat man ja gehandelt«), ohne wirklich die Ursachen der Krise zu beseitigen.
- Sie sollten Institutionen, die konkurrierende Diskurse stabilisieren, überwinden und neue Institutionen schaffen, die den eigenen Diskurs stärken.
- Sie sollten Raum schaffen für Experimente, Ideen, Kreativität sowie Pioniere und sich an Best Practices orientieren, die zeigen, dass eine andere Politik nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch möglich ist.

9 Überlegungen und Fragen für ein Forschungsdesign zur Analyse von Diskurswelten.

Mit der Analyse von Diskurswelten – so wie sie in diesem Text definiert wurden - wird in gewisser Weise Neuland betreten. Daher sind die nachfolgenden Ausführungen nur als erste Anregung zu verstehen. Um eine interdisziplinäre Kooperation aber auch den Wissenschaft-Praxis-Transfer zu gewährleisten, wäre es sinnvoll, ein Netzwerk aus Forscher/innenn und politischen Praktiker/innen zu schaffen, das über einen längeren Zeitraum u.a. an den in dieser Studie formulierten (oder auch modifizierten) Gedanken und Fragen weiter arbeitet. In einem Expertengespräch wurde der sehr bedenkenswerte Vorschlag geäußert, in ein solches Netzwerk auch „Alltagsexperten“ (z.B. aus sozialen Berufe wie Ärzte) einzubeziehen, weil diese durch die enge Zusammenarbeit mit Bürgern und ihren Problemen über ein wichtiges Wissen verfügen.

In den hier nur skizzenhaften Überlegungen für ein Forschungsdesign zur Erfassung von Diskurswelten unterscheiden wir im Wesentlichen zwei Stufen. In einer ersten Stufe werden die Experten- und Elitendiskurse erfasst. Hier ist die zentrale Frage die nach den politischen Strategien, aber auch danach, welche Faktoren diese Diskurse stützen und reproduzieren. In einer zweiten Stufe wird danach gefragt, welche Relevanz diese Diskurse in der Gesellschaft haben und wie sie gesellschaftlich verarbeitet werden.

Stufe 1: Landkarte der Diskursproduktion „von oben“

In einem ersten Schritt geht es um die Eingrenzung der Fragestellung, also welche Diskurse über eine grundlegende Frage unseres Zusammenlebens von Interesse sind (z.B. Diskurse über unser Wirtschaftsmodell, den Sozialstaat oder die demokratische Ordnung). Dass diese nicht völlig voneinander zu isolieren sind, liegt auf der Hand, denn bestimmte Vorstellungen von Wirtschaft und Sozialstaat korrespondieren natürlich mit demokratiepolitischen Diskursen.

Der zweite Schritt besteht in der Auswahl geeigneter Texte, die Aufschluss über die vorhandenen Diskurse geben (Beschlüsse, Reden, Aufsätze, Interviews, Studien, Bücher, Medienkommentare usw.). Der Textkorpus wird inhaltsanalytisch zunächst daraufhin untersucht, welche zentralen Versprechen identifiziert werden können und in welche Äquivalenzketten diese eingebunden sind.

Auf dieser Basis lässt sich eine Übersicht von politischen Diskursen entwickeln. Für jeden dieser einzelnen Diskurse wird vertiefend gefragt:

- Wie ist dieser Diskurs „entstanden“, wer hat ihn warum stark gemacht?
- Welche Interessen und Diskursrepräsentanten stehen hinter diesem Diskurs?
- Von welchem „diskursiven Außen“ grenzt sich der Diskurs ab?
- Mit welcher politischen Semantik operiert der Diskurs?
- Welche Orte der Wissensproduktion und –reproduktion gibt es?
- Über welche wirkmächtigen Institutionen und Dispositive verfügt der Diskurs?
- An welchen Narrativen knüpft der Diskurs an?
- Über welche Medien verfügt der Diskurs und welche Relevanz hat er in den Massenmedien?

Um aber nun Diskurswelten zu komplettieren, ist noch eine zweite Stufe erforderlich, die die Denkweisen der Bevölkerung in den Blick nimmt.

Stufe 2: Diskursrezeption, Diskursproduktion „von unten“ und Diskurswelten

Bei der Analyse von Alltagsdiskursen helfen dann Diskurs- und Dispostivanalysen alleine nicht mehr weiter. Zwar besteht inzwischen die Möglichkeit, die Texte innerhalb der sozialen Netzwerke und der Diskussionsforen von digitalen Medien einer Analyse zu unterziehen. Aber zum einen handelt es sich hier auch nur um einen Teil der Gesellschaft, der solche Angebote nutzt, zum anderen bleibt meist unklar, welcher sozialen Gruppe die Autor/innen der Texte angehören.

Sinnvoller, wenn auch aufwändiger, ist es, den „Gegenschnitt“ zur Landkarte der Diskursproduktion so vorzunehmen, dass eine zweite Landkarte der Diskursrezeption und der Alltagsdiskurse erarbeitet wird. Die zentrale Frage ist hier, welche Bedeutung die in der ersten Phase identifizierten Diskurse in verschiedenen Milieus oder sozialen Gruppen haben.

- Wie sind (bestimmte) Elitendiskurse in der Gesellschaft verankert? Wie verteilen sie sich im sozialen Raum?
- Welche Widerstände und Gegenreaktionen lösen sie aus?
- Welche Kombinationen unterschiedlicher (scheinbar widersprüchlicher) Denkmuster finden wir im "Alltagsverstand"?
- Mit welchen Emotionen und Bedürfnissen ist das zentrale Versprechen der Diskurse verbunden

Die Verbindung von Diskursen, den sie stützenden Faktoren und den sozialen Gruppen, die diese Diskurse tragen, kann man dann als Diskurswelten bezeichnen.

In einem ersten Schritt geht es darum, mittels geeigneter qualitativer Verfahren – wie verstehender Interviews oder Gruppendiskussionen – und diese flankierender sozioökonomischer Analysen eine „Tiefenbohrung“ vorzunehmen, wie in den einzelnen Milieus oder Gruppen über den entsprechenden Gegenstand gedacht wird und mit welchen Werten und Sprachmuster dies zusammenhängt. Denkbar sind hier (ergänzend) auch psychologisch orientierte Ansätze, die nach den mit dem Gegenstand verbundenen Emotionen fragen.

Der zweite Schritt sollte Auswahl einer geeigneten sozialen „Basislandkarte“ sein. Diese ist abhängig von der Fragestellung. Bei politischen Diskursen, die in besonderer Weise mit der Alltagspraxis zu tun haben (z.B. Mobilität) sind vermutlich am Lebensstil orientierte Milieuansätze hilfreich. Bei Diskursen über politische Grundsatzfragen ggf. eher politische Lager oder politische Milieus.

Der letzte Schritt besteht darin, die soziale Landkarte im Rahmen einer repräsentativen Befragung zu quantifizieren. Welche Relevanz haben die in Stufe 1 identifizierten Diskurse in der Bevölkerung? Wie verteilen sich diese über den sozialen Raum? Welche Alltagsdiskurse gibt es jenseits der Elitendiskurse? Wo überschneiden sich diese Diskurse im sozialen Raum und gehen im Alltagsverstand widersprüchliche Verbindungen miteinander ein?

Liste der Gesprächspartner/innen:

Prof. Dr. Andrea Bühmann, Universität Göttingen

Prof. Dr. Alex Demirovic, Technische Universität Berlin

Thomas Hoch, TNS Infratest

Prof. Dr. Wilhelm Hofmann, Technische Universität München

Prof. Dr. Thomas Meyer, Technische Universität Dortmund

Prof. Dr. Martin Nonhoff, Universität Bremen

Prof. Dr. Rolf Reißig, Berlin-Brandenburger Institut für sozialwissenschaftliche Studien e.V. (BISS)

Prof. Dr. Franz Schultheis, Universität St. Gallen

Prof. Dr. Carsten Wippermann, Delta-Institut für Sozial- und Ökologieforschung

Prof. Dr. Michael Vester, Universität Hannover

Jun-Prof. Dr. Alexander Ziem, Universität Düsseldorf

Literatur

- Agamben, Giorgio (2008): Was ist ein Dispositiv?, Zürich
- Akerlof, George A. / Shiller, Robert J. (2009), animal spirits. Wie Wirtschaft wirklich funktioniert, Frankfurt / New York
- Albrecht, Thorben / Mikfeld, Benjamin (2013): Blockierte Diskurswelten und mögliche Diskursallianzen für eine „bessere Gesellschaft“, in Kellermann, Christian / Meyer, Hennig (Hrsg.): Die gute Gesellschaft. Soziale und demokratische Politik im 21. Jahrhundert, Berlin
- Andersson, Jenny (2006): „The Peoples Library and the Electronic Workshop: Comparing Swedish and British Social Democracy“, in: Politics & Society 34(3): S. 431-460.
- Aristoteles (2004): Topik, Stuttgart
- Ash, Timothy Garton (2013): The New German Question, <http://www.nybooks.com/articles/archives/2013/aug/15/new-german-question/>
- Atzmüller, Roland / Becker, Joachim / Brand, Ulrich / Oberndorfer, Lukas / Redak, Vanessa / Sablowski, Thomas (Hg. 2013): Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie, Münster
- Barber, Benjamin (1994): Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen, Hamburg
- Baringhorst, Sigrid (2004): Strategic Framing – Deutungsstrategien zur Mobilisierung öffentlicher Unterstützung, in: Kreyher, Volker J. (Hrsg.), Handbuch Politisches Marketing, Baden-Baden
- Bazil, Vazrik (2010): Politische Sprache: Zeichen und Zunge der macht, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 8/2010, S. 3-6
- Becker, Howard S. (2008): Art Worlds, University of California Press.
- Becker, Jürgen (2013): Regulationstheorie: Ursprünge und Entwicklungstendenzen, in: Atzmüller et al
- Berger, Peter L. / Luckmann, Thomas (1980): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, Frankfurt/Main.
- Bergsdorf, Wolfgang (1977): Die sanfte Gewalt. Sprache-Denken-Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 24/1977, S. 39-47
- Beyer, Jürgen (2005): Pfadabhängigkeit ist nicht gleich Pfadabhängigkeit. Wider den impliziten Konservatismus eines gängigen Konzepts, in: Zeitschrift für Soziologie, Heft 1/2005, S. 5 - 21
- Bieler, Andreas/ Morton, Adam D. (2003): „Neo-Gramscianische Perspektiven“, in: Schieder, Siegfried/ Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, Opladen, S. 337-362.
- Blumler, Jay G/ Kavanagh, Dennis (1999): „The Third Age of Political Communication: Influences and Features“, in: Political Communication 16(3): S. 209-230.
- Bogart, Leo (1995): Commercial Culture: The Media System and the Public Interest, Oxford.
- Boltanski, Luc/Chiapello, Ève (2003): Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz.
- Bourdieu, Pierre (1979): Entwurf einer Theorie der Praxis. Frankfurt/Main.
- Bourdieu, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt/Main.
- Bourdieu, Pierre (1990): Was heißt Sprechen? Zur Ökonomie des sprachlichen Tausches, Wien
- Bourdieu, Pierre (1997): Die verborgenen Mechanismen der Macht, Hamburg: VSA.
- Bublitz, Hannelore (1999): „Diskursanalyse als Gesellschafts-,Theorie“, in: Dies./ Bühmann, Andrea D./ Hanke, Christine/ Seier, Andrea (Hrsg.): Das Wuchern der Diskurse. Perspektiven der Diskursanalyse Foucaults, Frankfurt/Main u.a.
- Bublitz, Hannelore (2002): Judith Butler zur Einführung. Hamburg.
- Bühmann, Andrea / Schneider, Werner (2008): Vom Diskurs zum Dispositiv. Eine Einführung in die Dispositivanalyse, Bielefeld.
- Busse, Dietrich/Teubert, Wolfgang (1994): „Ist Diskurs ein sprachwissenschaftliches Objekt? Zur Methodenfrage der historischen Semantik“, in: Busse, Dietrich/Hermanns, Fritz/Teubert, Wolfgang (Hrsg.): Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte, Opladen, 10-28.
- Bussemer, Thymian (2007): Psychologie der Propaganda, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 11/2007, S. 19-25
- Butler, Judith (1995): Körper von Gewicht. Die diskursiven Grenzen des Geschlechts, Berlin.
- Cappella, Joseph N./ Hall Jamieson, Kathleen (1997): Spiral of Cynicism. The Press and the Public Good, Oxford u. a.: Oxford University Press.

- CDU (1973): Niederschrift des 22. Bundesparteitags der Christlich Demokratischen Union Deutschland Hamburg 18.- 20. November 1973, Bonn.
- CDU (1975): Niederschrift des 23. Bundesparteitags der Christlich Demokratischen Union Deutschland Mannheim 23. – 25. Juni 1975, Bonn.
- Ciampi, Luc / Ender, Elke (2011): Gefühle machen Geschichte. Die Wirkung kollektiver Emotionen – von Hitler bis Obama, Göttingen.
- Dahinden, Urs (2006): Framing. Eine integrative Theorie der Massenkommunikation, Konstanz
- Damasio, Antonio R. (2004): Descartes´ Irrtum. Fühlen, Denken und das menschliche Gehirn, Berlin
- Diaz-Bone, Rainer (2002): Kulturwelt, Diskurs und Lebensstil. Eine diskurstheoretische Erweiterung der bourdieuschen Distinktionstheorie, Opladen: Leske + Budrich.
- Dieckmann, Walther (1975): Sprache in der Politik, dokumentiert in: Greiffenhagen (Hrsg. 1980).
- Dörner, Andreas (2001): Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft, Frankfurt/Main.
- Duve, Freimut (1976): Vorwort der Redaktion, in: Fetscher / Richter (Hrsg.)
- Eder, Franz X. (2006): „Historische Diskurse und ihre Analyse - eine Einleitung“, in: Franz X. Eder (Hrsg.): Historische Diskursanalysen. Genealogie, Theorie, Anwendungen, Wiesbaden, 9-23.
- Ehmig, Simone Christine (2000): Generationswechsel im deutschen Journalismus. Zum Einfluß historischer Ereignisse auf das journalistische Selbstverständnis, Freiburg u.a.
- Eppler, Erhard (1992): Kavalleriepfeder beim Hornsignal. Die Krise der Politik im Spiegel der Sprache, Frankfurt/Main.
- Esser, Frank (1999): „Tabloidization of News. A Comparative Analysis of Anglo-American and German Press Journalism“, in: European Journal of Communication 14(3): S. 291-324.
- Fairclough, Norman(1989): Language and Power, London.
- Fairclough, Norman (1995): Critical Discourse Analysis, London.
- Felder, Ekkehard (2010): Diskursanalyse von politischer Sprache, <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/sprache-und-politik/42740/diskursanalyse>
- Fetscher, Iring / Richter, Horst E. (Hrsg. 1976): Worte machen keine Politik. Beiträge zu einem Kampf um politische Begriffe, Reinbek.
- Foucault, Michel (1978): Dispositive der Macht, Berlin.
- Foucault, Michel (1991): „Die Ordnung des Diskurses“, Frankfurt/Main.
- Foucault, Michel (1992): Archäologie des Wissens, Frankfurt/Main.
- Friedrich-Ebert-Stiftung / TNS Infratest (2006): Gesellschaft im Reformprozess, http://www.fes.de/aktuell/documents/061017_Gesellschaft_im_Reformprozess_komplett.pdf
- Geißler, Rainer (2010): Die Sozialstruktur Deutschlands. Aktuelle Entwicklungen und theoretische Erklärungsmodelle, Friedrich-Ebert-Stiftung, WISO diskurs, Berlin
- Gerhards, Jürgen (1997): „Diskursive und liberale Öffentlichkeit“, in: KZfSS 49(1): S. 1-34.
- Gill, Stephen (1992): „The emerging world order and European change: The political economy of European Union“, in: Miliband, Ralf/ Panitch, Leo (Hrsg.): Socialist Register Vol. 28, London, 157-196.
- Girnth, Heiko (2002): Sprache und Sprachverwendung in der Politik. Eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation, Tübingen.
- Girnth, Heiko (2010): Einstieg: Sprache und Politik, <http://www.bpb.de/themen/P01MFJ.html>
- Peter Glotz (2004): Die Bedeutung Antonio Gramscis für eine neue Strategie der europäischen Linken, in ders.: Der Wissensarbeiter, Frauenfeld.
- Goldstein, Judith/ Keohane, Robert Owen (1993): Ideas and Foreign Policy. Beliefs, Institutions, and Political Change, Ithaca.
- Gramsci, Antonio (1999): Gefängnishefte, div. Bände, Hamburg.
- Greiffenhagen, Martin (Hrsg. 1980): Kampf um Wörter? Politische Begriffe im Meinungsstreit, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 163, Bonn
- Habermas, Jürgen (1988): Theorie des kommunikativen Handelns, Bd. I Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung, Frankfurt/Main.
- Habermas, Jürgen (1995): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt/Main.

- Hachmeister, Lutz (2004): Die Kälte der Begriffe. Reformvermittlung als Laborversuch. Sprache und Medien der rot-grünen Bundesregierung, in: Süddeutsche Zeitung vom 31. August 2004
- Hall, Peter (Hg. 1989). The Political Power of Economic Ideas, New Jersey.
- Hall, Peter (1993). "Policy Paradigms, Social Learning, and the State: The Case of Economic Policymaking in Britain" in Comparative Politics 25(3), S. 275-96.
- Hall, Stuart (1989): Gramscis Erneuerung des Marxismus und ihr Bedeutung für die Erforschung von „Rasse“ und Ethnizität, in: ders.: Ausgewählte Schriften: Ideologie, Kultur, Medien, Neue Rechte, Rassismus, S. 56 – 91
- Hall, Stuart (2004): Kodieren / Dekodieren, in: Ders.: Ausgewählte Schriften, Bd. 4; Identität, Ideologie und Repräsentation, S. 66-80, Hamburg.
- Hans-Georg Häusel (2011): Die wissenschaftliche Fundierung des Limbic Ansatzes, http://www.nymphenburg.de/tl_files/pdf/LimbicScience110220.pdf
- Hein-Kirchner, Heidi (2007): Politische Mythen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 11/2007, S. 26-31
- Hein-Kirchner, Heidi (2013): „Deutsche Mythen“ und ihre Wirkung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 13-14/2013, S. 33- 38
- Hilgers, Micha (2007): Psychologistischer Firlefanf oder Teil innovativer Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 11/2007, S. 3-6
- Hofinger, Christoph / Manz-Christ, Gerlinde (2011 Hrsg.): Emotions in Politics and Campaigning. How Neuroscience, Linguistics and Social Psychology Change the Political Profession, New Delhi / Sydney.
- Hübner, Kurt (2011): Regimewechsel – Nach dem Finanzkapitalismus, in: WSI-Mitteilungen 12/2011, S. 640 - 649
- Hirseland, Andreas/ Schneider, Werner (2001): „Wahrheit, Ideologie und Diskurse. Zum Verhältnis von Diskursanalyse und Ideologiekritik“, in: Keller, Reiner/ Hirseland, Andreas/ Schneider, Werner/ Viehöver, Willy (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Opladen, S.373-402.
- Jäger, Siegfried (1999): „Einen Königsweg gibt es nicht. Bemerkungen zur Durchführung von Diskursanalysen“, in: Bublitz, Hannelore/ Bühmann, Andrea D./ Hanke, Christine/ Seier, Andrea (Hrsg.): Das Wuchern der Diskurse. Perspektiven der Diskursanalyse Foucaults, Frankfurt/New York: Campus, S. 136-147.
- Jäger, Siegfried (2001): „Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse“, in: Keller, Rainer/ Hirseland, Andreas/ Schneider, Werner/ Viehöver, Willy (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Opladen: Leske und Budrich, S. 81-112.
- Jäger, Siegfried (2004): Kritische Diskursanalyse, Duisburg.
- Jessop, Bob / Ngai-Ling Sum (2013): Kulturelle politische Ökonomie und der Regulationsansatz, in Atzmüller et al.
- Kahneman, Daniel (2012): Schnelles Denken, langsames Denken, München.
- Keil, Gert (2004): Die Hartzsprache erreicht die Menschen nicht, in Frankfurter Rundschau vom 10. September 2004
- Keller, Reiner/ Hirseland, Andreas/ Schneider, Werner/ Viehöver, Willy (2001): Zur Aktualität sozialwissenschaftlicher Diskursanalyse – Eine Einführung, in: Dies.(Hrsg.), S.7-27.
- Keller, Reiner/ Hirseland, Andreas/ Schneider, Werner/ Viehöver, Willy (2001): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse Bd.1, Opladen
- Keller, Reiner (2004): Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen, Wiesbaden.
- Kersting, Wolfgang (1995): „Diskurstheorie kommunikativen Handelns“, in: Nohlen, Dieter/ Schulze, Rainer-Olaf (Hrsg.): Lexikon der Politik Bd. 1, Politische Theorien, München, S. 56-63.
- Klein, Josef (2010): Sprache und Macht, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 8/2010, S. 7 – 13
- Korpi, Walter (1983): Democratic Class Struggle, London.
- Krais, Beate / Gebauer, Gunter (2002): Habitus, Bielefeld
- Kristof, Kora (2010): Wege zum Wandel. Wie wir gesellschaftliche Veränderungen erfolgreich gestalten können, München.
- Kuhn, Thomas (1981): Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt/Main
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2001): Hegemony and socialist strategy. Towards a radical democratic politics (2nd Ed.), London/New York.
- Lakoff, George (2006): Thinking Points. Communicating Our American Values und Vision. A Progressive´s Handbook, New York.
- Lakoff, George / Wehling, Elisabeth (2008): Auf leisen Sohlen ins Gehirn. Politische Sprache und ihre heimliche Macht, Heidelberg.
- Lakoff, George (2009): The Political Mind: A Cognitive Scientist's Guide to Your Brain and Its Politics, New York.
- Lakoff, George (2011): Framing: The Role of the Brain in Politics, in Hofinger / Manz-Christ (Hrsg.).

- Lakoff, George / Johnson, Mark (2011): *Leben in Metaphern. Konstruktion und Gebrauch von Sprachbildern*, Heidelberg.
- Landwehr, Achim (2001): *Geschichte des Sagbaren. Einführung in die Historische Diskursanalyse*. Tübingen.
- Landwehr, Achim (2009): *Historische Diskursanalyse*, Frankfurt / New York
- Leisering, Lutz (2008): „Der deutsche Nachkriegssozialstaat – Entfaltung und Krise eines zentristischen Sozialmodells“, in: Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): *Die Bundesrepublik Deutschland: eine Bilanz nach 60 Jahren*, Köln/Weimar/Wien: Böhlau, S. 423 – 443.
- Lemke, Thomas / Krasmann, Susanne / Bröckling, Ulrich (2000): *Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung* in: dies. (Hrsg.) *Gouvernementalität der Gegenwart: Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt/Main.
- Link, Jürgen/Link-Heer, Ulla (1990): „Diskurs/Interdiskurs und Literaturanalyse“, in: *Zeitschrift für Linguistik und Literaturwissenschaft* 20(77), S. 88-99.
- Lösch, Bettina (2008): *Die neoliberale Hegemonie als Gefahr für die Demokratie*, in: Dies./ Butterwegge, Christoph/ Ptak, Ralf: *Kritik des Neoliberalismus*, Wiesbaden, 221-283.
- Lucke, Albrecht von (2009): „Das Machtkartell. Schirmmacher, Diekmann, Aust und Co.“, in: *Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte* 56(1/2): S. 50-53.
- Maasen, Sabine (2009). *Wissenssoziologie*, Bielefeld
- Mahler, Gerhard (1975): *Politik und Sprache*, in: *Sonde* 3/1975, S. 34 – 38
- Marchart, Oliver (2007): *Cultural Studies*, Stuttgart
- Markowitsch, Hans J. (2007): *Neuroökonomie - wie unser Gehirn unsere Kaufentscheidungen bestimmt*, in: Priddat, Birger (Hrsg.): *Neuroökonomie: Neue Theorien zu Konsum, Marketing und emotionalem Verhalten in der Ökonomie*. Marburg.
- Merkel, Wolfgang (2010): *Falsche Pfade? Probleme sozialdemokratischer Reformpolitik*, in: *Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte*, 7-8/2010, S. 72- 75
- Meyer, Thomas (2002): *Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien*, Frankfurt/Main. Mikfeld, Benjamin (2012): *Alte und neue Wege aus der großen Krise. Eine Landkarte aktueller politischer Diskurse über die Zukunft von Wirtschaft, Wachstum und Gesellschaft*, Werkbericht Nr.1 des Denkwerk Demokratie, Berlin
- Münkler, Herfried (2009): *Die Deutschen und ihre Mythen*, Berlin.
- Negt, Oskar (2010): *Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform*, Göttingen.
- Neugebauer, Gero (2007): *Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung*, Bonn.
- Nonhoff, Martin (2001): „Soziale Marktwirtschaft – ein leerer Signifikant? Überlegungen im Anschluss an die Diskurstheorie Ernesto Laclaus“, in: Angermüller, Johannes/ Bunzmann, Katharina/ Nonhoff, Martin (Hrsg.) (2001): *Diskursanalyse: Theorien, Methoden, Anwendungen*. Hamburg, S. 193 – 208.
- Nonhoff, Martin (2005): *Soziale Marktwirtschaft als hegemoniales Projekt. Eine Übung in funktionalistischer Diskursanalyse*, Vortrag am 1.Juli 2005, Paris XII, Créteil.
- Nonhoff, Martin (2006): *Politischer Diskurs und Hegeomie. Das Projekt „Soziale Marktwirtschaft“*, Bielefeld.
- Nullmeier, Frank (2006): *Politikwissenschaft auf dem Weg zu Diskursanalyse?* In: Keller, Reiner u.a (Hrsg.), S. 287-313.
- Opratto, Benjamin (2012): *Hegemonie. Politische Theorie nach Antonio Gramsci*. Münster .
- Parker, Ian (2003): „Die diskursanalytische Methode“, in: Flick, Uwe/ von Kardoff, Ernst/ Steinke, Ines (Hrsg.): *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*. Hamburg, S. 546-556.
- Polanyi, Karl (1976): *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Frankfurt/Main
- Pörksen, Uwe (1988): *Plastikwörter. Die Sprache einer internationalen Diktatur*, Stuttgart.
- Raschke, Joachim / Tils, Ralf (2007): *Politische Strategie. Eine Grundlegung*, Wiesbaden.
- Reißig, Rolf (2009): *Gesellschaftstransformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels*, Wiesbaden.
- Sachweh, Patrick (2011): *Ideen, Werte und Kultur als Erklärungsfaktoren in der Wohlfahrtsstaatsforschung*, in: *Zeitschrift für Sozialreform*, 4/2011, S. 371 – 382.
- Saxer, Ulrich (2007): *Politik als Unterhaltung. Zum Wandel politischer Öffentlichkeit in der Mediengesellschaft*, Konstanz.
- Schaal, Gary S. / Heidenreich, Felix (2013): *Politik der Gefühle. Zur Rolle von Emotionen in der Demokratie*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 32-33/2013, S. 3-11
- Scheier, Christian (2007): *Neuromarketing - über den Mehrwert der Hirnforschung für das Marketing*. In: Kreutzer, R. / Merkle, W. (Hrsg.): *Die neue Macht des Marketing – Marketing zwischen Emotion, Innovation und Präzision*, Wiesbaden.

- Scheufele, Bertram (2003): Frames – Framing – Framing-Effekte, Wiesbaden.
- Schultheis, Franz / Schulz, Kristina (2005 Hrsg.): Gesellschaft mit begrenzter Haftung. Zumutungen und Leiden im deutschen Alltag, Konstanz.
- Schultheis, Franz / Vogel, Bertold / Gemperle / Michael (2010 Hrsg.): Ein halbes Leben. Biografische Zeugnisse aus einer Arbeitswelt im Umbruch, Konstanz.
- Schmidt, Vivien A. (2000): Democracy and Discourse in an Integrating Europe and a Globalising World, in: European Law Journal 6(3): S. 277-300.
- Schmidt, Vivien A. (2002): The Futures of European Capitalism, Oxford.
- Schmidt, Vivien A. (2003a): „The Boundaries of ‚Bounded Generalizations‘: Discourse as the Missing Factor in Actor-Centered Institutionalism“, in: Mayntz, Renate/ Streeck, Wolfgang (Hrsg.): Die Reformierbarkeit der Demokratie. Innovationen und Blockaden, Frankfurt/Main.
- Schmidt, Vivien A. (2003b): „How, Where and When does Discourse Matter in Small States' Welfare State Adjustment?“, New Political Economy 8 (1): 127-146.
- Schmidt, Vivien A. (2005): „The role of public discourse for social democratic reform projects in Europe“, in: Schmidt, Vivien A. et al.: Public Discourse and Welfare State Reform. The Social Democratic Experience, Amsterdam: Mets & Schilt, S. 13-49.
- SPD (1985): Semantischer Vergleich zwischen den Koalitionsparteien und der SPD. Bericht der Arbeitsgruppe, unveröffentlichtes Manuskript
- Speth, Rudolf (2004): Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Hans-Böckler-Stiftung, www.boeckler.de/pdf/fof_insm_studie_09_2004.pdf.
- Streeck, Wolfgang (2012): „Die Gesellschaft wird sich das nicht gefallen lassen“, in: Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte 4, S. 21-27.
- Surel, Yves (2000): „The role of cognitive and normative frames in policy-making“, in: Journal of European Public Policy 7(4): S. 495-512.
- Taylor-Gooby, Peter (2005): „Ideas and Policy Change“, in: Taylor-Gooby, Peter (Hrsg.): Ideas and Welfare State Reform in Western Europe, Houndmills, S. 1-8.
- Thaler, Richard H / Sunstein, Cass R. (2011): Nudge. Wie man kluge Entscheidungen anstößt, Berlin.
- Townsend, Jules (2009): „Giddens's ‚Third Way‘ and Gramsci's ‚passive revolution‘“, in: Schwartzmantel, John/ McNally, Mark (Hrsg.): Gramsci and Global Politics. Hegemony and resistance, London/New York, S. 156-172.
- Turowski, Jan (2010): Sozialdemokratische Reformdiskurse, Wiesbaden.
- Vester, Michael / von Oertzen, Peter / Geiling, Heiko / Hermann, Thomas / Müller, Dagmar (2001): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Frankfurt / Main.
- Vester, Michael (2011): Postindustrielle oder industrielle Dienstleistungsgesellschaft: Wohin treibt die gesellschaftliche Arbeitsteilung. In: WSI Mitteilungen 12/2011, S. 629-639.
- Vester, Michael (2012): Kurze Beschreibung der sozialen Milieus, unveröffentlichtes Manuskript
- Villa, Paula-Irene (2003): Judith Butler. Campus Einführungen. Frankfurt am Main.
- Warnke, Ingo H./Spitzmüller, Jürgen (2008): „Methoden und Methodologie der Diskurslinguistik – Grundlagen und Verfahren einer Sprachwissenschaft jenseits textueller Grenzen“, in: Dies. (Hrsg.): Methoden der Diskurslinguistik. Sprachwissenschaftliche Zugänge zur transtextuellen Ebene. Berlin/ New York, 3-54.
- Welzer, Harald (2011): Mentale Infrastrukturen. Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam, Heinrich-Böll-Stiftung, Schriften zur Ökologie, Band 14
- Wengeler, Martin / Ziem, Andreas (2010): "Wirtschaftskrisen" im Wandel der Zeit. Eine diskurslinguistische Pilotstudie zum Wandel von Argumentationsmustern und Metapherngebrauch. In: Landwehr, Achim (Hrsg.): Diskursiver Wandel. Wiesbaden, S. 33-52.
- Westen, Drew (2012): Das politische Gehirn, Berlin.
- Wippermann, Carsten (2011): Milieus in Bewegung - Werte, Sinn Religion und Ästhetik in Deutschland: Forschungsergebnisse für die pastorale und soziale Arbeit, Würzburg.
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen – WBGU (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Berlin.
- Joscha Wullweber (2012): Konturen eines politischen Analyserahmens. Hegemonie, Diskurs und Antagonismus, in: Dzudek, Iris; Kunze Caren; Wullweber, Joscha (Hg.2012): Diskurs und Hegemonie. Gesellschaftskritische Perspektiven, Bielefeld

Autoren

Jan Turowski, Associated Professor an der Southeast University in Nanjing, Veröffentlichung:
„Sozialdemokratische Reformdiskurse“ (Wiesbaden, 2010).

Benjamin Mikfeld, Diplom-Sozialwissenschaftler, Geschäftsführer des Denkwerk Demokratie

Impressum

Denkwerk Demokratie e.V.

Alte Jakobstr. 149

10969 Berlin

Telefon 030 . 25931844

Telefax 030 . 25931846

Mail info@denkwerk-demokratie.de

Internet www.denkwerk-demokratie.de